

1973

6.1.1973: Heute verstarb im Alter von 74 Jahren Herr Josef Christmann. Herr Christmann war in der früheren Gemeinde Münster in der Zeit von 1928 bis 1933 im Gemeindevorstand und von 1946 bis 1952 Stadtverordneter in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kelkheim ehrenamtlich tätig. Außerdem bekleidete er von 1945 bis 1966 das Amt des Ortslandwirtes von Münster. Die ihm übertragenen Aufgaben hat Josef Christmann immer zum Wohle der Bürgerschaft vorbildlich erfüllt. Die Stadt Kelkheim wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

14.1.1973: Zum zweiten Mal hatte der Magistrat der Stadt zu einem Neujahrsempfang eingeladen. Die Veranstaltung dient dem besseren Kontakt zwischen der Verwaltung und den Vertretern der Kelkheimer Gewerbebetriebe und ist beim 1. Empfang dieser Art im letzten Jahr von allen Beteiligten begrüßt worden. Eingeladen waren neben den Mitgliedern der städtischen Körperschaften etwa 100 Vertreter der Kelkheimer Wirtschaft, des Handwerker- und Gewerbevereins und des neu gegründeten Einzelhandelsverbandes, der nach außen hin schon durch die Weihnachtswerbung und durch Hinweise auf Kelkheim als Einkaufszentrum in Erscheinung getreten ist. Der Neujahrsempfang soll dem Meinungs austausch dienen und die Vertreter der Wirtschaft über zu erwartende und vollzogene kommunalpolitische Entscheidungen informieren. Die Vertreter der Stadt andererseits haben auch in diesem Jahr wieder eine Reihe von Anregungen über Verkehrsfragen und andere Anliegen des Gewerbes erhalten. Der Neujahrsempfang ist praktisch die einzige Gelegenheit, die Interessen des Gewerbes in einer Fülle von Einzelgesprächen mit den Wortführern dieses durch die Gewerbesteuer für die städtischen Finanzen wichtigen Bevölkerungsteils zusammengefasst darzustellen.

26.1.1973: In der 1. Stadtverordnetensitzung des neuen Jahres am 26.1. teilte der Bürgermeister u.a. mit, dass die Belegung der Entbindungsklinik im Jahre 1972 weiter als positiv bezeichnet werden kann, nachdem im vergangenen Jahr 257 Entbindungen und damit nur 13 weniger als im Vorjahr durchgeführt wurden. 103 Wöchnerinnen kamen aus Kelkheim, 144 aus dem sonstigen Kreisgebiet und 10 aus Gemeinden außerhalb des MTK.

Im Kalenderjahr 1972 wurden im Hallenbad für 8 Monate an insgesamt 235 Betriebstagen rund 200.000 DM Gesamteinnahmen erzielt. Das Bad wurde in dem Zeitraum von 126.000 Besuchern frequentiert. Die Einnahmen im Vergleichszeitraum 1971 beliefen sich auf die gleiche Höhe. Das Freibad, das im Jahre 1972 an 57 Betriebstagen geöffnet war, wurde von 15.000 Besuchern frequentiert, wobei Einnahmen von knapp 24.000 DM erzielt wurden.

Auf Vorschlag des Planungs- und Bauausschusses hat der Magistrat die Anlegung einer Versuchsstrecke im Bürgersteigbereich des Klosterweges festgelegt, die mit Gussasphalt und eingewalztem Grobsplitt, sobald es die Witterung erlaubt, ausgeführt werden soll.

Einstimmig wurde anschließend die Genehmigung von Zinserhöhungen für verschiedene Kommunaldarlehen erteilt.

Bei der Verabschiedung des Stellenplanentwurfes für 1973 gab es Meinungsverschiedenheiten. Die SPD stellte einen Zusatzantrag zum Stellenplanentwurf und forderte darin die Aufnahme der Stelle eines hauptamtlichen Jugendpflegers für den Bereich der Stadt Kelkheim und forderte gleichzeitig die Einrichtung eines Jugendzentrums zur Betreuung der Jugendlichen der Stadt. Die CDU war der Meinung, dass die Schaffung der Stelle eines Jugendpflegers und die Einrichtung eines Jugendzentrums zur Zeit nicht zu realisieren sei. Der Stellenplan für 1973 sei verabschiedet. Zu einem späteren Zeitpunkt wäre man bereit, über dieses Thema erneut zu verhandeln. Der Antrag der SPD auf Einstellung eines Jugendpflegers wurde mit 22 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Dem Stellenplan 1973 wurde einstimmig zugestimmt.

Anschließend stand die Wahl eines hauptamtlichen 1. Stadtrates an. Der Haupt- und Finanzausschuss, der mit der Vorbereitung der Wahl beauftragt war, hat in seiner Sitzung am 11.12.1972 einstimmig empfohlen, den bisherigen hauptamtlichen Stadtrat Karlheinz Klug zum hauptamtlichen Ersten Stadtrat der Stadt Kelkheim zu wählen. Die Wahl sollte auf 6 Jahre erfolgen. Aufgrund gesetzlicher Bestimmungen (Neugliederung des MTK) durfte die Wahl nur bis zum 31.3. 1977 erfolgen. Anschließend wurde Stadtrat Karlheinz Klug in geheimer Wahl einstimmig zum neuen hauptamtlichen Ersten Stadtrat der Stadt Kelkheim gewählt. Die Einführung und Verpflichtung des 1. Stadtrates wurde vom Stadtverordnetenvorsteher Claßen vorgenommen, und die Ernennungsurkunde überreichte Bgm. Dr. Stephan.

Ein weiterer Antrag der SPD befasste sich mit einem Magistratsbeschluss, der festlegte, dass die Fassade des Rathauses mit Natursteinen verkleidet werden soll. Die SPD war der Meinung, dass eine Verkleidung der Außenfassade des neuen Rathauses mit anderen Materialien als Naturstein ca. 150.000 DM billiger wäre. Sie stellte den Antrag, die Verkleidung der Außenfassade des neuen Rathauses noch einmal in der Stadtverordnetenversammlung zu beraten. In der anschließenden Diskussion stellte die CDU fest, dass die Planungen für das Rathaus seit zwei Jahren abgeschlossen seien. Der Rohbau sei für eine Außenfassade mit Natursteinen konzipiert worden, eine Änderung der Planung würde erhebliche Mehrkosten

verursachen. Der Antrag der SPD-Fraktion auf Änderung der Planung für die Außenfassade des neuen Rathauses wurde mit 24 Stimmen gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Einstimmig wurde anschließend dem Ankauf von einigen Grundstücken im Gebiet Frankfurter Straße / Eckwiese und Straße Auf der Herrnmauer zugestimmt. Auch dem Verkauf eines bebauten städtischen Grundstücks an der Sodener Straße an Heinrich Steyer wurde einstimmig zugestimmt, ebenso einem Grundstückstausch mit Christian Roth im Gebiet Luisenstraße / Braubach / Rotebergstraße.

1.2.1973: Der Magistrat hatte in seiner heutigen Sitzung die Aufgabenverteilung (Dezernate) an die einzelnen Stadträte für die neue Legislaturperiode vorgenommen. Die hauptamtlichen Magistratsmitglieder sind für folgende Abteilungen der Stadtverwaltung zuständig: **Bürgermeister Dr. Stephan** leitet die Rechts- und Grundstücksabteilung, das Stadtbauamt, das Ordnungs-, Sozial- und Standesamt und die Straßenverkehrsbehörde.

1. Stadtrat Karlheinz Klug leitet die Hauptabteilung einschließlich der Sachgebiete Schul-, Sport- und Kulturangelegenheiten, die Personal-, Rechnungs- und Steuerabteilung sowie die Stadtkasse.

Die ehrenamtlichen Stadträte haben sich insbesondere mit folgenden Aufgabengebieten zu befassen:

Stadtrat Born, der seither die allgemeine Vertretung des Bürgermeisters hatte und für Schulen und Kindergärten zuständig war, übernimmt nach dem neuen Plan das **Dezernat Sport, Freizeiteinrichtungen und Feuerwehren**. Mit der Förderung des Sports war Stadtrat Born früher bereits betraut. Neu hinzugekommen sind die Feuerwehren und der ständig bedeutsamere Bereich der Freizeiteinrichtungen. Das **Schuldezernat** hat **Stadtrat Schmidtbauer** übernommen, der seither Sozialdezernent war. Zum Dezernat Schulen gehört auch die Sorge um Schulwege und Schulbusse.

Stadtrat Alscher ist nach wie vor zuständig für **Jugend, Kultur, Partner- und Patenschaften**. Das Dezernat, das bisher auch Sport umfasste, ist wegen wachsender Aufgaben aufgeteilt worden, weil es für einen Dezernenten zu umfangreich geworden wäre. Stadtrat Alscher ist zuständig für Kultur, Volksbildung, Heimatpflege, Stadtbücherei, Kirchen, Jugend einschließlich Jugendorganisationen, kulturelle Vereine, Patenschaften und Partnerschaften.

Das **Dezernat Wirtschaftsförderung und Verkehr** hat **Stadtrat Remmeke** an Stelle des ausgeschiedenen Stadtrates Dr. Bormann übernommen. Dieser Aufgabenbereich umfasst überörtliche Verkehrsfragen, innerstädtische Verkehrsprobleme, Stadtbus, Wirtschaftsförderung, Fremdenverkehr, Ausstellungen, Werbung und Gewerbeansiedlung.

Das **Dezernat öffentliche Einrichtungen, Betriebe und Landwirtschaft** hat weiterhin **Stadtrat Haub** übernommen. Es umfasste bisher bereits Wasserwerk, Straßen, Straßenbeleuchtung, Straßenreinigung, Müllbeseitigung, Bauhof, Bestattungswesen und Fuhrpark. Neu hinzugekommen ist als Aufgabenbereich der Landwirtschaft einschließlich landwirtschaftlicher städtischer Grundstücke, Schafweide und Feldschutz. Dies gehörte seither zum Aufgabengebiet des ausgeschiedenen Stadtrats Schuster. Die Feuerwehren wurden aus dem Dezernat ausgegliedert.

Dezernent für Sozial- und Gesundheitswesen ist Stadtrat Vogt. Zu diesem Aufgabenbereich gehören auch das Rote Kreuz, sonstige caritative Verbände und Einrichtungen, Kindergärten, Entbindungsklinik, Altenwohnheim, Altersheim, Krankenpflegestationen und Sozialwohnungen.

Das **Dezernat Stadtwald und Grünanlagen** hat **Stadtrat Keller** übernommen. Es umfasst Stadtwald, Waldwege, Jagdgenossenschaften und städtische Grünanlagen. Diese Aufgaben waren zuletzt teils von Stadtrat Remmeke und Stadtrat Schuster betreut worden.

Das **Dezernat Bauwesen** wird nach wie vor von **Ehrenstadtrat Kloft** wahrgenommen. Dieser Aufgabenbereich umfasst Bauwesen, Städtebau und Planung, Vermessungswesen, Wasserläufe, Stadtentwässerung, Stadtsanierung, städtische Wohnhäuser und städtische Grundstücke.

4.2.1973: Anlässlich Maria Lichtmess fand in der kath. Kirchengemeinde St. Dionysius in Münster eine Kinderprozession statt. Die zahlreich erschienenen Kinder hielten alle eine brennende Kerze in der Hand. Da die Prozession bei den Teilnehmern und den übrigen Gottesdienstbesuchern großen Anklang fand und dem Kirchenfest einen feierlichen Akzent gab, will sie Pfarrer Stinner von nun an jedes Jahr durchführen. In St. Dionysius war dies vor langer Zeit schon einmal Brauch.

10.2.1973: Nach heldenhafter Verteidigung bis zur letzten Bierflasche war die Truppe des Rathauses dem Ansturm der durch Artillerie verstärkten Narren unterlegen. Man war der geballten Macht zweier Kanonen, der Garden, des Elferrats des AKK und seiner närrischen Hilfstruppen nicht gewachsen, zumal die Feuerwehr zwar den Rathausvorplatz abspernte, aber strenge Neutralität wahrte. So kam es zur Hissung der weißen Flagge und zur Proklamation närrischer Gewalt über das Rathaus und somit über die Stadt. Bgm. Dr. Stephan übergab die Schlüssel, wurde jedoch sicherheitshalber in Fesseln gelegt und zusammen mit drei Stadträten in die Narrenhochburg an der Feldbergstraße entführt. Die Marketenderei hatte gleichzeitig Hochbetrieb und labte aus Gulaschkanone und Bierlager die erschöpften Kämpfer.

Die Rathausbesetzung hatte am Montagmorgen eine böse Überraschung erlebt. Als man zum Büroschlaf antreten wollte, war der Bürgermeister wider Erwarten der scharfen Bewachung durch die Narren entkommen und hatte im fröhlichen Rathaus das nüchterne Stadregiment wieder hergestellt.

11.2.1973: Unter der Leitung von Oberstudienrat Hans Anton Wittemann veranstaltete der St. Dionysius-Kirchenchor eine geistliche Abendmusik, zu der die Pfarrkirche restlos besetzt war. Mit seinen 65 Sängerinnen und Sängern hat sich der Chor mit gut ausgewogenem Stimmenmaterial unter der Leitung seines Dirigenten ein beachtliches Leistungsniveau erarbeitet, das den aufgeführten Werken eine ausgefeilte mustergültige Darstellung sicherte.

16.2.1973: Käthi Opitz, die ehemalige Stadtverordnete für die SPD und engagierte Kämpferin für die sozialen Belange ihrer Mitbürger feiert heute ihren 65. Geburtstag. Frau Opitz wurde vor allem durch ihr Wirken in der Arbeiterwohlfahrt sowohl in Fischbach gleich nach dem Ende des Krieges, als auch später in Kelkheim bekannt. Bereits 1957 gründete sie in Kelkheim wieder eine eigenständige Ortsgruppe, die unter ihrer Leitung einen beachtlichen Aufschwung erlebte. Von 1956 bis 1961 gehörte Käthi Opitz außerdem dem Stadtparlament und dem Haupt- und Finanzausschuss an. Heute ist sie noch im Vorstand der Kelkheimer Arbeiterwohlfahrt tätig.

16.2.1973: In der Stadtverordnetensitzung am 16.2. konnte der Bürgermeister dem Stadtverordnetenvorsteher Claßen für dessen 10-jährige Tätigkeit als Stadtverordnetenvorsteher gratulieren. Genau gestern vor 10 Jahren - am 15.2.1963 - hatte Vorsteher Claßen seine 1. Stadtverordnetenversammlung Kraft seines Amtes geleitet.

Ferner konnte der Bürgermeister mitteilen, dass der gemeinnützige Verein zur Förderung des Schwimmbadbaus in Kelkheim sich nunmehr endgültig aufgelöst hat. An finanziellen Beiträgen hatte der Verein - neben der moralischen Unterstützung beim Bau des Hallen-Freibades - immerhin einen Betrag von 54.000 DM aufgebracht.

Anschließend legte der 1. Stadtrat Klug den HH- Planentwurf für das Jahr 1973 vor. Der Entwurf wurde einstimmig zur Beratung an die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Einstimmig wurde der Abrechnung der Erschließungskostenbeiträge für die Teileinrichtung Bürgersteigausbau im Gebiet Ernst- Moritz- Arndt- Straße bis Jahnstraße zugestimmt.

Zu dem Bebauungsplan "Stückes" hatte nur die evang. Stephanusgemeinde 3 Anregungen eingereicht. Zwei Anregungen wurden abgewiesen. Die Anregung, die eine Mehrebenenlösung für die Garagen vorsah, wurde teilweise berücksichtigt. Anschließend wurde der Bebauungsplanentwurf "Stückes" einstimmig als Satzung beschlossen.

Unter dem TOP Anfragen wollten einige Stadtverordnete wissen, warum noch immer auf dem ehemaligen städtischen Müllplatz die Bürger ihren Müll abladen können. Der Magistrat solle sich mit der Angelegenheit befassen. Anschließend wurde einigen Grundstücksangelegenheiten zugestimmt.

Nachdem das Land Hessen im letzten Jahr einen Landeszuschuss in Höhe von 135.000 DM für die Fußgängerunterführung zwischen Berliner Ring und Gagernring zugesagt hatte, wurden jetzt die Arbeiten vergeben. Einschließlich der Planungskosten dürfte das Projekt ca. 300.000 DM kosten.

Die Fassade des neuen Rathauses soll mit "Furuli" verkleidet werden. Dieses Material ist ein weißgrundiger, skandinavischer Dolomit mit völlig glatter Oberfläche. Der Magistrat hat jetzt den Auftrag an die Firmen Teich und Hofmann vergeben. Die Natursteinfassade wird einschließlich der Mehrwertsteuer knapp 380.000 DM kosten. Der Magistrat hat sich zu der scheinbar teuren Ausführung entschlossen, weil dadurch die sonst notwendigen regelmäßigen Fassadenerneuerungen wegfallen. So wird eine Natursteinfassade auf die Dauer preisgünstiger als Verputz. Das glatte Gestein ist gewählt worden, weil es widerstandsfähiger gegen Verwitterungseinflüsse ist als poröser Stein.

Der städtische Bauhof ist in den letzten Jahren von der Breslauer Straße in das Waldgelände oberhalb der Jahnstraße verlegt worden, wo die Stadt früher einen Müllplatz betrieben hatte. Auf dem ehemaligen Bauhofgelände an der Breslauer Straße sind inzwischen ein Wohn- und Geschäftshaus und die neue Post errichtet worden. Die Gesamtkosten für den Neubau des Bauhofes belaufen sich auf knapp 895.000 DM. Die Finanzierung war ohne Aufnahme von Darlehen möglich. Der größte Betrag stand aus dem Erlös des Verkaufs des alten Bauhofgeländes zur Verfügung, dazu Rücklagen und Anteilsbeträge aus dem ordentlichen Haushalt.

27.2.1973: Heute ist der frühere Ortsbrandmeister von Kelkheim-Münster, Herr Heinrich Flick verstorben. Heinrich Flick war Träger der Heinrich- Freiherr- von- Gagern- Plakette in Silber. Diese Auszeichnung wurde ihm aufgrund seiner Verdienste um das freiwillige Feuerlöschwesen in Münster am 11.5.1968 durch

die Stadtverordnetenversammlung verliehen. Die Stadt Kelkheim wird Heinrich Flick stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Die vor zwei Jahren gegründete Musikschule Kelkheim e.V. hat einen schnellen und steilen Aufschwung genommen. 1972 waren bereits 280 Kinder unterrichtet worden. Wie die Leiterin, Frau Wollesen, berichtete, erteilen wöchentlich 20 Lehrer 136 Unterrichtsstunden. Gelehrt werden musikalische Grundkenntnisse in Grundkursen, Klavier, Violine, Cello, Querflöte, Blockflöte, Gitarre und Trompete. Gemeinschaftsstunden wie Kammermusik oder Musiklehre können bisher aus finanziellen Gründen noch nicht eingerichtet werden.

13.3.1973: Die alte Liederbachbrücke in Münster ist verschwunden, und die Arbeiten für das neue Brückenbauwerk wurden begonnen. Gleichzeitig mit den Baumaßnahmen wird auch der Lauf des Liederbachs reguliert. An dieser Stelle der Königsteiner Straße soll später einmal nach ihrer Verlegung auch die Frankfurter Straße einmünden und der neue Münsterer Knoten entstehen.

19.3.1973: Diplomkaufmann Josef Dichmann, Direktor und Vorstandsmitglied der Vario-Werke Dichmann AG, feiert heute seinen 65. Geburtstag. Nach dem Abitur studierte er an der Universität Frankfurt und anschließend an der TH in München. 1933 trat er in das Familienunternehmen ein, und 1955 übernahm er als Nachfolger von Dr. Leonhard Dichmann die Verantwortung für die Büromöbelfabrik. Unter der Leitung von Josef Dichmann entwickelte sich das Büromöbelwerk zu einem führenden Unternehmen der Branche.

Der Bau des Altenwohnheims an der Görlitzer Straße geht zügig voran, so dass die Anlage im Oktober bezugsfertig sein wird. Beim Bau der Wohnungen ist auf die Bedürfnisse der künftigen Bewohner in allen Einzelheiten besondere Rücksicht genommen worden. Die Altenwohnungen haben Einbauküche, Loggia und Duschbad. Sie verfügen über eine Notrufanlage für den Fall, dass ein Mieter Hilfe braucht. In den Wohnungen wird es große Stellwände geben, weil erfahrungsgemäß ältere Menschen sich nicht gern von lieb gewordenen Möbeln trennen.

25.3.1973: Im Alter von 62 Jahren verstarb Herr Philipp Löw. Herr Löw war von 1960 bis 1968 als Stadtverordneter in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kelkheim ehrenamtlich tätig. Er wurde von seinen Kollegen als sachlicher Kommunalpolitiker geätzt und hat seine Aufgaben zum Wohle der Bürgerschaft ausgeübt. Die Stadt Kelkheim wird ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

30.3.1973: In der Stadtverordnetensitzung am 30.3. teilte Stadtverordnetenvorsteher Claßen mit, dass die heutige Ehrung des Stadtbrandmeisters Adolf Klarmann mit der Heinrich-Freiherr-von-Gagern-Plakette in Gold anlässlich seines Ausscheidens aus dem Amt zum 31.3.1973 nicht stattfinden kann, da der Stadtbrandmeister sich zur Zeit in Kur befindet und daher seine Anwesenheit nicht möglich war. Die Ehrung werde in der nächsten Sitzung stattfinden.

Für den Magistrat teilte der Bürgermeister u.a. mit, dass das neue Postamt in der Breslauer Straße am 9.4.1973 eröffnet wird.

Die Stadtbuseinnahmen im Jahre 1972 betragen rund 61.500 DM. Der städtische Zuschuss lag bei 30.000 DM und hat sich gegenüber dem Vorjahr wesentlich ermäßigt. Außerdem mussten für die Schülerbeförderung innerhalb des Stadtgebietes zusätzlich rund 4.300 DM aufgewandt werden.

Das Forstamt hat nunmehr die Genehmigung zur Waldumwandlung des zum Bau des Schießstandes an der verlängerten Lorsbacher Straße benötigten Grundstücks erteilt. Die in der Genehmigung enthaltenen Auflagen sind zum größten Teil bereits erfüllt. Somit sind alle Sportanlagen bzw. Baulichkeiten innerhalb des Waldbereiches aus dem Waldverband ausgegliedert, außer dem Gelände des jetzigen Reitplatzes an der Jahnstraße.

Mit den Main- Kraftwerken konnte bezüglich der Verlängerung des Konzessionsvertrages bisher keine Einigung erzielt werden, da die der Stadt angebotenen Bedingungen nicht akzeptiert werden können.

Ebenso hat der Magistrat den vorgelegten Nachtrag zum Straßenbeleuchtungsvertrag abgelehnt, da dieser mehr Nachteile als Vorteile für die Stadt enthält. Demnächst werden neue Verhandlungen geführt.

Im Zuge der Verkehrsplanungen hat der Magistrat eine Verkehrszählung angeordnet, die in den nächsten Tagen an allen wichtigen Knoten- und Kreuzungspunkten innerhalb des Stadtgebietes durchgeführt wird.

Da der Stadtbrandmeister nicht anwesend sein konnte, wurde trotzdem der einstimmige Beschluss gefasst, Herrn Adolf Klarmann für hervorragende Verdienste um die demokratische Gesellschaft und ihre Einrichtungen in der Stadt Kelkheim, mit der Heinrich-Freiherr-von-Gagern-Plakette in Gold auszuzeichnen. Die Plakette in Silber wurde A. Klarmann bereits verliehen. Die Ehrung und Verabschiedung des Stadtbrandmeisters findet in der nächsten Stadtverordnetenversammlung statt.

Am 1.12.1972 fand die Wahl des Stadtbrandinspektors und seines Stellvertreters durch die Freiwilligen Feuerwehren der Stadt statt. Zum Stadtbrandinspektor wurde der Löschmeister Raimund Friebe, zum Stellvertreter der Oberbrandmeister Willi Hoppe gewählt. Gegen die Wahl von Raimund Friebe wurde

Einspruch eingelegt, bis zur endgültigen Klärung dieser Angelegenheit hat der Magistrat beschlossen, die Ernennung des stellvertretenden Stadtbrandinspektors Willi Hoppe zum 1.4.1973 vorzunehmen und ihn zunächst kommissarisch mit den Aufgaben des Stadtbrandinspektors zu betrauen. Eine Beschlussfassung hierzu war nicht erforderlich. Die Einführung und Aushändigung der Ernennungsurkunde erfolgte durch Bürgermeister Dr. Stephan.

Anschließend wurde der HH-Plan für das Jahr 1973 beraten. Der HH-Plan hatte ein Gesamtvolumen von etwas über 28 Mio. DM. Davon entfielen auf den ordentlichen HH 15.335.139 DM, und auf den außerordentlichen HH fast 13 Mio. DM. Die Gewerbesteuer wurde von bisher 275 Prozent auf nunmehr 310 Prozent erhöht. Der Gesamtbetrag der aufzunehmenden Darlehen wurde auf fast 4,4 Mio. DM festgelegt. Davon entfielen für den Rathausneubau 1.363.115 DM, das Altenwohnheim 632.000 DM, für Straßenbau 407.000 DM, für Wasserläufe 200.000 DM, Müllabfuhr 45.500 DM, Hallen-Freibad 295.000 DM, Wasserversorgung 249.400 DM, bebaute Grundstücke 75.000 DM und dem Ankauf unbebauter Grundstücke 1.110.000 DM. Der HH-Plan für das Rechnungsjahr 1973 wurde gegen die Stimmen der Opposition mit 24 gegen 13 Stimmen verabschiedet.

Dem Hauungs- und Kulturplan für den Stadtwald, der Gesamtausgaben in Höhe von 22.300 DM vorsah, sowie dem für dieses Jahr geplanten Einschlag von 890 fm Holz, wurde mit 35 gegen 2 Stimmen zugestimmt.

Ferner wurde einem 1. Nachtrag zur Kanalbeitrags- und Gebührensatzung zugestimmt. Der Nachtrag sah vor, dass die Abwassergebühren je cbm von 65 Pfg. auf 1 DM erhöht wird. Auch einem 1. Nachtrag zur Wasserbeitrags- und Gebührensatzung wurde zugestimmt. Der Nachtrag sah vor, dass der Wasserpreis von bisher 1,40 DM auf 1,60 DM pro cbm angehoben wurde. Das Abstimmungsergebnis für beide Gebührenanhebungen lautete 22 Stimmen gegen 13 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Die Gesellschaft für gemeinnützigen Wohnungsbau Hoechst mbH beabsichtigte, die restliche Freifläche des Geländes "Stückes" in nächster Zeit einer Bebauung zuzuführen. Der Bebauungsplan hierzu wurde bereits in der Stadtverordnetensitzung am 16.2.1973 beschlossen. Zur Erschließung des Gebietes und zur Abwicklung des gesamten bebauten und unbebauten Geländes "Stückes" sollte mit der Gesellschaft ein Erschließungsvertrag abgeschlossen werden. Bei der Abstimmung über den vorgelegten Vertragsentwurf verließen 7 Stadtverordnete wegen Interessenkollision den Sitzungssaal. Mit 30 Stimmen gegen keine Stimme wurde dem Entwurf der Vereinbarung zwischen der Stadt und der Wohnungsbaugesellschaft zugestimmt.

Der Hess. Sozialminister vertrat aufgrund eines Antrages des Kreisausschusses MTK auf Aufnahme der Kelkheimer Entbindungsklinik in den Krankenhausbedarfsplan des Landes Hessen die Ansicht, die Entbindungsklinik in das Kreiskrankenhaus Bad Soden zu integrieren. Nur unter dieser Voraussetzung bestand die Möglichkeit, einen Zuschuss nach dem KHG zu erhalten. Dies bedeutete, dass zum Zeitpunkt des Nachweises der erforderlichen Ersatzbetten im Kreiskrankenhaus Bad Soden die städtische Entbindungsklinik zu schließen bzw. einem anderen Verwendungszweck zuzuführen war. Nach einer kurzen Aussprache wurde dem Vorschlag des Sozialministers einstimmig entsprochen, weil dies die einzige Möglichkeit war, für die nächsten Jahre einen entsprechenden Zuschuss aus Landes- und Kreismitteln zu erhalten.

Ehrenbürgermeister Wilhelm Stephan, der bisher auch stellvertretender Ortsgerichtsvorsteher war, hatte beim Amtsgericht seine Entlassung aus dem Ehrenamt beantragt. Da der bisherige Hilfsschöffe beim Ortsgericht, Peter Michels, auch aus dem Ortsgericht ausschied, mussten Neuwahlen für das Ortsgericht Kelkheim durchgeführt werden. Einstimmig wurden folgende Herren gewählt: zum Ortsgerichtsschöffen Architekt Lothar Koblitz, zum Ortsgerichtshilfsschöffen Architekt Günther Schreiber und zum Ortsgerichtsvorsteher Stadtrat Josef Kloft.

Im Zuge des Ausbaues der L 3016 musste die Liederbachverlegung und Liederbachregulierung in diesem Teilbereich vorgenommen werden. Die Gesamtkosten für diese Maßnahme einschließlich der Errichtung einer Stützmauer in einem Teilbereich wurden mit 750.000 DM veranschlagt. Die Straßenbauverwaltung hatte sich nach langwierigen Verhandlungen bereit erklärt, einen Teilbetrag von ca. 450.000 DM zu übernehmen, so dass für die Stadt noch ein Anteil von 300.000 DM verblieb. Über diese Kostenbeteiligung musste mit der Straßenbauverwaltung eine Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen werden. Dieser Vereinbarung wurde einstimmig zugestimmt.

Durch die Forderung der Stadt, im Zuge des Ausbaues des Verkehrsknotens B 8 / B 519 die Nordtangente (Gagernring) an diesen Knotenbereich anzubinden, entstanden erhebliche Mehrkosten. Durch entsprechende Verhandlungen mit dem Straßenbauamt wurde der städtische Anteil an der Gesamtbaumaßnahme mit 722.000 DM ermittelt. Dieser Betrag musste durch die Stadt aufgebracht und eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung mit dem Straßenbauamt abgeschlossen werden. Der entsprechenden Vereinbarung wurde einstimmig zugestimmt.

Der Generalverkehrsplan der Stadt Kelkheim, der im Jahre 1967 verabschiedet wurde, war in einem Punkt offen geblieben. Den seinerzeitigen Ansichten der Verkehrsplaner, den Verkehr in Nord- Süd- Richtung durch die Stadt hindurch zu leiten, konnte sich die Mehrheit der damaligen Stadtverordneten, aber auch eine große Anzahl von Bürgern, nicht anschließen. Ein Planungsbüro hatte nunmehr in diesem Punkt eine

neue Planung vorgelegt. Der Plan sah vor, den Verkehr auf kürzestem Wege durch die Stadt zu leiten, und zwar nicht in Nord- Süd-, sondern in West- Ost- Richtung.

Im einzelnen sah der Plan vor, den von Fischbach kommenden Verkehr im Gebiet Stückes auf den Gagering, von dort über die Liederbachstraße bis zur B 519 alt und von dort zum Münsterer Knoten zu leiten. Die CDU- und FDP-Fraktionen unterstützten den Planungsvorschlag, die SPD äußerte Bedenken und wollte der Planung nicht zustimmen. Mit 22 gegen 13 Stimmen und 2 Enthaltungen wurde einem Grundsatzbeschluss zu dieser Planung zugestimmt. Die hier vorgeschlagene Planung zur Verlagerung des Verkehrsflusses aus Fischbach wurde später wieder aufgehoben.

Nach einer Abänderung in einigen Teilbereichen wurde jetzt dem Bebauungsplan für das Gebiet Frankfurter Straße / Eckwiese mit 35 gegen 2 Stimmen zugestimmt.

Im Hinblick auf die laufenden Planungen der STEG für das Gebiet "Sindlinger Wiesen / Hauptstraße" war es erforderlich, zur Sicherung der Bauleitplanung und Kontrolle des Bodenverkehrs im Bereich folgender Straßen: Königsteiner Straße, Frankfurter Straße, Bahnstraße, Hauptstraße, Straße Nach dem Busch und Breslauer Straße entsprechende Bebauungspläne aufzustellen. Gleichzeitig sollte eine Satzung über eine Veränderungssperre und eine Satzung über das besondere Vorkaufsrecht an unbebauten und bebauten Grundstücken erlassen werden. Ebenso war die Anordnung eines Baulandumlegungsverfahrens für diesen Bereich zweckmäßig.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte bereits am 14.7. 1972 die Aufstellung von Bebauungsplänen und die Baulandumlegung für dieses Gebiet beschlossen. In dieser Sitzung wurden die einzelnen Pläne als Satzung beschlossen. Wegen Interessenkollision nahmen zwei Stadtverordnete an der Abstimmung nicht teil. Alle vorgeschlagenen Bebauungspläne und die Baulandumlegung wurden einstimmig beschlossen. Das Gebiet "Haingraben" mit der Abgrenzung Hauptstraße / Frankfurter Straße / Bahnstraße wurde zum Sanierungsgebiet erklärt. Einstimmig wurde beschlossen:

- 1.) Einen Bebauungsplan aufzustellen,
- 2.) eine Satzung über eine Veränderungssperre,
- 3.) eine Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht für unbebaute Grundstücke und Grundstücke im Sanierungsgebiet zu erlassen und
- 4.) ein Baulandumlegungsverfahren einzuleiten.

Die CDU stellte einen Antrag zur Verbesserung der Schulsituation in Kelkheim. Der Magistrat wurde beauftragt, mit dem Kreis entsprechende Verhandlungen zu führen. Da auch die SPD im wesentlichen mit den CDU-Forderungen einig war, wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Der Magistrat hatte empfohlen, die restlichen Baugrundstücke im Gebiet "Adolfshöhe" bevorzugt an Kelkheimer Bürger zu verkaufen. Der Kaufpreis wurde je nach Lage zwischen 142 DM und 150 DM / qm festgesetzt. In dem Kaufpreis waren die auf die Grundstücke entfallenden Anliegerleistungen nicht enthalten. Aufgrund dieses Beschlusses wurde mit verschiedenen Kelkheimer Bewerbern verhandelt, aber niemand war zum damaligen Zeitpunkt an dem Erwerb eines Grundstückes zu den vorgenannten Bedingungen interessiert. Deshalb wurden einstimmig 5 Baugrundstücke in diesem Gebiet an auswärtige Bewerber verkauft. Auch einem Grundstückstausch im Gebiet Luisenstraße zwischen der Stadt und einem Grundeigentümer wurde einstimmig zugestimmt.

9.4.1973: Die Post eröffnete heute ihr neues Domizil an der Breslauer Straße. Der Leiter des neuen Postamtes, Oberpostmeister Albrecht, konnte zur Eröffnung Vertreter der städtischen Körperschaften mit Bgm. Dr. Stephan an der Spitze begrüßen. Das neue Postgebäude ist so großzügig geplant, dass es alle möglichen Entwicklungen Kelkheims berücksichtigen kann, notfalls kann es sogar aufgestockt werden. Mit diesem Bau hat die Post nun nach mehrmaligem Umzug im Laufe der letzten Jahrzehnte endgültig ihren Platz im Stadtmittelpunkt erhalten.

Zu Beginn unseres Jahrhunderts noch gab es für die rund 1.200 Einwohner des damaligen Dorfes Kelkheim nur eine Posthilfsstelle, die vom Postamt Bad Soden versorgt wurde. Erst am 1. April 1900 hatte die Reichspost die Posthilfsstelle Kelkheim in eine Postagentur umgewandelt. Zuständiges Postamt blieb weiterhin Bad Soden. Der 1. Kelkheimer Postagent war der damalige pensionierte Bürgermeister Hebauf. In Münster gab es damals auch eine Postagentur, die ab 1902 dem Postamt Höchst unterstellt war.

Das erste selbständige Kelkheimer Postamt ist am 1. Juli 1907 im Hause des Gastwirts Heinrich Müller in der Bahnstraße 28 eingerichtet worden. Kurze Zeit später hat der Gastwirt Müller in der Nähe des Bahnhofs ein neues Postgebäude errichtet. Die Straße wurde daraufhin in Poststraße (heute Friedrichstraße) umbenannt. Kelkheim erhielt in dem Neubau eine Telegraphenbetriebsstelle. Der Nachbarort Hornau wurde in den Landzustellungsbereich des Postamtes Kelkheim einbezogen. Kurz vor dem 1. Weltkrieg war Kelkheim auf gut 1.700 Einwohner gewachsen. Im Jahre 1910 ist die erste Fernsprechvermittlungsstelle eingerichtet worden.

Bis zum Jahresende gab es 35 Anschlüsse, damals - wie üblich - von Hand vermittelt. 1912 wurde auch der Nachbarort Fischbach in die Zustellung von Kelkheim einbezogen. Die Fischbacher Postagentur wurde dem Kelkheimer Postamt unterstellt. Nach dem 1. Weltkrieg hat die französische Besatzungsmacht bis zum 16. August 1919 im Postamt eine Wache einquartiert und die Telefon- und Telegrafleitungen

beschlagnahmt. Nach Abzug der Besatzung konnte sich der Postverkehr wieder normal weiter entwickeln. 1. Postmeister in Kelkheim wurde 1923 Herr Urban. 1930 wurde die handvermittelte Fernsprechstelle auf Wählbetrieb umgestellt.

Neu organisiert wurde der Kelkheimer Postbetrieb, als am 1. April 1938 Kelkheim, Münster und Hornau zur Stadt Kelkheim zusammengeschlossen wurden. Die Münsterer Postagentur wurde Kelkheims Annahmepoststelle angegliedert. Die Zustellung wurde in Kelkheim zentralisiert. Nach dem 2. Weltkrieg wurde das Kelkheimer Postamt noch einmal dem Postamt Höchst unterstellt. Diese Regelung blieb bis zum 1.4.1946. Das Postamt hatte sich inzwischen auf das Nachbarhaus mit ausgedehnt, weil die alten Räume zu klein geworden waren. Am 1.11.1960 wurde zur Entlastung des viel zu klein gewordenen Postamtes in Hornau im Hause Herrnmauer Straße 10 eine Annahmepoststelle eingerichtet.

Am 12.8.1962 ist das Postamt in neue Mieträume in der Parkstraße 2 umgezogen. Im ersten Obergeschoss wurde eine moderne Wählvermittlung installiert. Seit dem 1.1.1967 hat Postmeister Gerhard Albrecht die Leitung des Kelkheimer Postamtes übernommen. Albrecht leitet auch heute noch das neue Postamt in der Breslauer Straße. Das schnelle Wachstum Kelkheims hat die Post zu dem Neubau veranlasst. Mit dem Neubau in der Breslauer Straße hat die Post ihren vierten und nunmehr ihren endgültigen Standort gefunden. Das erst 1962 bezogene Postamt in der Parkstraße 2 hatte 330 qm Betriebsfläche. Elf Jahre später stehen im Neubau 1.040 qm Fläche zur Verfügung. Auch die Entwicklung bei der Post spiegelt das Wachstum Kelkheims zur bevorzugten Wohnstadt wider.

Als in den Jahren vor 1962 das Postamt Parkstraße geplant wurde, hat die Post den Angaben der Stadt über das Wachstum der Bevölkerung und Industrie zu wenig Glauben geschenkt. Die Einwohnerzahl Kelkheims hat sich von 1961 bis heute (1973) von rund 11.000 auf fast 18.000 erhöht. Auch die Industrie hat sich stark entwickelt. Die Posträume und die Räume des Wählamtes darüber waren zu klein geworden. Erweiterungen in der Parkstraße waren nicht möglich. Der Neubau in der Breslauer Straße wird aller Voraussicht nach in den nächsten Jahrzehnten nicht unter Raumnot leiden. Er berücksichtigt ein Wachstum Kelkheims auf eine Einwohnerzahl von 30.000 bis 40.000, die erst im Laufe der nächsten Jahrzehnte erreicht werden soll.

Der Bau ist so geplant, dass er um ein Geschöß aufgestockt und um mehr als 1.000 qm Betriebsfläche erweitert werden kann. Der Versorgungsbereich des Kelkheimer Postamtes umfasst bei 18.000 Einwohnern gut 15 Quadratkilometer. 32 Bedienstete sind zurzeit beim Postamt beschäftigt. Zur Sachausstattung gehören u.a. 5 Lastwagen, 31 Briefkästen, 8 Briefmarken- und Postkartenautomaten, 19 Telefonzellen und 13 Handfahrgeräte für die Zusteller. Zur Zeit werden täglich etwa 5.000 Briefe eingeliefert, 200 Päckchen und 32 Pakete angenommen, rund 9.500 Briefe zugestellt, weitere 2.000 ausgegeben, ferner etwa 1.300 Zeitungen, knapp 300 Päckchen und 350 Pakete ausgegeben und ausgeliefert.

Die Arbeiten am Verkehrsknoten B 8 / B 519 mit Anbindung der Nordtangente (Gagernring) haben begonnen. Ein Waldstreifen ist bereits freigeschlagen, um die Anbindung der Nordtangente zu ermöglichen.

18.4.1973: In den Räumen der Volksbank Münster in der Frankfurter Straße stellt die Malerin und Graphikerin Roberte Holly- Logeais gegenwärtig einen Querschnitt ihrer Arbeiten der Öffentlichkeit vor. Damit wird ein Ausstellungszyklus fortgesetzt, der die Arbeiten von verschiedenen Kelkheimer Künstlern zeigt und von der Kulturgemeinde angeregt wurde.

18.4.1973: Heute verstarb der Mitbegründer der CDU in Münster und Träger des Bundesverdienstkreuzes, Herr Balthasar Katzenbach. Herr Katzenbach war Mitglied des Beirates, der ab Mai 1945 die Geschicke der Stadt Kelkheim leitete. Obwohl er nicht Stadtverordneter war, war er als kompetenter Bürger Mitglied verschiedener Kommissionen und Ausschüsse. 1957 wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Herr Katzenbach hat sich stets für die Belange seiner Mitbürger eingesetzt. Die Stadt Kelkheim wird ihm immer ein ehrendes Gedenken bewahren.

7.5.1973: Die letzten grünen Inseln Kelkheims sehen einige Bürger der Stadt durch die massive Bebauung bedroht. Angesichts der Tatsache, dass die Gebiete "Haingraben" und "Sindlinger Wiesen" im Zuge der Stadtkernsanierung erschlossen werden sollen und dass ein Flächennutzungsplan in der Diskussion ist, wollen einige umweltbewusste Bürger, an der Spitze mit Karin und Manfred Guder, eine Interessengemeinschaft Kelkheimer Bürger gründen, um Bebauungsplänen "mit Mut und Entschlossenheit" entgegenzutreten, die den Wohnwert der Stadt mindern.

Die Umweltschützer wünschen, dass die restlichen Grünflächen innerhalb des Stadtgebietes der Allgemeinheit als Naherholungsgebiete zugänglich gemacht werden. Dazu bedürfe es keiner großen Investitionen, wie das vorbildliche Beispiel der Grünanlage Mühlgrund zeige. Genauso, sagen die Guder, solle der Haingraben als grüne Lunge Kelkheims erhalten bleiben, seien auch die Sindlinger Wiesen eine große Chance, den Wohnwert der Stadt zu erhalten.

Etwa 40 Bürger schlossen sich zu einer Bürgerinitiative Kelkheim (BIK) unter dem Zeichen eines Schmetterlings zusammen. Die Umweltaktivisten wollen ohne Satzung und Vereinsbeiträge gegen die zunehmende bauliche Verdichtung im Stadtgebiet ankämpfen.

12. bis 20.5.1973: Der Gesangverein "Industrielle Harmonie" in der Partnerstadt Saint-Fons feierte sein 100-jähriges Bestehen. Zu der Festwoche wurden auch Abordnungen Kelkheimer Vereine eingeladen. Etwa 100 Einwohner hatten die Reise nach Saint-Fons angetreten. Am 19. und 20.5. gaben der MGV "Liederkranz" Kelkheim und das Kelkheimer Kammerorchester einige Proben ihres Könnens im Rahmen der Festwoche.

Der neue **Flächennutzungsplan** der Stadt Kelkheim und die zukünftige städtebauliche Entwicklung Kelkheims. In der nächsten Stadtverordnetenversammlung steht der Flächennutzungsplan der Stadt Kelkheim zur Diskussion. Der Plan ist ein vorbereitender Bauleitplan für das gesamte Stadtgebiet. Das Bundesbaugesetz (BBauG) schreibt solche umfassende Bauleitplanung vor, in der die beabsichtigte Art der Bodennutzung für jeden Teil der Gemarkung nach den vorhersehbaren Bedürfnissen insgesamt darzustellen ist. Seit dem Inkrafttreten des BBauG 1960 haben die Gemeinden ihre bauliche Entwicklung durch einen Flächennutzungsplan vorzubereiten und anschließend durch einzelne Bebauungspläne verbindlich zu ordnen.

Der Flächennutzungsplan ist zunächst die Gesamtdarstellung aller baulichen und sonstigen Nutzung von Grundstücken im Gebiet einer Gemeinde. Das BBauG zählt in seinem ersten Paragraphen eine Reihe von Verpflichtungen auf, die die Gemeinden bei der Aufstellung ihrer Bauleitpläne zu berücksichtigen haben. Die Bauleitpläne müssen sich nach den sozialen und kulturellen Bedürfnissen der Bevölkerung, ihrer Sicherheit und Gesundheit richten. Dabei müssen die Gemeinden öffentliche und private Belange gegeneinander und untereinander gerecht abwägen.

Die Bauleitpläne sollen den Wohnbedürfnissen der Bevölkerung dienen und die Eigentumsbildung im Wohnungswesen fördern. Berücksichtigt werden müssen auch die von Kirchen und anerkannten Religionsgemeinschaften festgestellten Erfordernisse für Gottesdienst und Seelsorge, die Bedürfnisse der Wirtschaft, der Landwirtschaft, der Jugendförderung, des Verkehrs und der Verteidigung. Natur- und Landschaftsschutz sind ebenfalls im Katalog gemeindlicher Verpflichtung genannt.

Die Stadt Kelkheim hat bereits in den Jahren 1950 und 1954 einen Flächennutzungsplan aufgestellt, der 1958 letztmals überarbeitet wurde. Damals diente das hessische Aufbaugesetz als Grundlage, weil noch keine bundeseinheitliche Regelung getroffen war.

Bis heute (1973) ist der Flächennutzungsplan von 1958 in Kelkheim die Grundlage der Bauleitplanung. Inzwischen haben sich die gesetzlichen Anforderungen in einzelnen Punkten geändert. Bei einer Reihe von Festlegungen haben sich auch durch die Entwicklung Kelkheims neue Probleme ergeben. Die Überarbeitung des Flächennutzungsplanes soll jetzt sowohl die Planung dem neuesten gesetzlichen Stand anpassen als auch den Gesamtplan nach neuesten Erkenntnissen auf die Kelkheimer Bedürfnisse abstimmen. Aus diesem Grund liegt der Flächennutzungsplan jetzt erneut den Stadtverordneten vor.

In diesem Plan sind alle zur Bebauung oder zur Freihaltung vorgesehenen Flächen im Kelkheimer Stadtgebiet in ihrer Zweckbestimmung dargestellt. Aus dem Plan geht hervor, wo Baugebiete sind, insbesondere aber auch mit welchen öffentlichen Einrichtungen das Stadtgebiet ausgestattet ist und noch ausgestattet werden soll. Der Plan zeigt Kirchen, Schulen, kirchliche, kulturelle und sonstige öffentliche Einrichtungen, insgesamt als Flächen für den Gemeindebedarf gekennzeichnet. Ausgewiesen sind auch Flächen für den überörtlichen Verkehr und für die örtlichen Hauptverkehrszüge. Hier ist bereits dargestellt, dass die Landesstraße 3016, die heute noch der Frankfurter Straße folgt, über den Klosterberg an die Stadttangente angebunden werden soll. Die Stadtverordneten haben in ihrer letzten Sitzung diese wesentliche Änderung gegenüber den früheren Planungen einer neuen Trasse durch die Sindlinger Wiesen beschlossen.

Gegenstand des Flächennutzungsplans sind neben Flächen für Versorgungsanlagen, Abwasser- und Müllbeseitigungsanlagen, auch alle Grünflächen einer Stadt, wie Parkanlagen, Kleingärten, Sport- und Spielplätze, Friedhöfe.

Die **Grünflächen** Kelkheims sind in der überarbeiteten Flächennutzungsplanung wesentlich gegenüber früheren Planungen erweitert worden. Als neue öffentliche Grünzonen, deren Ausweisung sich auch auf die Grundstückspreise der betroffenen Gebiete auswirken dürfte, sind außer den bereits bestehenden Grünflächen wesentliche Bereiche des Förstergrundes bezeichnet, d.h., das Wiesengebiet im Talzug zwischen Fischbacher Straße und Gimbacher Weg, weiterhin der Bereich zwischen der Eichendorffschule und der jetzt vorhandenen Bebauung.

Grünflächen bleiben soll auch der gesamte Geländestreifen zwischen der jetzigen Königsteiner Landstraße und der weiter östlich verlaufenden Trasse für die neue B 519. Von jeder Bebauung freigehalten werden soll in diesem Gebiet der gesamte Bereich östlich der Königsteiner Landstraße zwischen dem nördlichen Anschlussknoten mit der B 8 bis südlich des neuen Hauptfriedhofs.

Auch alle Sportstättenbereiche gelten als öffentliche Grünflächen. Dazu gehört das zentrale Sportgelände um das Hallen-Freibad, ferner der Sportplatzbereich Gundelhardt, die Kleinsportanlage Stückes und die gesamte Sportanlage Reis einschließlich der noch vorhandenen Freiflächen. Für diese Sportanlage ist bis heute (1973) nur etwa ein Drittel der verfügbaren Fläche in Anspruch genommen.

Das Bundesbaugesetz schreibt auch die Kennzeichnung aller Flächen für Land- und Forstwirtschaft vor.

Diese Bestimmung gewinnt Bedeutung für das gegenwärtig laufende Flurbereinigungsverfahren in Kelkheim. Kenntlich gemacht werden müssen im Flächennutzungsplan so genannte Sanierungsgebiete, das sind Flächen, in denen wegen städtebaulicher Missstände besondere Maßnahmen zur Stadterneuerung erforderlich sind. Mit diesem Problem hat sich jede Stadt zu befassen, die in ihrem alten Kern erneuerungsbedürftige Altbausubstanz aufweist. Wie Hofheim, Bad Soden und Hattersheim in der engsten Umgebung, hat auch die Stadt Kelkheim im Innenstadtbereich Sanierungsgebiete ausgewiesen. Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer letzten Sitzung den gesamten Innenstadtbereich östlich der Frankfurter Straße von Münster bis zur Bahnstraße, im Osten begrenzt durch Hauptstraße und Breslauer Straße, zum Sanierungsgebiet erklärt. Der Flächennutzungsplan stellt noch nicht fest, wie in einem solchen Sanierungsgebiet Freiflächen, Grünanlagen, Baugebiete und einzelne Bauobjekte aufeinander abzustimmen sind. Das ist Aufgabe eines Bebauungsplanes, der die generelle Festlegung durch konkrete Planung ergänzt. Der Flächennutzungsplan weist nur aus, dass das Gesamtgebiet besonderer Maßnahmen bedarf, um es so zu nutzen, dass es der vorgestellten Funktion als Kernbereich der Stadt Kelkheim entsprechen kann. Dazu gehören Geschäfte, Wohnungen und entsprechende Freiräume. Ehe der Flächennutzungsplan in der Stadtverordnetenversammlung diskutiert wird, ist er mit den Trägern öffentlicher Belange abgestimmt worden. Das sind Behörden und Stellen, die für die überörtlichen Belange verantwortlich sind, z.B. für Straßenbau, Wasserwirtschaft und andere Bereiche, die durch die gemeindliche Flächennutzung berührt werden. Die Träger öffentlicher Belange erheben Einspruch, wenn sie in ihrem Fachbereich Beeinträchtigungen sehen.

Der Stadtverordnetenbeschluss über den Flächennutzungsplan - sollte er zustande kommen - gibt dann den Weg frei für die Offenlegung des Planes auf die Dauer von vier Wochen. Während dieser Auslegungsfrist hat jeder Bürger der Stadt Gelegenheit, eigene Anregungen und Bedenken zu dem FNP-Entwurf vorzutragen. Über jede dieser Anregungen und Bedenken muss anschließend die Stadtverordnetenversammlung entscheiden. Ort und Dauer der Auslegung werden nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung bekannt gemacht, so dass jeder Kelkheimer Bürger von seinem Recht Gebrauch machen kann. Die städtischen Gremien prüfen die fristgemäß vorgebrachten Bedenken und Anregungen und leiten den FNP zur Genehmigung weiter an den RP. Dabei muss die Stadtverordnetenversammlung Begründungen für jede ablehnende Stellungnahme zu Bedenken von Bürgern oder Trägern öffentlicher Belange geben. Erst nach der Genehmigung des Planes durch den RP erlangt er Rechtsverbindlichkeit.

Der FNP bewirkt dann die Selbstbindung der Gemeinde. Dritte können aus dem Plan keine unmittelbare Rechte oder Verpflichtungen ableiten. Solche Rechte gewähren erst die Bebauungspläne, die die Stadtverordnetenversammlung auf der Grundlage des generellen FNP für einzelne Planungsbereiche aufstellt. Nach dem FNP als dem vorbereitenden Bauleitplan erhält der Bebauungsplan die rechtsverbindlichen Festsetzungen für die städtebauliche Ordnung. Er ist aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln.

Um Bauleitplanung und Gestaltungsabsichten einer Stadt verstehen zu können, muss man diese Stadt in ihrer geographischen Lage, in ihrer geschichtlichen Entwicklung und in ihrer jüngsten städtebaulichen und wirtschaftlichen Entwicklung sehen. Kelkheim ist im Osten und Westen von teils bewaldeten Höhenzügen begrenzt. Die Hauptbebauung liegt im Liederbachtal am Südhang des Taunus und dehnt sich nach den begrenzenden Höhenzügen aus. Kelkheim liegt im engeren Einzugsbereich der Großstadt Frankfurt, die den Kern der Region Untermain bildet.

Verkehrsverbindungen zur Kernstadt bilden die B 8 und die S- Bahnlinie Königstein - Höchst. Weitere überörtliche Straßenverbindungen bieten die B 519 nach Hofheim und Königstein und die Landesstraßen nach Fischbach, Höchst und Hofheim. Kelkheim liegt im Mittel etwa 210 Meter über dem Meeresspiegel. Innerhalb des Stadtgebietes gibt es Höhenunterschiede von knapp 80 Metern. Die gesamte Kelkheimer Gemarkung umfasst 1.526 ha, davon sind etwa 430 ha Waldgebiet.

In der Regionalplanung, die jeder Stadt oder Gemeinde ihre Aufgaben innerhalb der Region zuweist, ist Kelkheim als Mittelzentrum und als Zuwachsgemeinde ausgewiesen. Der Begriff Mittelzentrum bedeutet, dass Kelkheim durch Schulen, weitere öffentliche Einrichtungen und wirtschaftliche Leistungen Aufgaben für umliegende Gemeinden mit erfüllt. Die Gestalt einer Stadt ergibt sich aus ihrer Geschichte. Kelkheim ist geprägt durch das Zusammenwachsen aus den drei ehemals selbständigen Gemeinden Kelkheim, Münster und Hornau. Die Stadtteilnamen, bei der gesetzlich bestimmten Zusammenlegung untergegangen, sind nach dem Kriege bewusst wieder als amtliche Bezeichnungen eingeführt worden.

Die ursprüngliche Gemeinde Kelkheim war ein typisches Straßendorf, die Gemeinde Hornau eine Hangsiedlung entlang der heutigen Hornauer Straße. Nur die Gemeinde Münster war bereits eine Ansiedlung, die sich vom Kern aus entfaltet hatte. Münsters Vorzug war die Lage an der Straßenkreuzung,

von der die Wege nach Königstein, Höchst, Hofheim und Kelkheim abgingen. Die Gemeinde Münster war viele Jahrhunderte lang die wirtschaftlich stärkste der drei Kelkheimer Ursprungsgemeinden. Sie besaß eine ausgedehnte Gemarkung bis tief in die Mainebene hinunter, und gutes Ackerland begünstigte die Münsterer Bauern.

In der Hornauer Gemarkung wurde in der Hauptsache Obstbau betrieben. Mitte des 19. Jahrhunderts gab es ein beachtliches Leineweber- Gewerbe. Das zwischen Münster und Hornau gelegene Kelkheim verfügte über eine sehr viel kleinere Gemarkung. Hier war die Bevölkerung stärker als in den anderen Gemeinden zu gewerblichem Broterwerb gezwungen. Im vorigen Jahrhundert gab es Töpfereien, auch Bergbau. Als neuer Gewerbebezug kam dann das Möbelhandwerk auf, dem Kelkheim seinen Beinamen "Stadt der Möbel" verdankt.

Im Zusammenhang mit der Zusammenlegung der drei Gemeinden hat Kelkheim am 1. April 1938 die Stadtrechte verliehen bekommen. Die junge Stadt konnte sich jedoch während des bald darauf ausgebrochenen Krieges zunächst nicht entwickeln. Maßgeblich geprägt worden ist das heutige Bild der Stadt Kelkheim durch das starke Wachstum der Nachkriegsjahre. Als während und nach dem Kriege eine immer stärker werdende Besiedlungswelle von Frankfurt ausgehend die Taunusgemeinden erreichte, war die Stadt Kelkheim gezwungen, größere Baugebiete auszuweisen. Schon die Unterbringung der Heimatvertriebenen hatte den Baulandbedarf gesteigert.

Neue Baugebiete konnten nur an den östlichen und westlichen Hängen erschlossen werden. Aus dem lang gestreckten "Schlauch" der drei Ursprungsdörfer wurde ein Stadtbild, das immer mehr rundete. Die schon 1935/ 36 begonnene Eigenheimsiedlung der Farbwerke Hoechst am Rosengarten wurde nach dem Krieg um das Doppelte erweitert. Im Jahre 1945 opferte die Stadt etwa 25 ha Wald für das Baugebiet Herrnwald. Wer den Waldverlust heute bedauert, muss damalige Entscheidungen unter dem Gesichtspunkt der dringenden Bedarfsbefriedigung sehen.

Im Jahre 1954 wurde erstmals ein richtiger Flächennutzungsplan aufgestellt, der 1958 wieder erweitert werden musste. Nach dem ersten Plan entstand (1954) die Farbwerkssiedlung "Im Stückes" mit teils dreigeschossigen Wohnhäusern und eine Eigenheimsiedlung in südlicher Richtung. Im Gebiet "Am Pfarreck" im Südwesten der Stadt hat die Stadt der kath. Kirchengemeinde St. Dionysius Baugebiete bereitgestellt, auf dem 1955/56 Ein- und Zweifamilienhäuser und eine Kriegsbeschädigtensiedlung entstanden sind.

Im Jahre 1957 gab es im Gebiet "Hofreite" eine Baulandumlegung zwischen der Frankfurter Straße und der Bahnlinie, so dass hier Wohnbauten entstehen konnten. Höhergeschossige Bauten gab es erstmals in den 60er Jahren, nachdem die von der Stadt gebaute Bahnunterführung der Parkstraße eine nicht mehr schienengleiche Verbindung zum Gebiet "Am Berg" geschaffen hatte.

In der gleichen Zeit begannen die Arbeiten zur Kleinsiedlung am Gimbacher Weg und zu einer Bungalow-Siedlung im Gebiet "Hallwiel". Auch im Mülhgrund und im Hornauer Gebiet "Krummorgen" begann 1962/63 die Bebauung. Es folgte die Besiedlung des Gebietes "Judenhohl" (Breslauer Straße). Das im Süden entstandene Gewerbegebiet wurde erschlossen und erhielt mit der Dieselstraße unter der Bahnlinie hindurch eine direkte Anbindung an die Frankfurter Straße.

Vier neue Schulen hat die Stadt nach dem Kriege errichtet. Die Pestalozzischule, die Schulen an der Lorsbacher Straße und in den Sindlinger Wiesen und die Max-von-Gagern-Grundschule. Vier Pfarrzentren sind entstanden in Münster, an der Feldbergstraße, Am Flachland und an der Hornauer Straße, alle mit Kindergarten. Schreinergerwerb und Möbelhandwerk, die nach dem Kriege ihre traditionsreiche Stellung in Kelkheim ausbauen konnten, sind heute längst nicht mehr der einzige Zweig Kelkheimer Gewerbes.

Bis in die 60er Jahre hatte sich die überlieferte Monostruktur der Möbelstadt noch erhalten. Mittlerweile sind eine Reihe von mittleren und größeren Gewerbe- und Industriebetrieben neu angesiedelt worden. An der Frankfurter Straße und im Gebiet Bahnstraße haben sich Einzelhandelsbetriebe konzentriert.

Planziele für Bevölkerungswachstum, Baugebiete und Stadtsanierung: Der Erläuterungsbericht zum Planentwurf nennt die Planziele, an denen sich Kelkheims weitere Entwicklung ausrichten soll. Bisher hat die Stadt sich nach dem FNP von 1958 entwickelt. Angestrebt war ein Wachstum auf rund 16.000 Einwohner im Jahre 1984. Diese Zahlen sind bereits heute überschritten. Erhebliche Gebiete, die nach dem alten Plan noch bebaut werden sollten, sind noch nicht als Baugebiete ausgewiesen. Daraus ergibt sich, dass die Einwohnerzahl höhere Werte erreichen könnte, als ursprünglich vorgesehen. Die derzeitige Bestandsaufnahme zeigt 68,2 ha dichte Bebauung, 192,4 ha geschlossene Bebauung, 52,4 ha offene Bebauung, insgesamt also 313 ha bebaute Fläche.

Der FNP- Entwurf strebt als Ziel 70 ha dichte Bebauung, 300 ha geschlossene und 100 ha offene Bebauung an, insgesamt also 470 ha bebaute Fläche. Um eine Vorausschau auf die künftige Entwicklung der Einwohnerzahlen zu ermöglichen, sind die Einwohnerzahlen der letzten Jahrzehnte verglichen und hochgerechnet worden. Dabei ist der überaus starke Zuwachs der 60er Jahre berücksichtigt worden, der in diesem Verhältnis nicht mehr zu erwarten und auch nicht erwünscht ist. Die weiteren Zuwachsraten werden also in erster Linie durch die Baudichte in den noch offenen Baugebieten bestimmt. Kelkheim könnte nach diesen Vorausberechnungen etwa im Jahre 2000 eine endgültige Einwohnerzahl von rund 30.000 erreichen.

Öffentliche Einrichtungen der Stadt Kelkheim: Als so genannte Flächen für den Gemeindebedarf werden im Flächennutzungsplan Gebiete gekennzeichnet, auf denen öffentliche Einrichtungen untergebracht sind oder ihren Platz finden sollen. Westlich der Bahnlinie sind solche Flächen ausgewiesen für den Bauhof an der verlängerten Jahnstraße, für die Gesamt- und Sonderschule an der Lorsbacher Straße, Flächen der Kirchengemeinden an der Straße Im Herrnwald östlich der Hügelstraße, der evang. Kindergarten zwischen Parkstraße und Gundelhardtstraße nördlich der Hügelstraße und der kath. Kindergarten an der Wiesenstraße.

Wesentlich zahlreicher sind die Gemeindebedarfsflächen östlich der Bahnlinie. Wer den Plan von Süden nach Norden durchgeht, entdeckt zunächst das geplante Feuerwehrgerätehaus an der verlängerten Zeilsheimer Straße. Für kirchliche Einrichtungen ist der Münsterer Kirchplatz einschließlich des kath. Pfarrzentrums und eines Kindergartens ausgewiesen. In den Sindlinger Wiesen ist ein evang. Gemeindezentrum vorgesehen, ferner ein weiterer Kindergarten und die bereits in Betrieb befindliche Grundschule zwischen der Danziger- und Frankfurter Straße. Das Altenwohnheim entsteht zur Zeit an der Ecke Görlitzer / Breslauer Straße. Die neue Post hat an der Breslauer Straße gerade eröffnet.

Kirchliche Einrichtungen befinden sich auf Gemeindebedarfsflächen an der Gustav-Adolf-Straße (evang. Kirche), an der Hauptstraße (kath. Kirche), an der Feldbergstraße (kath. Pfarrzentrum mit Kindergarten), Am Flachland (evang. Pfarrzentrum mit Kindergarten und Kirche) und an der Rotlintallee / Hornauer Straße (kath. Pfarrzentrum mit Kindergarten und Kirche).

Eine zentrale Fläche für den Gemeindebedarf ist beim neuen Rathaus ausgewiesen, wo auch Schule und Feuerwehr angrenzende öffentliche Gebäude haben. Für Schule und Feuerwehr ist auch eine Fläche im Gebiet Rotlintallee, Hornauer Straße und Feldbergstraße vorgesehen. Am weitesten nördlich gelegen ist die Gemeindebedarfsfläche für die Max-von-Gagern-Grundschule nördlich des Gagernrings.

Verkehrsanschlüsse: Kelkheim ist durch die Kleinbahnstrecke Königstein - Höchst mit Frankfurt verbunden. Der Ausbau dieser Strecke zur S-Bahn soll das Massenverkehrsmittel zeitgemäßen Forderungen anpassen. Die Bahnlinie durchquert Kelkheim in Längsrichtung von Norden nach Süden mit den Bahnhöfen Hornau, K.-Mitte und Münster. Für den S-Bahnausbau werden einige Kurvenbegradigungen notwendig.

An das überörtliche Straßennetz ist Kelkheim durch die Landesstraße im Zuge der Frankfurter und Fischbacher Straße und durch die Bundesstraße 8 und 519 angeschlossen. Im Osten wird die Stadt von der neuen B 8 und neuen B 519 berührt. Von der B 519 führt ab Kelkheimer Kreuz zwischen Kelkheim und Liederbach die L 3014 auf den Münsterer Knoten. Die L 3016 kommt von Höchst und führt ebenfalls seitlich der alten Frankfurter Straße an den Münsterer Knoten. Mit dem Bau dieser Verbindung ist erst vor kurzem begonnen worden.

Neue Verkehrsführungen: Im neuen Flächennutzungsplan ist der jüngste Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Führung des Durchgangsverkehrs bereits eingearbeitet. Die L 3016, die im Zuge der Frankfurter und Fischbacher Straße zur Zeit durch zwei Drittel der Stadt führt, soll nicht mehr nordsüdlich verlaufen, sondern über eine Querverbindung von der Fischbacher Straße oberhalb Kelkheims, über eine Straßenüberführung an der Bahnlinie durch den Gagernring, über die Hornauer Straße und die Liederbachstraße am Kloster vorbei in die heutige Königsteiner Landstraße einmünden. Damit soll der verhältnismäßig starke Durchgangsverkehr zwischen den Ortsausgängen in Richtung Fischbach und in Richtung Höchst auf kürzester Entfernung durch die Stadt geführt werden. Der Ziel- und Quellenverkehr aus den einzelnen Siedlungsgebieten wird nicht mehr, wie bisher, zentral auf einer Längsachse gesammelt. Die Frankfurter Straße, der bis heute diese Aufgabe zugewiesen ist, soll dadurch entlastet werden, dass über mehrere Ost- West- Verbindungen der Verkehr auf dem kürzesten Wege aus der Stadt herausgeführt wird. Im nördlichen Teil der Stadt soll die neue Nordtangente (Gagernring) diese Aufgabe übernehmen und den Anschluss an die B 8 und B 519 herstellen. Im mittleren Bereich bildet die Parkstraße mit Durchbruch zur Straße Nach dem Busch (heute Frankenallee) auf die B 519 die Querverbindung. Im Süden soll die Frankfurter Straße in Höhe der Kapellenbergstraße mit einem Bogen auf dem Münsterer Knoten die Querverbindung herstellen.

Die Beseitigung der schienengleichen Bahnübergänge ist Planungsziel der Stadt. Im FNP ist der Endzustand dargestellt. Die Straße Auf der Herrnmauer ist über eine Straßenunterführung unter der Bahnlinie an den Gagernring angebunden. In K.-Mitte wird die verlegte Fischbacher Straße über die Bahn hinweg geführt. Im Süden wird die Münsterer Straße mit Unterführung der Bahnlinie auf die Frankfurter Straße geführt. Das Gewerbegebiet wird über die verlängerte Dieselstraße mit Kreuzung Frankfurter Straße an die Landesstraße Kelkheim - Höchst angeschlossen. Durch die neuen Straßenführungen wird die städtebauliche Entwicklung im Stadtzentrum wesentlich erleichtert.

Als neues Stadtzentrum vorgesehen ist der Bereich Frankfurter Straße, Parkstraße, Straße Nach dem Busch (heute Frankenallee), Breslauer Straße und Hauptstraße. Hier können die für eine attraktive Stadtmitte nötigen Einrichtungen als Fußgängerbereich geplant werden. Die neue Verkehrsführung erlaubt ein zweites untergeordnetes Geschäftszentrum im Bereich der Bahnstraße, Frankfurter und Hornauer Straße. Dabei müsste der Bedarf an Parkplätzen in den noch aufzustellenden Bebauungsplänen besonders beachtet werden.

Versorgungsanlagen: Im Flächennutzungsplan einer Stadt sind auch die kommunalen Einrichtungen zur Versorgung der Bevölkerung darzustellen. Soweit Wasserversorgung, Entwässerung, Strom- und Gasversorgung oder Einrichtungen der Post und des Fernmeldewesens nicht als Flächen im Plan erkennbar sind, werden die Versorgungsanlagen der Stadt im Erläuterungsbericht zum FNP beschrieben. Die Versorgung Kelkheims mit Wasser kann nur zum Teil aus eigenen Wassergewinnungsanlagen erfolgen. Diese Schwierigkeit teilt Kelkheim mit den meisten Taunusgemeinden. Der Taunus ist ein wasserarmes Gebirge.

Neben den Versorgungs- und Wassergewinnungsanlagen, die im FNP besonders dargestellt sind, wird die Stadt überwiegend aus dem Verbundnetz der Stadt Frankfurt beliefert. Die Haupttransportleitung aus dem Frankfurter Netz führt von der Übergabestelle Sindlingen über den Zeilsheimer Weg am Gewerbegebiet vorbei, weiter über die Hofheimer Straße durch den Wald zum Hochbehälter Waldwiese. Nach dem neuen Wasserversorgungsentwurf sollen die Wasserbehälter vergrößert werden. Zusätzlich ist ein neuer großer Behälter im Waldgebiet bei der Gundelhardtstraße vorgesehen. Damit ist die künftige Wasserversorgung den ausgewiesenen Bauflächen angepasst. Damit alle Kelkheimer Baugebiete einwandfrei mit Wasser versorgt werden können, müssen weitere Pumpstationen errichtet und Leitungen in bereits bebauten Gebieten ausgewechselt werden.

Das Kanalnetz zur Abführung der Abwässer hat in Kelkheim eine Gesamtlänge von rund 56 Kilometern. Die Stadtentwässerung ist im so genannten Mischsystem ausgebaut und soll in diesem System auch weitergeführt werden. Aus der Gestalt der Stadt ergibt sich eine Schwierigkeit bei der Entwässerung. Der Hauptsammler für das Abwasser folgt dem Verlauf des Liederbachtals wie zu der Zeit, als Kelkheim vor dem Kriege aus drei lang gestreckten Dörfern zusammengefügt worden ist. Die Stadt hat sich seitdem sowohl nach Osten als auch nach Westen vom Liederbach weg ausgedehnt. Dadurch wird der Hauptsammler in der ursprünglichen Längsachse der Stadt durch ständig höhere Abwassermengen aus den Seitenkanälen belastet.

Demnächst soll auch die Stadt Königstein an die Anlagen des Abwasserverbandes Vordertaunus angeschlossen werden, um den Liederbach von jeder Abwasserbelastung freizuhalten. Das Schmutzwasser aus Königstein wird dann ebenfalls in den Verbandsammler durch die Stadt Kelkheim entliehen. Dieser Hauptkanal muss dazu umgebaut und teilweise neu verlegt werden. Die Kosten werden auf alle Gemeinden anteilig umgelegt.

Der Kanalplan der Stadt Kelkheim beruht auf dem FNP in dessen heutiger Ausdehnung. Deshalb bietet dieser Plan auch die Gewähr dafür, dass es in Kelkheim auch nach Ausweisung neuer Baugebiete nicht zu unvorhergesehenen Schwierigkeiten bei der Abführung der Abwässer kommen wird. Einige Sanierungsmaßnahmen im vorhandenen Kanalnetz sind dazu notwendig und bereits vorgesehen.

Um den Liederbach sauber zu halten, soll das gegenwärtige stark überlastete Regenüberlaufbecken nach vorhandenen Plänen ersetzt werden. Die Zahl der Regenüberfälle ist von bisher neun auf vier vermindert worden. Die Stadt leistet damit einen Beitrag zur Reinhaltung des Liederbaches.

Mit elektrischem Strom wird die Stadt Kelkheim durch die MKW versorgt. Die notwendigen Leitungstrassen und Flächen für Versorgungseinrichtungen wie Transformatorenhäuschen und ähnliches werden jeweils von der Stadt zusammen mit den MKW festgelegt, wenn Bebauungspläne im einzelnen aufgestellt werden. Lieferant für Gas ist die Hessen- Nassauische Gas AG. Das Unternehmen unterhält ein Versorgungsnetz, das nach den Erfordernissen der Bebauung jeweils erweitert wird. Flächen für Gasreglerstationen werden bei der Aufstellung von Bebauungsplänen von der Stadt in Zusammenarbeit mit dem Versorgungsunternehmen ausgewiesen. Das gleiche gilt auch für Gelände, das die Post als Trassen für Kabelführungen braucht. Auch wenn Fernmeldeeinrichtungen und Kabel im alten Netz erneuert werden müssen, arbeitet die Stadt mit der technischen Abteilung des Fernmeldebauamtes zusammen.

Grün-, Sport- und Freizeitanlagen: Die Nähe zum Wald ist ein Vorzug der Stadt Kelkheim.

Spaziergänger erreichen schnell den Wald an der Stadtgrenze und haben so gute Naherholungsmöglichkeiten. Daneben sollen jedoch Grünanlagen im Inneren der Stadt erweitert werden. Für neue Baugebiete sind auch neue Grünanlagen zu schaffen. Im FNP sind nach gesetzlichen Vorschriften Sport- und Freizeitanlagen, auch Friedhöfe als Grünanlagen auszuweisen.

Die bereits bestehenden Grünzonen, das Gebiet "Waldwiese" zur Lorsbacher- und Wiesenstraße, ferner das Gebiet "Gimbacher Grund" ragen vom Westen her ins Stadtgebiet hinein und sind so im FNP eingezeichnet. Hier wird ein guter Anschluss direkt vom Südkern zu den nahe gelegenen Waldflächen freigehalten. Die großen Siedlungszonen werden durch natürliche Grünzonen sinnvoll gegeneinander abgeschirmt.

Ein weiterer Grünzug, der die Siedlungsräume südlich der Herrnmauer und Berliner Ring voneinander trennt, soll entlang der Bahnlinie im Bereich der verlegten Landesstraße 3016 angelegt werden. Nördlich des Hauptfriedhofes zwischen der heutigen Königsteiner Landstraße und der künftig weiter östlich verlaufenden B 519 ist eine große Grünfläche als Abschirmung des Baugebietes westlich der Königsteiner Landstraße vorgesehen. Zwischen den Siedlungsbereichen Kelkheim und Fischbach sowie Kelkheim und Liederbach liegen heute noch landwirtschaftlich genutzte Flächen. Diese sollen unter allen Umständen als

Grünzonen erhalten bleiben. Zwischen Kelkheim und Fischbach nördlich der Fischbacher Straße soll im Anschluss an das Waldgebiet ein neuer Waldstreifen aufgeforstet werden.

Innerhalb der Stadt gibt es eine Reihe von öffentlichen Grünflächen mit Kinderspielplätzen. Sie sind im Erläuterungsbericht zum FNP nicht im Einzelnen aufgeführt. Über diese Flächen hat die Stadt einen eigenen Grünflächengestaltungsplan aufgestellt. Darüber wird noch ausführlich berichtet werden.

Als Sportanlagen sind im FNP eine große Sportanlage an der Lorsbacher Straße und weitere Sportflächen an der Gundelhardtstraße, im Gebiet "Reis" und im Gebiet "Stückes" eingeplant. Die größte Sportanlage an der Lorsbacher Straße umfasst außer der Sportanlage und Turnhalle auch das Hallen-Freibad mit Liegewiesen. In westlicher Richtung schließt sich ein Trainingspfad vom Schwimmbad aus in den Wald an. Eine Schießsportanlage ist südlich des Lorsbacher Weges in Verlängerung des Schwimmbadgeländes ausgewiesen.

Die bestehenden Altfriedhöfe, die nach den vorgesehenen Ruhefristen noch viele Jahre offen bleiben müssen, sind in den Grünzügen eingeplant. Der neue Hauptfriedhof an der Straße Nach dem Busch ist im FNP mit den erforderlichen Reserveflächen festgelegt.

Größere Freizeitflächen mit entsprechenden Anlagen sind noch im Gebiet "Reis" und als Grünzone im Gimbacher Feld vorgesehen. Noch nicht neu geordnet sind die freien Flächen rings um die Stadt Kelkheim. Planziele kann der Erläuterungsbericht zum FNP noch nicht nennen, um dem Flurbereinigungsverfahren nicht vorzugreifen.

Das Wegenetz im landwirtschaftlich genutzten Gelände ist stark veraltet und von neuen Straßen so durchschnitten, dass eine Neuregelung dringend erforderlich scheint. Wege und Grabenflächen befinden sich zum überwiegenden Teil in Privatbesitz. Ein ordnungsgemäßer Ausbau und eine entsprechende Unterhaltung sind nicht mehr überall möglich. Dies war ein entscheidender Beweggrund zur Einleitung des Flurbereinigungsverfahrens. Die Flurbereinigung in Kelkheim ist eine der ersten Fälle eines solchen Regulierungsverfahrens, bei dem Umweltschutz und Landschaftspflege als Notwendigkeit geltend gemacht werden.

Flurbereinigungen in ländlichen Gemeinden erfolgten bisher meist ausschließlich unter landwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Im Interesse des Landschaftsschutzes sind zur Erhaltung der Bodengüte Abpflanzungen im Rahmen der Neuordnung des Graben- und Wegenetzes notwendig. Innerhalb des landwirtschaftlich genutzten Geländes auf Kelkheimer Gemarkung liegen sehr erhebliche Brachflächen. Das Landschaftspflegegesetz schreibt hier besondere Maßnahmen vor, um Versteppungen zu vermeiden. Durch die Flurbereinigung erhoffen sich die Planer, die engste Umgebung Kelkheims vorbildlich neu zu ordnen.

Der Grünflächengestaltungsplan der Stadt Kelkheim - Anlagen und Kinderspielplätze:

Im Zusammenhang mit der Diskussion um den neuen FNP der Stadt Kelkheim haben die Äußerungen von Bürgern und Kommunalpolitikern gezeigt, welche hohe Bedeutung die Einwohner Kelkheims dem innerstädtischen Grün zumessen. Der Grünflächengestaltungsplan der Stadt stammt bereits aus dem Jahre 1971. Er ist inzwischen überarbeitet worden und Bestandteil des neuen FNP. Bei der Überarbeitung sind die gestiegenen Ansprüche durch vermehrte Freizeit berücksichtigt worden. Der ständig steigende Straßenverkehr hat mehr und mehr die frühere Bedeutung von Straßen und Bürgersteigen als Spielfläche und Orte nachbarschaftlicher Begegnung verschwinden lassen. Deshalb sollen zu den in Kelkheim bereits ausgebauten Grünanlagen weitere hinzukommen.

Innerhalb der Stadt gibt es immerhin Grünanlagen von insgesamt etwa 3,5 ha Fläche. Wenn alle derzeit geplanten Anlagen ebenfalls ausgebaut sind, wird Kelkheim über rund 10 ha innerstädtisches Grün verfügen, wozu außerdem noch die öffentlichen Kinderspielplätze kommen, die derzeit insgesamt 1 ha Fläche beanspruchen. Weitere Spielplätze sind auf mehr als einem ha Gesamtfläche in der Planung. Die Sportanlagen sind in dieser Rechnung mit 10 und künftig 20 ha Fläche ebenso wenig enthalten wie Freizeitanlagen und Friedhöfe, die ebenfalls die Wirkung grüner Lungen ausüben.

Für alle Grünanlagen in Kelkheim, zur Zeit 26 Einzelobjekte, gibt es Gestaltungspläne. Auch die Altfriedhöfe sollen ins Stadtgrün mit einbezogen werden. Was im künftigen Stadtkern noch neu angelegt werden kann, hängt von der Aufstellung der Bebauungspläne ab, die demnächst beispielsweise für das Gebiet "Sindlinger Wiesen" aufgestellt werden sollen. Auch hier sind Grünanlagen vorgesehen. Ihre Größe ist abhängig von der Gesamtgestaltung dieses Stadtkerngebietes.

Grundsätzlich sind sich die Stadtverordneten über die Notwendigkeit von Grünflächen in diesem Gebiet einig. Nicht umstritten ist aber auch die Tatsache, dass die von der Bürgerinitiative (BIK) geforderte völlige Freihaltung dieses Geländes nicht realistisch ist (Ansicht des Magistrats).

Eine weitere Möglichkeit, das Stadtbild durch Grün aufzulockern, sind Baumbepflanzungen an Straßenzügen. Die früher so beliebten Alleen, zeitweise als unfallträchtig verketzert, kommen überall wieder zu Ehren. Auch in Kelkheim sind Baumpflanzungen an den Straßenrändern beabsichtigt, teilweise sogar schon durchgeführt.

Die bereits bestehenden Grünzonen, das Gebiet "Waldwiese" zur Lorsbacher- und Wiesenstraße sowie das Gebiet "Gimbacher Grund", die von Westen her in das Stadtgebiet hinein ragen, sollen unter allen Umständen als Frischluftspender von der Bebauung freigehalten werden. Diese Gebiete bilden einen guten

Anschluss direkt aus dem Stadtkern zu den nahe gelegenen Waldgebieten und Fluren. Außerdem grenzen diese natürlichen Grünzonen die großen Siedlungsräume städtebaulich sinnvoll gegeneinander ab.

Als öffentliche Grünanlagen im Stadtgebiet sind neben einer Reihe kleiner Anlagen die großflächigen Anlagen im Mühlggrund, Im Stückes und künftig auch in den Sindlinger Wiesen am bedeutsamsten. Auch beiderseits der neu geplanten Landstraße von Fischbach her zum Gagerring soll eine breite Grünfläche mit guter Bepflanzung angelegt werden. Die Anlagen sollen im Endzustand ausreichend mit Bänken versehen sein.

Die Kinderspielplätze der Stadt Kelkheim, zur Zeit insgesamt 10 ha, bedecken zusammengenommen eine Fläche von rund 10.000 qm. Die größten Spielplätze sind "Hinter der Hofreite", "Am Münsterer Wald", "Altkönigstraße", "Am Flachsland", "Mühlggrund" und "Im Stückes". Für den Wintersport sind 3 Rodelbahnen vorgesehen: Lorsbacher Straße, Waldweg, Gundelhardt und ein Feldweg südlich der Herrnmauer.

Übersicht über Anlagen und Spielplätze: Die Stadt Kelkheim verfügt zur Zeit über insgesamt 26 Grünflächen innerhalb des Stadtgebietes, die im derzeitigen Ausbau rd. 35.000 qm umfassen. Im Grünflächengestaltungsplan der Stadt sind alle Anlagen einzeln verzeichnet. Bis zum endgültigen Ausbau aller Grünanlagen soll die Gesamtfläche des innerstädtischen Grüns noch um weitere 60.000 qm vermehrt werden. Im einzelnen verzeichnet die "Grünliste" Kelkheims zur Zeit folgende Anlagen: An der Hofheimer Straße ist ein Grünstreifen angelegt worden zur Abschirmung gegen das Gewerbegebiet. Damit ist die Stadt den Interessen der Bewohner entgegen gekommen. Es hat sich gezeigt, dass mit der Bepflanzung eine gute optische Abgrenzung erreicht worden ist. Die Stadt ist bestrebt, das gesamte Gewerbegebiet noch stärker zu begrünen.

Am Bahnhof Münster hat die Stadt, wie auch bei den beiden anderen Bahnhöfen, das Gelände in Ordnung gebracht, obwohl sie nicht überall im Besitz des Geländes ist. Ein Stadtplan ist dort zur Orientierung aufgestellt worden. In den Sindlinger Wiesen, für die noch keine Bebauungspläne aufgestellt sind, soll eine Grünanlage entstehen. Die Größe kann erst bei Ausarbeitung der Bebauungspläne festgelegt werden.

Am Pfarreck besteht an der Einmündung Johann-Strauß-Straße eine kleine Anlage. An der Lorsbacher Straße hat die Stadt neben dem Waldstreifen, der dort liegt, Wiesengrund aufgekauft. Aus 13.000 qm Gesamtfläche ist die Hälfte bereits in städtischem Besitz. An der Wiesenstraße bis zur Straße Unter den Birken ist langfristig hinter der Häuserreihe eine größere Anlage vorgesehen. Im Augenblick ist dort erst eine kleine Anlage vorn an der Straße ausgebaut.

Unter den Eichen, wo sich jetzt noch zwei Brunnen der Stadt befinden, soll eine Anlage entstehen. An der Hügelstraße auf dem Gelände der evang. Kirchengemeinde befindet sich zur Zeit ein kleines Wäldchen. Das gegenüberliegende Gelände der kath. Kirchengemeinde wird derzeit als Bolzplatz genutzt.

Am Feldbergblick ist auf städtischem Gelände eine Anlage von knapp 3.000 qm Fläche angelegt. Die Spitze des Herrnwaldes an der Neuen Heimat bildet mit 800 qm eine weitere Anlage. Angelegt sind auch zwei kleine Flächen Ecke Wiesenstraße / Unter den Kastanien. Im Tal befindet sich ein kleines Wäldchen als ein Rest des früheren Herrnwaldes. Bereits fertig angelegte Anlagen verzeichnet die "Grünliste" weiter an der Gundelhardt, Dr.-Egenolf-Straße, Münsterer Straße (Kiefernwäldchen), Altkönigstraße, Bahnstraße / Pestalozzistraße und Altkönigstr./ Bahnhof. Die letztgenannte Anlage hat mit 4.000 qm eine beachtliche Ausdehnung.

Im Stückes ist insgesamt eine Fläche von 16.000 qm von der Stadt erworben worden. Dort soll wahrscheinlich der zukünftige Festplatz der Stadt Kelkheim entstehen. Eine endgültige Entscheidung darüber ist jedoch noch nicht gefallen. Zur Zeit wird das Gelände von der Jugend als Bolzplatz genutzt. Die Anlage im Mühlggrund mit einem Weiher ist mit 16.000 qm Fläche die derzeit größte Anlage im Stadtgebiet. Endgültig ausgebaut und übergeben werden soll die in Abschnitten ausgebaute Anlage im kommenden Jahr.

Bereits fertig gestellt sind eine Reihe kleinerer Anlagen auf der Hornauer Straße mit Brunnenanlage (heute Pflingstbörnchen), auf dem Vorplatz der Stadthalle, an der Hügelstraße und am Berliner Ring mit 2.500 qm Fläche. Bei den Grüninseln Adolphshöhe und Haingraben soll in diesem Jahr der Restausbau der Grünstreifen entlang der Spazierwege erfolgen.

Sportanlagen: Kelkheims größte Sportanlage an der Lorsbacher Straße umfasst den Sportplatz mit Leichtathletikanlagen, Turnhalle und Hallen-Freibad mit Liegewiese zu einem Sportzentrum mit beachtlichen Ausmaßen zusammen. Die Planung sieht vor, die gegenwärtige Gesamtfläche mit 45.000 qm auf das Doppelte zu erweitern. Die Grundstücke sind in städtischem Besitz, so dass dem Endausbau auf 90.000 qm Fläche nichts im Wege steht.

Die Sportanlage soll nach ihrer endgültigen Fertigstellung außer dem Sportfeld, einer 400-Meter-Bahn und den entsprechenden Leichtathletikanlagen zwei Trainingsfelder mit Kleinspielfeldern, eine Turnhalle und verschiedene Nebenanlagen umfassen. Eingeschlossen in diese große Sportanlage sind Hallenbad, Freibad und Liegewiesen. Spielplatz und Planschbecken für die Kleinkinder gehören mit zum Gesamtkonzept. Dem Schwimmbad soll schließlich noch ein öffentlicher Zeltplatz angegliedert werden. Als weitere Sportanlage mit Umkleidegebäude und den dazugehörigen Nebenanlagen ist das Sportgelände an der Gundelhardtstraße bereits ausgebaut. Der Sportplatz Taunusblick ist mit seiner derzeitigen Fläche

von 20.000 qm auf mehr als das Doppelte erweiterungsfähig. In der Planung ist ein Endausbau auf 56.000 qm vorgesehen. Alle Grundstücke für eine spätere Erweiterung sind in städtischem Besitz.

Im Gebiet "Reis" ist eine Sportanlage mit Kleinschwimmbad und Tennisplätzen angelegt. Auch Umkleidegebäude und Nebenanlagen sind vorhanden. Die Anlage umfasst derzeit 30.000 qm Fläche und kann noch um über 10.000 qm erweitert werden.

Ein Kleinsportplatz mit Umkleidegebäude ist auch im Gebiet "Stücker" angelegt. Die Fläche umfasst 8.500 qm.

Ein Reitplatz mit Nebenanlagen ist in der verlängerten Jahnstraße ausgebaut worden. Der Platz umfasst 30.000 qm. Reitwege sind mit einer Gesamtlänge von 18 Kilometern zum Ausbau vorgesehen. Wie überall, wo Reiter und Spaziergänger gemeinsam Erholungswege benutzen, hat sich auch in Kelkheim die Trennung der Wege als vorteilhaft für beide Gruppen erwiesen. Soweit sich deshalb die ausgewiesenen Reitwege auf dem FNP mit den Wanderwegen decken, sollen die Reitwege grundsätzlich neben den Wanderwegen angelegt werden.

An der verlängerten Lorsbacher Straße ist eine Schießsportanlage auf 1.500 qm Fläche geplant. Sie wird zurzeit ausgebaut. Bereits vorhanden ist eine weitere Schießsportanlage mit 2.500 qm Fläche im Gebiet "Nach dem Busch".

Freizeitanlagen: An größeren Freizeitflächen mit attraktiver Ausstattung sind im Grünflächengestaltungsplan der Stadt Kelkheim vor allem die Spielwiese im Gebiet "Am Reis" mit verschiedenen Nebenanlagen und eine Parkanlage im Gebiet "Gimbacher Feld" vorgesehen. Ähnliche Anlagen sollen in den Gebieten "Braubach" und "In der Schmieh" entstehen. Die Anlage "Am Reis" soll vor allem eine große Liege- und Spielwiese von mehr als 50.000 qm Fläche erhalten. Ein Kinderspielplatz mit Rollschuhbahn ist vorgesehen sowie sanitäre Einrichtungen. Das Ganze soll als Familienspielplatz gestaltet werden, dem sich ein kleines Café angliedert. Für Parkmöglichkeiten ist gesorgt.

Die zweite größere Anlage ist als öffentliche Parkanlage im Anschluss an den Gimbacher Weg geplant. Sie soll eine Gesamtfläche von 35.000 qm umfassen. Der Bach soll dort im westlichen Teil der geplanten Anlage zu einem größeren Weiher gestaut und ausgebaut werden. Die umgebenden Flächen sollen parkähnlichen Charakter bekommen. Eine ähnliche Anlage plant die Stadt auch im Gebiet "Braubach" im nördlichen Teil der Stadt. Dafür sind bereits 4 ha Fläche von der Stadt erworben worden. Auch für das Gebiet in der "Schmieh" bestehen Pläne für eine Freizeitanlage.

Im Anschluss an das Schwimmbad ist in Verbindung mit dem Sportgelände an der Lorsbacher Straße ein Trainingspfad ausgewiesen. Dieser Trimpfad soll mit Sprunggruben, barrenähnlichen Geräten, mit Hürden, Anlagen zum Bockspringen und mit Treppen zum Lauftraining ausgestattet werden. Der Trimpfad am Schwimmbad soll insgesamt 1.860 Meter lang werden. Ein ähnlicher Trimpfad ist im Gebiet "Am Reis" vorgesehen. Hier ist eine Länge von 1.300 Metern geplant. Ein dritter Trimm-dich-Pfad soll im Gebiet "Braubach / Rote Berg" angelegt werden. Hier ist eine Länge von 700 Metern gedacht. Nördlich der Lorsbacher Straße ist ein 800 Meter langer Waldlehrpfad vorgesehen, zum großen Teil auch bereits ausgebaut. Der Lehrpfad soll mit Hinweisschildern und Erläuterungen die Spaziergänger über Bäume, Pflanzen und Tiere des heimischen Waldes unterrichten. Ein Vogelschutzgehölz mit Nistanlagen im Hornauer Wald soll ebenfalls durch einen Lehrpfad für Spaziergänger interessant gemacht werden. Der Waldweg, der südlich der Hornauer Waldgrenze von dem Weg zum Sportplatz in westlicher Richtung abzweigt, soll Hinweisschilder und Schautafeln bekommen. Bei diesem Lehrpfad geht es um die Vogelarten, ihre Nester und Brutstätten.

Wanderwege: Eine große Zahl von Wanderwegen ist im Grünflächenplan der Stadt und damit auch im neuen Flächennutzungsplan ausgewiesen. Die Wege sind zu einem Teil bereits ausgebaut. Mehr als doppelt so viel an Wegelänge ist zusätzlich in der Planung, so dass im Endzustand etwa 30 Kilometer Wanderwege rings um Kelkheim ausgebaut sein sollen. An diesen Wanderwegen sollen Bänke und Schutzhütten in genügender Anzahl aufgestellt werden.

Ein Hauptwanderweg soll als Rundweg die Stadt umgehen. Der Weg wird dann eine Länge von etwa 12 Kilometern haben. Gut die Hälfte davon ist jetzt bereits ausgebaut. An diesem Weg soll besonderer Wert darauf gelegt werden, einzelne Blickpunkte durch Freischlagen der Aussicht, durch Schutzhütten und Ruhebänke attraktiv zu gestalten.

Der Wanderweg umrundet das gesamte bebaute Stadtgebiet und hat jeweils Anschluss an die Wanderwege, die zu fünf Wandersystemen im FNP zusammengefasst sind.

Diese fünf Wegegruppen sind im Grünflächenplan der Stadt als Autowanderwege eingetragen. Hier folgt die Stadt dem bewährten System des Naturparks Hochaunus. Der Appell "Steig aus und wandere" hat bei den motorisierten Sonntagsausflüglern ein unerwartet starkes Echo gefunden. Im Naturpark werden an schönen Sonntagen mehr als 100.000 Besucher gezählt. Wie der Naturpark weist auch die Stadt Kelkheim, die mit großen Teilen ihrer Gemarkung zum Naturparkgebiet gehört, Wanderwege aus, die zu einem Ausgangspunkt zurückkehren. Diese so genannten Rundwanderwege erfreuen sich deshalb so großer Beliebtheit, weil zeitraubende Anmarschwege schnell mit dem eigenen Wagen bewältigt werden können. Ausreichende Parkmöglichkeiten an den Ausgangspunkten der Rundwanderwege sind Voraussetzung.

So sollen auch jeder Gruppe von Wanderwegen rings um Kelkheim ein oder mehrere Parkplätze zugeordnet werden. Zwar sind die Wege vom Stadtgebiet aus schnell zu Fuß zu erreichen. Mancher wird jedoch vorziehen, mit dem Pkw hinauszufahren. Die einzelnen Wege sollen besonders gekennzeichnet werden, so dass die Wanderer mit Hilfe der Markierung ohne Wegekenntnis zum Ausgangspunkt zurückfinden.

Waldwege und Flurwege mit Sitzbänken, Schutzhütten und Aussichtstempelchen an besonders geeigneten Plätzen sind im Grünflächenplan der Stadt Kelkheim zu folgenden fünf Gruppen zusammengefasst: Am Reis, Rote Berg, Rettershof, Dicknet / Am Busch und Gundelhardt. Die Gruppe "Am Reis" soll insgesamt rund 6 Kilometer Wege umfassen. Ausgebaut davon ist knapp die Hälfte. Am "Rote Berg" und in der Braubach soll es nach der Planung 5 Kilometer Wanderwege geben. Vorhanden ist bisher etwa 1 Kilometer. Im Gebiet "Rettershof" ist ebenfalls ein Wegenetz von gut 5 Kilometer Länge in Planung. Im "Dicknet" und "Am Busch" sollen 6 Kilometer und im Gebiet "Gundelhardt" 4 Kilometer Wege ausgebaut werden. Vorhanden sind in diesen drei Gebieten bisher insgesamt etwa 5 Kilometer ausgebaute Wanderwege des künftigen Rundwegenetzes, wobei andere Spazierwege nicht mitgerechnet sind. Ein Fußweg nach Bad Soden ist im Flächennutzungsplan mit 2 Kilometer Länge aufgenommen. Knapp die Hälfte davon ist bereits ausgebaut. Der Weg am Liederbach soll auf insgesamt 3,6 Kilometer Länge ausgebaut werden. Etwa ein Drittel davon ist vorhanden.

Nach dem Grünflächenplan ist der gesamte Liederbach auszubauen und zu regulieren. Der Bachlauf soll neu bepflanzt werden. Der Fußweg längs des Liederbachs soll Ruhebänke bekommen. Der Weg schließt sich an den vorhandenen Weg in der Gemarkung Niederhofheim an und soll die gesamte Stadt Kelkheim bis zur Roten Mühle durchlaufen. Zusätzlich zum Liederbach sieht der Grünflächenplan für die Kelkheimer Gemarkung neu anzulegende Wasserflächen "In der Schmieh" und im Gebiet "Gimbach" vor.

In den innerstädtischen Grünzug eingeplant sind die bestehenden Altfriedhöfe der Stadtteile. Diese Friedhöfe sind nicht nur deshalb in den Grünflächenplan aufgenommen, weil dies in der FNP so vorgeschrieben ist. Mit Ausnahme des neuen Hauptfriedhofs, der für die kommenden Jahrzehnte als Zentralfriedhof dienen soll, sind bei den Stadtteolfriedhöfen die Belegungsmöglichkeiten nahezu erschöpft. Diese Friedhöfe müssen entsprechend der vorgeschriebenen Ruhefristen noch einige Jahre offen bleiben. Deshalb ist die Einbeziehung in die Grünplanung durchaus sinnvoll. Der Hornauer Bergfriedhof umfasst 5.000 qm, der Friedhof Kelkheim ca. 10.000 und der Friedhof Münster ca. 4.500 qm Fläche. Der neue Hauptfriedhof ist zur Zeit auf rd. 6.000 qm Fläche ausgebaut. Im Anschluss an das gegenwärtige Friedhofsgelände ist noch knapp zehnmal soviel Fläche in städtischem Besitz als Reserve und Erweiterungsmöglichkeit vorhanden. Der Hauptfriedhof ist mit insgesamt 64.000 qm Fläche ausgewiesen. An Kleingärten ist jeweils im Süden und im Norden der Stadt eine Anlage ausgewiesen. Im Süden sollen Kleingärten auf etwa 30.000 qm Fläche im Gebiet "Aufm Pflänzer" angelegt werden, im Norden etwa 18.000 qm Fläche im Liederbachtal.

Der Bericht über den neuen FNP und die zukünftigen städtebaulichen Planungen der Stadt Kelkheim ist hiermit abgeschlossen. Jetzt müssen die städtischen Gremien und die vorgesetzten Behörden über den Plan beraten.

Auch die Bürger können mit Anregungen und Bedenken zu den Planungen Stellung nehmen. Wie sich zeigte, wird über diesen Plan weiterhin in der Öffentlichkeit heftig diskutiert werden.

18.5.1973: In der Stadtverordnetensitzung am 18.5. teilte der Bürgermeister u.a. für den Magistrat mit, dass, sofern heute Abend der Offenlegungsbeschluss des neuen FNP durch die Stadtverordneten erfolgt, während der Offenlegungsfrist für den 19.6.1973 eine Bürgerversammlung unter dem Motto "Forum Kelkheim" anberaumt wird. In dieser Bürgerversammlung soll eine Unterrichtung über den neuen FNP und die Verkehrsplanungen der Stadt Kelkheim erfolgen.

Der Magistrat hat zwischenzeitlich die Bildung und Besetzung folgender Beiräte entsprechend den Vorschlägen vorgenommen: 1. Sozialbeirat, 2. Vereinsbeirat, 3. Land- und Forstwirtschaftsbeirat, 4. Planungsbeirat und 5. Beirat für Fragen des Umweltschutzes.

Der städtische Zuschuss für den Betrieb des Stadtbusses ist erfreulicherweise im 1. Quartal dieses Jahres relativ gering. Er beträgt nur 2.775 DM; jedoch mussten für die zusätzlich eingeführten Schülerbusse innerhalb des Stadtgebietes weitere 3.900 DM aufgewandt werden.

Die Stadtwerke Frankfurt haben der zusätzlichen Wasserlieferung von 40.000 auf 50.000 cbm monatlich ab 1.4.1973 zugestimmt. Verhandlungen bezüglich einer weiteren Erhöhung der Wasserlieferung werden zur Zeit mit den Stadtwerken geführt.

Nach der Haushaltssatzung 1973 war die Aufnahme von Darlehen mit einer Summe von 4,4 Mio. DM für 9 verschiedene Maßnahmen vorgesehen. Infolge des Baufortschritts der einzelnen Maßnahmen musste zum jetzigen Zeitpunkt ein Darlehen von 2,5 Mio. DM aufgenommen werden. Meinungsverschiedenheiten gab es über einige Verwendungszwecke des Darlehens. Die SPD war der Ansicht, die Höhe des Darlehens sei durch Fehlplanungen zustande gekommen, und sie würden dies nicht nachträglich durch ihre Zustimmung sanktionieren. Die CDU argumentierte, dass es sich bei dieser Darlehensaufnahme um Restfinanzierungen von längst beschlossenen Maßnahmen handelte. Der Aufnahme des Darlehens wurde mit 23 gegen 12

Stimmen zugestimmt. Das Darlehen wurde u.a. für folgende Maßnahmen aufgenommen: Rathausneubau = 1.000.000 DM, Altenwohnheim = 632.000 DM, Schwimmbad = 295.000 DM, Wasserläufe = 200.000 DM, unbebaute Grundstücke = 373.000 DM.

Einem 1. Nachtrag zur Müllabfuhrgebührenordnung wurde einstimmig zugestimmt. Die Abfuhrfirma, die Großcontainer leihweise zur Verfügung stellte und den Müll auch abfuhr, hatte die Preise erhöht.

Mit dem Stadtverordnetenbeschluss vom 6.10.1972 wurde die STEG beauftragt, auf einem Grundstück an der Breslauer Straße ein Garagenhaus mit 136 Stellplätzen zu errichten. Im Zuge der vorgenommenen Planungen wurde festgestellt, dass unter Inanspruchnahme des Nachbargrundstückes an der Insterburger Straße eine bessere Platzierung des Garagenhauses möglich war und außerdem statt der 136 Stellplätze 168 Stellplätze errichtet werden könnten. Hierdurch ergaben sich gegenüber dem 1. Vorschlag günstigere Herstellungskosten pro Stellplatz und somit auch günstigere Verkaufspreise der Stellplätze. Mit 23 gegen 12 Stimmen wurde dem neuen Planungsvorschlag zugestimmt. Gleichzeitig wurde festgelegt, dass dem Eigentümer des bebauten Grundstückes an der Insterburger Straße ein Ersatzgrundstück mit Haus im Gebiet "Stückes" zur Verfügung gestellt wird.

Die Beratung über den neuen FNP der Stadt Kelkheim nahm breiten Raum in den Diskussionen des Abends ein. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Roser, führte in der Stellungnahme seiner Fraktion aus, im Gegensatz zur SPD sei seine Partei der Meinung, ein schnelles Wachstum der Stadt sei nicht erstrebenswert, vielmehr müsse die weitere bevölkerungsmäßige Entwicklung Kelkheims in ruhigere Bahnen verlaufen. In diesem Zusammenhang sei es zu begrüßen, dass die von der Regionalen Planungsgemeinschaft als mögliche Bauflächen vorgesehenen Bereiche nicht voll ausgeschöpft wurden.

Die große Zahl der bereits vorhandenen Gemeinschaftseinrichtungen, die zum Teil so errichtet worden seien, dass sie erweitert werden können, mache es überflüssig, neue Flächen auszuweisen.

Nach Auffassung der SPD enthalte der FNP wesentliche Bestandteile, die sie im Interesse der Bürger auch unterstützen könne, aber weil die negativen Aspekte überwiegen, müsse sie den Plan ablehnen. Stv.

Wellershaus führte für die SPD-Fraktion aus, dass der vorliegende Entwurf die von seiner Fraktion abgelehnte Verkehrsführung der L 3016 von Fischbach über den Gagernring, der Liederbachstraße am Kloster vorbei auf die Königsteiner Landstraße enthalte. Dabei wird der Durchgangsverkehr unmittelbar an der Richterschule, zwischen Pestalozzischule und Rathaus hindurch an der Stadthalle vorbeigeführt.

Wellershaus betonte in seiner Stellungnahme, dass an den neuralgischen Punkten wie Schulen, Rathaus und Stadthalle eine unerträgliche Verkehrsbelastung entstehen würde. Ein weiterer Kernpunkt der SPD-Kritik bezog sich auf die Grünflächen im Stadtgebiet. Die SPD forderte einen durchgehenden natürlichen Verlauf des Liederbachs mit begleitender Bachlandschaft im Stadtbild. Ferner sollte die in den Sindlinger Wiesen vorhandene Möglichkeit einer Erweiterung dieser durchgehenden Grünzone genutzt werden, um zumindest den Anwohnern im neuen Altenwohnheim ein Stück Naherholung vor der Haustür zu bieten. Hauptpunkt der SPD-Kritik war jedoch die fortbestehende Ausweisung des Industriegebietes, auf dem sich die Vario-Werke Dichmann AG befanden. Sie forderte die Ausweitung des Sanierungsgebietes nördlich bis zur Rossertstraße (heute Weberstraße) und östlich in die Tallage bis zum Fuße des Klosterberges und zum anderen die Beseitigung der gewerblichen Baufläche und Festlegung einer gemischten Baufläche.

Stv. Roser antwortete in Bezug auf die Vario-Werke, dass es erstrebenswert sei, diesen Bereich in Zukunft für die Wohnbebauung zu nutzen. Diese Absicht lasse sich jedoch unter wirtschaftlich vernünftigen Gesichtspunkten nicht verwirklichen. Das vorhandene Anlagevermögen des Betriebes an dieser Stelle sei so groß, dass es die finanziellen Möglichkeiten der Stadt weit überschreiten würde, um im Rahmen einer Sanierung die Verlegung dieses Betriebes in das Gewerbegebiet zu erreichen. Mit 21 gegen 14 Stimmen wurde anschließend beschlossen, den neuen Flächennutzungsplan einen Monat öffentlich auszulegen.

Danach wurde einstimmig der Offenlegung des Bebauungsplanes "Auf der Herrnmauer" zugestimmt.

Anschließend wurde einstimmig einigen Grundstücksankäufen zugestimmt.

In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde einstimmig beschlossen, Stadtbrandmeister Adolf Klarmann für hervorragende Verdienste um die demokratische Gesellschaft und ihre Einrichtungen in der Stadt Kelkheim mit der Heinrich-Freiherr-von-Gagern-Plakette in Gold auszuzeichnen. Da der Stadtbrandmeister a.D. aus Kurgründen in der letzten Sitzung nicht anwesend sein konnte, wurde ihm heute die Auszeichnung vom Stadtverordnetenvorsteher Claßen überreicht. Bgm. Dr. Stephan überreichte eine vom Magistrat ausgefertigte Urkunde. In einer kurzen Ansprache dankte Herr Klarmann für die ihm zuteil gewordene hohe Auszeichnung und hob die gute Zusammenarbeit mit seinen Feuerwehrkameraden und der Stadtverwaltung, insbesondere mit dem 1. Stadtrat Klug hervor.

26.5.1973: Vor 25 Jahren wurden in Kelkheim und in Ruppertshain zwei VdK- Ortsgruppen gegründet. Heute ist die Schicksalsgemeinschaft von damals, wie der Vorsitzende beider Vereine, Alois Sonnack, die insgesamt 450 Mitglieder nennt, fast zu einem Verein zusammengewachsen. Auch nach diesem Vierteljahrhundert habe der VdK seine Daseinsberechtigung nicht verloren, führte Sonnack weiter aus, wengleich heute der Schwerpunkt mehr auf der kulturellen Betreuung liege. Mit einem gemeinsamen Kommers und einem anschließenden bunten Abend in der Münsterer Turnhalle wurde das Jubiläum begangen.

Für besondere Arbeit im Verein wurden folgende Mitglieder geehrt: Karl Krüger, Otto Günter, Fritz Dillmann, Walter Kosyna, Heinrich Faust, Vinzens Pawlik, Eberhard Wayrauch, Herbert Stohwasser, Bruno Lindwurm, Paul Ledschbor, Walter Staeb, Edith Hinz, Hanni Holzweissig, Maria Klomann, Julius Holzkamp, Ferdinand Karger, und für besondere Verdienste um beide Ortsvereine wurde **Alois Sonnack** mit der **Landesverbandsplakette am Bande in Silber** ausgezeichnet.

7.6.1973: Mit der Eröffnung des beheizbaren Freibades wurde gleichzeitig der neu erbaute Umkleidetrakt in Betrieb genommen. Das in einer Bauzeit von 9 Monaten und mit einem Kostenaufwand von rund 2,3 Mio. DM erstellte Gebäude mit seinen insgesamt über 2.000 Garderobenschränken in verschiedensten Größen, Familienkabinen und Vereinsräumen wird zu einem Teil sowohl den Hallen- als auch den Freibadbesuchern zur Verfügung stehen.

9.6. bis 17.6.1973: 60 Jahre Fußball in Hornau. In dieser Woche feiert die TuS Hornau das 60-jährige Jubiläum seiner Fußballabteilung mit zahlreichen Veranstaltungen. Hornaus "Kulturschuppen", wie der Volksmund die altersschwache Turnhalle der TuS Hornau an der Rotlintallee nannte, präsentierte sich durchaus "festwürdig" anlässlich des Kommers zum 60-jährigen Jubiläum und war bis auf den letzten Platz gefüllt. Unter dem Beifall der Anwesenden sagte 1. Stadtrat Klug, dass diese Feier eine gute Generalprobe für die Meisterschaftsfeier im nächsten Jahr sei, da die 1. Mannschaft in diesem Jahr den Aufstieg in die A-Klasse nur denkbar knapp mit einem Punkt Rückstand verpasst hatte. Die Zahl der Ehrungen wurde mit zunehmender Dauer des Festkommers immer größer, und dennoch, so versicherte der 1. Vorsitzende Josef Bender, sei es nicht möglich gewesen, alle zu Ehrenden festzustellen und einzuladen. Zu viele Unterlagen seien im 2. Weltkrieg auf Nimmerwiedersehen verschwunden.

Die zwei noch lebenden **Gründungsmitglieder Johann Blei** und **Karl Grimm** sowie **Franz Müller** für 50-jährige Mitgliedschaft wurden besonders geehrt. Mit der Ehrennadel in Bronze des Hess.

Fußballverbandes wurden ausgezeichnet: Franz Barino und Karl Landgrebe sowie Karlheinz Dietermann, der mit dem Ehrenbrief des HFV ausgezeichnet wurde. Mit Ehrenplaketten wurden Otto Möhrle, Karlheinz Dietermann (2. Ehrung des Abends) und das Ehepaar Adolf und Erika Jack ausgezeichnet.

Seit 25 Jahren gehörten dem Verein an: Franz Müller, Josef Bender, Peter Menke, Helmut Klübenspieß, Willi Heinz Jost, Erwin Herr, Erich Gottschalk, Lydia Estenfelder, Walter Elzenheimer, Rudolf Elzenheimer, Sebastian Caspari, Josef Brielmayer, Willi Bommersheim, Hans Bender, Hermann Bender, Oswald Bender, Georg Bender, Friedel Bender, Josef Bayer, Karl Baldes, Willi Albrecht, Berthold Körner, Ferdi Gottschalk, Hans Weck, Helga Hodek-Weber, Walfried Weber, Dieter Trippe, Maria Steyer, Herbert Steyer, Heinz Steyer, Alois Steyer, Heinz Rothenbächer, Martin Noll, Willi Müller, Kurt Müller und Herbert Stephan. Rechtzeitig zum Jubiläum wurde der größtenteils in Selbsthilfe erstellte Anbau an das Vereinsheim auf dem Sportgelände am Reis fertig. Der neue Gesellschaftsraum mit einer gemütlichen Bar wird auch höheren Ansprüchen gerecht. Mit dem Anbau konnten noch weitere Neuerungen eingeweiht werden. So können sich jetzt diejenigen, die dem Schwimmbekken der Anlage einen Besuch abstatten wollen, einer neuen Umkleidekabine mit Toiletten und Duschautomaten bedienen. Neue Markisen am Terrassendach, die nach Nordwesten ganz heruntergelassen werden können, sorgen dafür, dass der Wind den Besuchern nicht den Schaum vom Bier bläst.

18.6.1973: Im Vorfeld der Bürgerversammlung wegen des neuen FNP meldete sich die Bürgerinitiative Kelkheim (BIK) zu Wort: "Wir haben festgestellt, dass durch den offen gelegten FNP Kelkheims letzte grüne Inseln bedroht sind und sagen protestierend "nein" zum Plan". Die BIK will erreichen, dass die derzeit noch freien Flächen im Stadtzentrum, die Sindlinger Wiesen, Haingraben und Klosterberg nicht bebaut werden, sondern als Freizeitgelände der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden.

19.6.1973: Über 400 Bürger folgten der Einladung des Magistrats zu einer Bürgerversammlung über den Flächennutzungsplan und über die zukünftige Verkehrsplanung in der Stadt Kelkheim. Zunächst referierte Bgm. Dr. Stephan über den Erläuterungsbericht zum FNP. Einem Großteil der Zuhörer schien dies jedoch noch nicht gerafft genug, und erste Unmutsbekundungen wurden laut. Zum einen, weil der FNP derzeit in Fortsetzungen im Amtsblatt abgehandelt wird, zum anderen, weil nach Meinung vieler Zuhörer wenig Konkretes über das Kelkheim der Zukunft gesagt wurde - sieht man einmal von einigen Details ab. Mehr Platz in Dr. Stephans Ausführungen nahm die Verkehrsplanung ein, die bekanntlich vorsah, die stark frequentierte Nord- Süd- Achse durch mehrere West- Ost- Verbindungen zu ersetzen. Weiterhin gab der Bürgermeister die neuesten Zahlen der jüngst durchgeführten Verkehrszählung bekannt. Demnach wurden in den Spitzenzeiten über 700 Fahrzeuge, aus Fischbach kommend, gezählt. Insgesamt kamen die Verkehrszähler auf 51.000 Pkw, die in 24 Stunden an Hauptknotenpunkten der Stadt festgestellt wurden. Um weitere Verkehrsentlastung zu erreichen, würden verschiedene Verkehrskonzepte mit der Straßenbaubehörde diskutiert. Abschließend kündigte der Bürgermeister an, bis Anfang 74 würden Detailpläne zur Stadtkernsanierung vorliegen, die sich auch mit den Problemen Haingraben und Sindlinger Wiesen beschäftigen.

Erster Stadtrat Karlheinz Klug wies darauf hin, dass die Flächennutzungsplanung sehr eng mit der Finanzplanung verbunden sei. Für die Zukunft stünden keine größeren Ausgaben für öffentliche Einrichtungen mehr an. Der Nachholbedarf sei vorläufig gedeckt. Er verstehe durchaus die Forderung nach mehr Grün, doch musste auch hier das Finanzierungsproblem bedacht werden. Im Verlauf der Diskussion wurde deutlich, dass ein Großteil der Redner (zumeist Gegner der Planungen) bereits bekannte Standpunkte vertraten. So z.B. die Frage, warum man plane, die L 3016 an zwei Schulen, am Rathaus und an der Stadthalle vorbei und durch ein geplantes Wohngebiet zu führen, während sich eine "bürgernähere" Lösung, nämlich die von der SPD propagierte Nordtangente (Gagernring), anbiete.

Stv. Ackermann (SPD) fand es bedauerlich, dass man sich überhaupt erst jetzt mit dem Problem einer Umgehungsstraße beschäftigte. Offensichtlich habe zu dem Zeitpunkt, als es von der baulichen Verdichtung her wesentlich einfacher gewesen wäre, die Landstraße aus Kelkheim herauszulegen, das Interesse einzelner dies verhindert. Weiter stellte Ackermann fest, dass der Bürgermeister in seinen Ausführungen das Problem Gewerbegebiet Dichmann AG umgangen habe. In einem Flugblatt hatte die SPD dieses Problem noch einmal aufgegriffen und stellte fest, dass es ihr nicht darum gehe, dieses im Stadtkern gelegene Unternehmen "kalt zu enteignen".

Ihrer Meinung nach sollte der Stadtkern nicht durch ein sich ständig ausbreitendes Industrieunternehmen verschandelt werden. Durch eine Ausweisung des jetzigen Industriegebietes als gemischte Baufläche (Mischgebiet) wolle die SPD die Expansionsbestrebungen des Unternehmens östlich der Hauptstraße einschränken und verhindern, dass das Unternehmen im Gebiet östlich der Hauptstraße weitere Grundstücke ankaufte, um diese ebenfalls gewerblich zu nutzen. Erst wenn es gelungen sei, den Betrieb ganz an die Peripherie Kelkheims zu verlegen, werde eine "sinnvolle und sachgerechte" Stadtentwicklung entstehen können.

Zur nach seiner Meinung mangelhaften Grünflächengestaltung in Kelkheim nahm BIK- Sprecher Manfred Guder Stellung. Auch Fischbachs SPD-Vorsitzender Dieter Bosselmann fragte weiter, ob man seitens der Verantwortlichen willens sei, der Grünflächenplanung für die Zukunft absolute Priorität einzuräumen. Nach Auffassung von Bgm. Dr. Stephan wird der Begriff "Kelkheim - Wohnstadt im Grünen" auch weiterhin zutreffen. Durch die lockere Bebauung sei auch in Zukunft Platz für genügend Grünflächen. Diese Argumentierung traf jedoch nicht den Kern der BIK -Forderungen, und Architekt Rosenberg führte aus, der Wert oder Unwert einer Stadt werde durch das Vorhandensein öffentlicher Grünflächen bestimmt. Eine generelle Demokratisierung der Planungen forderte SPD-Fraktionsvorsitzender Bernd Wellershaus. Man solle den Bürgern nicht erst in der Offenlegungsfrist die Möglichkeit geben, Anregungen und Bedenken anzumelden, sondern die Beteiligung des Bürgers sollte bereits bei den Planfeststellungsverfahren einsetzen. Mehrere Male wurde die Umweltfreundlichkeit der Vario-Werke Dichmann AG in Frage gestellt. Frühere Bewohner der Hauptstraße teilten mit, täglich habe sich in ihren Schlafzimmern eine Rußschicht gebildet. Außerdem seien bestimmte Produktionsanlagen fast ununterbrochen, auch an Sonn- und Feiertagen, in Betrieb. Hier müsste von Seiten der Gewerbeaufsicht härter durchgegriffen werden.

Die Frage, warum denn eine Westumgehung Kelkheims nicht zur Diskussion stehe, rief den Vorsitzenden der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald auf den Plan. Er warnte davor, Erholungsgebiet zu zerstören. Außerdem habe eine Straße die Eigenschaft, Siedlungen magisch anzuziehen. Es würde nicht lange dauern, bis dieses wertvolle Gebiet zersiedelt sei. Der Bürgermeister versicherte, dass dieser Plan, der kurzfristig einmal bestanden habe, nicht mehr ins Auge gefasst werde, zumal sich große Schwierigkeiten mit den überörtlichen Anbindungen ergäben.

Über die Entscheidung, die Breslauer Straße von Süden her zur Anliegerstraße zu erklären und den Verkehr in Richtung Stadtmitte über die Königsteiner Landstraße und der Straße Nach dem Busch zu leiten, wunderte sich eine Anliegerin. Die Straße Nach dem Busch sei von ihrer Breite her dem Verkehrsaufkommen nicht gewachsen. Ferner würden die Fußgänger zu den beiden Friedhöfen stark gefährdet. Dr. Stephan erklärte dazu, zurzeit würden Verhandlungen mit einer Erbgemeinschaft geführt, danach sei mit einer Verbreiterung der Straße Nach dem Busch zu rechnen. Nicht zuletzt der souveränen Leitung von Stadtrat Rudolf Alscher war es zu danken, dass die Bürgerversammlung in ruhiger und größtenteils sachlicher Atmosphäre verlief.

Noch immer sind die Diskussionen um die Marmorverkleidung des neuen Rathauses, die inzwischen zu einem Großteil bereits angebracht wurde, nicht verstummt. Die SPD hatte die "Marmorlösung" als zu aufwendig empfunden und die "luxuriöse" Bauweise verurteilt. Demgegenüber vertritt die CDU die Auffassung, das Rathaus werde, wie auch die anderen öffentlichen Einrichtungen, nicht luxuriös gebaut oder eingerichtet, "aber auch nicht kleinkariert". Vordergründig der Auswahl der Materialien sei die Qualität und die Pflegeleichtigkeit. Die "billigen Lösungen" seien oft reparaturanfällig und brächten Erschwernisse bei der Pflege. Die zunächst eingesparten Beträge müssten dann unter Umständen mehrfach aufgewendet werden. Die CDU suche jeweils nach den besten und auf Dauer billigsten Lösungen.

29.6.1973: Zu Beginn der Stadtverordnetensitzung am 29.6. konnte der Stadtverordnetenvorsteher Claßen zwei Stadtverordneten im Namen des Hauses zum Geburtstag gratulieren. Stv. Martin Dorn wurde am 11. Juni 65 Jahre alt und die Stv. Frau Edelgard Günther feierte am Tag der Sitzung ihren Geburtstag. Ferner teilte er mit, dass der Haupt- und Finanzausschuss angeregt habe, in der heutigen Sitzung eine Resolution wegen der von Königstein in den Liederbach eingeleiteten Abwässer zu verfassen und an die vorgesetzte Behörde weiterzuleiten mit dem Ziel, den Beitritt der Stadt Königstein in den Abwasserverband Vordertaunus zu erreichen. Nach dem neuesten Stand will die Stadt Königstein noch vor den Sommerferien ihren Beitritt zum Abwasserverband erklären. Dieser Beitrittsbeschluss bleibt daher abzuwarten. Sollte wider Erwarten der Beitritt nicht erfolgen, schlage er vor, dass die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Septembersitzung die vorgesehene Resolution einbringe. Für den Magistrat teilte der Bürgermeister u.a. mit, dass in der zweiten Maihälfte die nach dem genehmigten Kulturplan für das neue Forstwirtschaftsjahr vorgesehenen Anpflanzungen der Nadel- und Laubgehölze vorgenommen wurden. Insgesamt wurden 8.100 neue Gehölze angepflanzt. An Beihilfen aus dem Sonderprogramm des Landes für gemeindlichen Straßenbau hat die Stadt für das Rechnungsjahr 1973 einen bescheidenen Anteil von 14.000 DM zu einer Bausumme von nahezu 1,1 Mio. DM bei einem gemeindlichen Kostenanteil von über 100.000 DM erhalten. Der Kreis sah sich nicht in der Lage, dem Antrag der Stadt Kelkheim auf Gewährung einer Kreishilfe zu dem Bau der Fußgängerunterführung am Berliner Ring, deren Baufortschritt gut vorangeht und die aller Wahrscheinlichkeit nach bis nach den Sommerferien fertig gestellt sein wird, zu entsprechen, da nach Ansicht des Kreises die Schulwegsicherung nicht in die Kreiszuschussgewährung fällt, obwohl andererseits die Schulträgerschaft beim Kreis liegt.

Bezüglich der Errichtung von neuen Feuerwehrgerätehäusern in Kelkheim haben zwischenzeitlich im Innenministerium verschiedene Verhandlungen stattgefunden. Ende August findet durch die übergeordneten Behörden eine Ortsbesichtigung in Kelkheim statt. Erst nach diesem Termin kann über den Bau der Feuerwehrgerätehäuser in Kelkheim endgültig entschieden werden.

Der Hess. Sozialminister hat zwischenzeitlich der Genehmigung zur Einbeziehung der städtischen Entbindungsklinik in das Kreiskrankenhaus Bad Soden entsprechend dem Stadtverordnetenbeschluss zugestimmt.

Der Magistrat hat jetzt den Restauftrag für die Anlage im Mühlgrund (Raseneinsaat) vergeben, wobei ein Teil der Kosten im Vorgriff auf das Rechnungsjahr 1974 erfolgen muss. Der Magistrat sah sich zu dieser Maßnahme veranlasst, damit die Grünanlage im kommenden Jahr der Bevölkerung voll zur Verfügung steht.

Mit den Main- Kraftwerken wurde erneut wegen der Frage der Berechnung von Freileitungsanschlüssen, Erdverkabelung, Konzessionsabgabe und Straßenbeleuchtung verhandelt. Die bestehenden Ausgleichsdifferenzen im Vertrag von 1956 konnten noch nicht überbrückt werden. Die MKW sind bereit, demnächst mit dem Haupt- und Finanzausschuss die bestehenden Probleme zu erörtern.

Da seitens der Bevölkerung reges Interesse an einer 2. Bürgerversammlung zum Thema Flächennutzungsplan besteht, lädt der Magistrat zum 3.7.1973 zu einer weiteren Bürgerversammlung ein. Die im Rechnungsjahr 1972 entstandenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 451.360 DM im ordentlichen HH und 66.750 DM im außerordentlichen HH wurden nachträglich einstimmig genehmigt. Da in letzter Zeit die Zinsen sowohl für Darlehen als auch für Spareinlagen angestiegen sind, wurde einstimmig verschiedener Zinserhöhungen zugestimmt.

Die STEG hatte beantragt, ihr für den Bau des Garagenhauses in der Breslauer Straße eine selbstschuldnerische Bürgschaft in Höhe von 400.000 DM zu gewähren. Stv. Lehming erklärte für die SPD, dass sie seinerzeit das Garagenhaus abgelehnt hätten und aus diesem Grunde der Bürgschaft nicht zustimmen würden. Sie wehren sich dagegen, dass die Stadt eine selbstschuldnerische Bürgschaft für ein Unternehmen übernimmt, das der Kontrolle der Stadtverordneten entzogen ist. Stv. Dichmann erklärte für den Haupt- und Finanzausschuss, dass die STEG nicht der Kontrolle der Stadtverordneten entzogen sei, da alle Maßnahmen nur mit Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung durchgeführt werden können. Im Übrigen sei mit dem Verkauf der Garagenplätze die Bürgschaft hinfällig geworden.

Dem Entwurf der Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Straßenbauamt und der Stadt Kelkheim über die Ablösung der Straßenunterhaltungskosten beim Bau des Knotenpunktes B 8 / B 519 und Gagernring als Stadtstraße wurde gemäß der Vorlage einstimmig zugestimmt. Bei den Nachverhandlungen mit dem Straßenbauamt konnte eine Kostenreduzierung von ursprünglich 722.000 DM auf nunmehr 324.200 DM erreicht werden.

Während der Offenlegungsfrist des Bebauungsplans "Eckwiese" gingen von 6 Anliegern der Frankfurter Straße Bedenken ein. Den Bedenken wurde insoweit Rechnung getragen, dass eine Fahrbahnbreite von 6,50 Meter ausgebaut wird und im östlichen Bereich ein Bürgersteig von 2 Meter Breite errichtet wird. Zwischen der Fahrbahn und dem Bürgersteig wird eine öffentliche Grünfläche von 2,5 Meter angelegt, soweit eine größere Fahrbahnbreite für Linksabbieger nicht erforderlich wird. Der Bebauungsplan wurde in der geänderten Form einstimmig als Satzung beschlossen.

Anschließend wurde dem Verkauf von einigen Grundstücken im Gebiet "Adolfshöhe" an Privatleute und einigen Grundstücken im Stadtgebiet an die MKW zur Errichtung von Transformatorenstationen einstimmig zugestimmt.

30.6. - 2.7.1973: 100 Jahre MGV "Liederkrantz" Münster. Dass der 100. Geburtstag eines Gesangsvereines nicht irgendein Festchen ist, bewies die große Besucherzahl, die sich in der Münsterer Turnhalle eingefunden hatte. Lang war auch die Liste der Ehrengäste. Dr. Stephan erschien nicht nur als Bürgermeister, sondern auch als Vorsitzender des "Liederkrantz- Förderkreises", zu dem sich über 600 Bürger zusammengeschlossen hatten. Dafür, dass der Festkommers des Geburtstagskindes "Liederkrantz" nicht als trockene, hochoffizielle Sache über die Bühne ging, sorgte das nette Beiprogramm mit seinem spritzigen Showcharakter.

Nachdem die Tochter des 1. Vorsitzenden, Brigitte Müller, in ihrem Festprolog festgestellt hatte, dass kein Schlager oder Hit das Volkslied verdrängt habe, stellte sich der Jubiläumsverein mit einem modernen Chorsatz vor. Heinrich Müller gab einen kurzen Überblick über die 100-jährige Geschichte des Vereins. Sein besonderer Dank ging an Oberstudienrat Heinz Krämer, der als Dirigent dem Chor viel von seinem Können vermittelt habe und an die, wie er sagte, vereinsfreundliche Kelkheimer Verwaltung. Schirmherr Walter Dichmann ("zum aktiven Sänger hat es bei mir nicht gereicht") erklärte, er habe besonders gern die Schirmherrschaft über dieses Fest angenommen, um so wieder einmal seine Verbundenheit und die der Firma Dichmann AG mit Kelkheim zum Ausdruck zu bringen. Dem Chor stünde nur dann eine erfolgreiche Weiterentwicklung bevor, führte Dichmann aus, wenn es ihm gelingt, die Jugend für seine Ideale zu gewinnen. Nur so könne er auf Dauer eine Stätte der Begegnung bleiben.

Kein Jubiläum ohne Jubilare: Seit **60 Jahren** gehört **Johann Racky** dem Verein an; leider konnte er nicht zu der Ehrung erscheinen. Für **50-jährige** Mitgliedschaft wurden Heinrich Scheib, Rudolf Schneider und Anton Schreiber geehrt. Für **25-jährige** Treue wurden Franz Gübitz, Wilhelm Kraus, Christian Kunz, Karl Latzel, Hans Roos, Hermann Scheidel, Ernst Weber und Hermann Weber belohnt. Die Ehrungen nahmen Erasmus Schmitt vom Sängerkreis des MTK und erster Vorsitzender Heinrich Müller vor.

Der Liedvortrag des Okrifteler MGV leitete zum bunten Teil des Abends über. Die 12-jährige Bettina Erdmann von der Radfahrabteilung der TSG Münster zeigte auf der für diesen Zweck viel zu kleinen Bühne einen beachtlichen Leistungsstand auf dem Kunstrad. Viel Bein - und auch sonst einiges - zeigte das Ballett der TSG, das bereits mit einem Can-Can über die Bühne gewirbelt war, in "Pigalle", einer Nummer, die zusammen mit Sängern des Liederkrantzes dargeboten wurde. Zuvor hatten die Gardistinnen der TSG dem Jubelverein eine kunstvolle Uhratrappe überreicht, damit es nach den Übungsstunden nicht immer halb vier in der Früh werde, wie Karin Gemmer in ihrem sicherlich nicht ganz ernst gemeinten Vortrag andeutete. Abschließend gratulierten Heinz Krug für den Vereinsring Münster und Frau Wiesler sowie Frau Blees für die Sängerfrauen. Ehrengast MdB Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen kam noch rechtzeitig, um die ebenso laute wie auch sonst bemerkenswerte Interpretation des Triumphmarsches aus Aida durch den Spielmann- und Fanfarenzug der TSG nicht zu versäumen. Eine gut bestückte Tombola rundete den Abend ab.

Kalauer am laufenden Band lieferte der Mainzer Karnevalist Rolf Braun beim bunten Abend im vollbesetzten Festzelt. Eine Lachsalm löste die andere ab. Die meisten der Zuschauer schlugen sich vor Begeisterung auf die Schenkel. Zunächst sorgte das Dirndl-Orchester aus Kehlheim an der Donau mit seinen etwas urigen Weisen für die nötige Stimmung. In seiner Begrüßungsrede ließ Rolf Braun keinen Gag aus. Stolz können die Münsterer sein, ein so gutes Ballett wie das der TSG Münster in ihren Mauern zu wissen. Besonders ihr Holzschuhtanz (Zar und Zimmermann) war eine reife Leistung, mit der sich auch ein Profiballett sehen lassen könnte. Drei Marken für sich sind die "3 Rosellis". Dieses weibliche Gesangs- und Instrumentaltrio bringt nicht nur in wenigen Minuten das gesamte Publikum zum Mitsingen, sondern auch noch zum Schwitzen, denn dem Befehl des Trio-Bosses, gefälligst "Trimm-Dich" zu üben, konnten sich die wenigsten entziehen. Für ungeübte nicht unbedingt zur Nachahmung empfohlen waren die Kunststücke von "The Egels", die sich wenig später noch einmal als Sandra und Partner vorstellten. Glücklicherweise musste der Malteser Hilfsdienst nicht eingreifen, als Sandra es für nötig hielt, ein Schwert auf der Spitze eines Messers balancierend, dessen Griff sie zwischen den Zähnen hielt, eine Leiter zu besteigen. Benny Maro, im Programm als ZDF-Preisträger angekündigt, brachte mit seiner durchaus guten Stimme weniger gute Schlager. Als ein weiblicher Roberto Blanco entpuppte sich das Energiebündel Margarita Cantero. Mit einem südamerikanischen Potpourri hatte der kaffeebraune Gesangsstar aus Kuba schnell das Publikum auf seiner Seite und sie musste ihren Abgang um einige Zugaben hinausschieben. Nachdem sich Heinrich Müller im Namen des Jubiläumsvereines bei den Künstlern bedankt hatte - einen Sonderapplaus erntete das Trio Bruc Janos vom Hess. Rundfunk für seine dezente musikalische Begleitung während des gesamten Abends - wurde die Bühne für das allgemeine Tanzen geräumt. Bei strahlendem Sonnenschein bewegte sich am Sonntagnachmittag ein rund eineinhalb Kilometer langer Festzug durch die Straßen Münsters. Halb Kelkheim war auf den Beinen, um die farbenprächtige Koproduktion der Münsterer Vereine zu bewundern. Insgesamt 22 Zugnummern defilierten vor den Augen der begeisterten Zuschauer.

Danach traf man sich im großen Festzelt. 15 Vereine beteiligten sich an einem Freundschaftssingen, während nur wenige hundert Meter weiter das Hallen-Freibad Besucherrekord zu verzeichnen hatte. Der Morgen des letzten Festtages begann mit einem zünftigen Fröhschoppen mit Gesang und Unterhaltung durch die Dirndlkapelle aus Kehlheim. Die zahlreichen Gäste hatten Gelegenheit, unseren Bürgermeister Dr. Stephan einmal von der musikalischen Seite kennen zu lernen. Trompetenspielenderweise verstärkte er zunächst die Damenkapelle. Beim anschließenden Alternachmittag erlebte man das Stadtoberhaupt als Sänger und schließlich als begnadeter "Rucki- Zucki- Tänzer". Einen bunteren Festausklang hätte man sich in Münster nicht wünschen können. Mit einem großen Brillantfeuerwerk nach einem schwungvollen Manöverball, den der Verein zusammen mit dem Fernmeldebataillon 774 der Bundeswehr aus Mainz veranstaltete, ging ein Jubiläum zu Ende, das drei Tage lang ganz Kelkheim auf den Beinen hielt.

Eine wichtige Entscheidung hat jetzt das Königsteiner Stadtparlament getroffen. Einem Dringlichkeitsantrag des Magistrats folgend beschloss es einstimmig, dem Abwasserverband- Vordertaunus beizutreten. Damit ist der Plan, im Liederbachtal auf Altenhainer Gemarkung oberhalb der Roten Mühle eine neue Kläranlage für Königstein, Schneidhain und Teile von Falkenstein zu bauen, um den jahrelang diskutiert wurde, endgültig zu den Akten gelegt worden. Die Abwässer von "Groß Königstein" werden nun in einem Vorflutkanal nach Kelkheim und von dort aus weiter in das Sindlinger Klärwerk geleitet.

3.7.1973: Rund 150 Bürger und Bürgerinnen waren der Einladung des Magistrats zu einer weiteren Bürgerversammlung zum Thema FNP gefolgt. Da ein Großteil der Besucher der ersten Versammlung aus Platzmangel nicht beiwohnen konnten, gab Bgm. Dr. Stephan erneut einen Überblick über die zukünftige Entwicklung der Stadt. Jedoch vermied er es diesmal, zu sehr ins Detail zu gehen, was den informativen Wert seiner Ausführungen erheblich steigerte. Stadtrat Alscher, der die Versammlung wieder souverän leitete, regte an, zunächst nur die Straßenplanung zu diskutieren.

Bereits mit dem ersten Beitrag wurde deutlich, dass die geplante Streckenführung der L 3016 durch den Gagernring, Liederbachstraße und anschließend über den Klosterberg bei vielen Bürgern auf wenig Gegenliebe stößt. Wie Dr. Stephan einem empörten Anlieger ("wenn die Straße kommt, ist die CDU für mich gestorben") versicherte, wird im Zuge des Ausbaus der Liederbachstraße keine der beiden Häuserzeilen abgerissen. Der gleiche Anlieger: "Ich gebe keinen Zentimeter meines Eigentums ab, auch wenn es zum Enteignungsverfahren kommt", musste sich vom Bürgermeister darüber aufklären lassen, dass im Artikel 14 GG zwar das Eigentum garantiert sei, dass aber auch sehr wohl von der Sozialbindung des Eigentums die Rede sei. "Irgendwo gibt es Grenzen, da müssen Allgemeininteressen einfach gegenüber Privatinteressen den Vorrang haben".

Eingehend auf die jüngsten Verkehrszählungen im Stadtgebiet, die ergaben, dass auf das gesamte Verkehrsaufkommen nur 25 - 30 % Durchgangsverkehr entfallen, führte Dr. Stephan aus, dass das Hauptproblem der Ziel- und Quellenverkehr sei. Gleichzeitig versuchte er den Einwand eines Diskussionsredners zu entkräften, der zu bedenken gab, dass die Liederbachstraße als L 3016 dann zusätzlich zu dem auf sie entfallenden Ziel- und Quellenverkehr den gesamten Durchgangsverkehr aufnehmen müsse.

Wie der Bürgermeister erläuterte, sei in der Zukunft mit einer wesentlichen Minderung des Durchgangsverkehrs zu rechnen, da einmal die Straße Eppstein- Hofheim ausgebaut werde, zum anderen Fischbach eine Anbindung über die neu auszubauende B 455 an die B 8 erhalte. Zusätzlich stehe die Nordtangente (Gagernring) zur Verfügung, mit deren Ausbau noch in diesem Jahr begonnen werde. Das Argument, der Durchgangsverkehr werde über die B 8 abfließen, sei nicht stichhaltig, betonte ein Bürger. Bereits jetzt entstehe an der Kreuzung B 8 / A 80 allmorgendlich ein mehrere Kilometer langer Stau, der durch den Verkehr aus dem Eppsteiner und Fischbacher Raum noch wesentlich anwachsen würde.

Um eben diesem Stau zu entgehen, werde sich der auswärtige Autofahrer weiterhin seinen Weg durch Kelkheim suchen. Hier werde eines Tages die K 2000 Abhilfe schaffen, entgegnete der Bürgermeister. Diese besonders im Ostteil des Kreises von der Bevölkerung leidenschaftlich abgelehnte Straße, von der zur Zeit nur ein Entwurf besteht, soll im südlichen Teil der Kelkheimer Gemarkung an die neue B 519 angebunden werden und südlich von Liederbach in den Ostteil des Kreises schwenken. In diesem Bereich ist die Anbindung der K 2000 an eine Straße vorgesehen, die über einen noch zu schaffenden "Zeilsheimer Knoten" an der A 80 direkt zum Tor Nord der Farbwerke Hoechst führt.

Ein bereits zu den Akten gelegter Lösungsvorschlag zur Neuprojektierung der vieldiskutierten L 3016 wurde wieder ins Gespräch gebracht. Der Magistrat werde veranlassen, dass die Möglichkeit einer solchen Straße, die oberhalb Kelkheims von der Fischbacher Straße in südlicher Richtung abzweigen und über die Gundelhardt im Westen der Stadt vorbeiführen würde, geprüft wird. Gleichzeitig gab er jedoch zu bedenken, dass die Realisierung dieser Westtangente wesentlich länger auf sich warten lassen würde, dass die Trasse durch drei verschiedene Gemarkungen führen würde, was die Planungen wesentlich erschwere, und nicht zuletzt, dass auch hier das Problem der Querverbindungen gelöst werden müsse und bestimmt wieder neue Bürgerinitiativen auf den Plan rufen würde.

Zum Grünflächengestaltungsplan meinte Dr. Stephan, dass die Stadt erst acht bis zehn ha Land aus Privatbesitz erwerben müsse, um allen laut gewordenen Forderungen nach innerstädtischen Grünflächen nachzukommen. Die dadurch entstehende finanzielle Belastung von ca. 8 Mio. DM für die Stadt sei auf keinen Fall tragbar. Weiterhin erläuterte er, dass das genaue Ausmaß der innerstädtischen Grünflächen nicht im Flächennutzungsplan festgelegt werden könne. Dies geschehe im Zuge der Aufstellung der einzelnen Bebauungspläne.

In diesem Zusammenhang ging er erneut auf das Problem Dichmann AG ein, zu dem auch Stv. Bernd Wellershaus Stellung genommen hatte. Der SPD-Fraktionsvorsitzende hatte davor gewarnt, kurzfristig zu handeln. Auf längere Sicht nutze die Entscheidung, den Industriebetrieb im Inneren der Stadt zu belassen, niemandem. Der Expansionswille der Firma sei absehbar. Es gelte zu verhindern, dass Dichmann weiter investiert, neue Gebäudekomplexe auf seinem Gelände errichtet. Außerdem bestehe das Anlagevermögen der Firma zum Großteil aus Maschinen, die nicht unbedingt an einen Ort gebunden, sondern mobil seien. Dr. Stephan gab zu bedenken, dass der Versuch seitens der Stadt, die Investitionstätigkeit der Firma auf ihrem jetzigen Gelände zu unterbinden, unweigerlich zu Schadensersatzklagen führe. Außerdem sei es aus finanzieller Sicht utopisch, die Firma aussiedeln zu wollen. Er bekenne sich lieber zu einer "kleineren" Lösung, die dafür aber realistisch und machbar sei. Neue Auflagen sollen dafür sorgen, dass die Umweltbelastung durch die Firma auf ein Minimum zurücksinke.

BIK- Initiator Manfred Guder warf dem Bürgermeister vor, man versuche mit aller Gewalt die Stadt Kelkheim aufzublähen. Der Bevölkerungsdruck, von dem Dr. Stephan spricht, sei überhaupt nicht vorhanden. Kelkheim werde unnötig weiter bebaut, obwohl bekanntlich zahlreiche Eigentumswohnungen überhaupt nicht an den Mann gebracht werden könnten.

Der Bürgermeister entgegnete, es bestehe nach wie vor die Ausweichtendenz aus der Großstadt in den so genannten 30-Kilometer- Ring. Dieser Bevölkerungsentwicklung könne sich Kelkheim nicht verschließen. Im übrigen könne gerade in puncto Gemeinschaftseinrichtungen festgestellt werden, dass Kelkheim "nicht hinter etwas herhinke". Die von Guder erwähnte Flächenschutzkarte, die empfiehlt, aus klimatologischen Gründen die Sindlinger Wiesen unbebaut zu lassen, ist Dr. Stephan nicht bekannt. Allerdings werde der FNP nach seiner Verabschiedung allen Trägern öffentlicher Belange vorgelegt. Dann müsse sich erweisen, ob alles rechtens ist, versicherte der Bürgermeister.

Wie Guder in einem Zeitungsbericht ausführte, habe Dr. Stephan wissentlich Falsches über den zu erwartenden Bevölkerungszuwachs mitgeteilt. Auf der Verbandsversammlung der RPU, der auch Dr. Stephan angehört und die am gleichen Tag in Hattersheim stattfand, habe Verbandsdirektor Sanders Zeitungsberichten zufolge ausgeführt, dass der Bevölkerungszuwachs der Region eindeutig rückläufige Tendenz zeige. Gegenüber den Jahren bis 1971, in denen die jährliche Zuwachsrate bei 30.000 Menschen lag, sei 1972 nur noch knapp die Hälfte registriert worden. Von diesen rund 15.000 waren 88 % Ausländer. Schon aus diesen Zahlen sei ersichtlich, betonte Guder, dass in Kelkheim nicht der natürlichen Entwicklung Rechnung getragen werde, sondern im Sinne weniger, die ihren materiellen Nutzen daraus ziehen wollen, geplant werde.

14.7.1973: Zurzeit sind 12 japanische Studenten im Rahmen eines internationalen Austauschprogramms zu Gast in Kelkheimer Familien. Organisiert wurde der Austausch durch die Organisation "Experiment", deren Geschäftsführer Direktor Schrage von der Richterschule ist. Es ist dies bereits der neunte Besuch einer ausländischen Studenten- oder Schülergruppe, die bisher in Kelkheim zu Gast waren.

14.7.1973: Der ehemalige Stadtverordnete Josef Sachs ist heute gestorben. Herr Sachs war von 1946 bis 1948 in der Stadtverordnetenversammlung und Mitglied verschiedener Ausschüsse. Er hat sich stets für die Belange seiner Mitbürger eingesetzt. Die Stadt Kelkheim wird ihm immer ein ehrendes Gedenken bewahren.

"Kelkheims letzte grüne Inseln sind bedroht." Mit diesem Aufruf hat die BIK gegen den von der Stadt ausgelegten Flächennutzungsplan protestiert und über 2.800 Unterschriften gegen die Bebauung von Grünzonen gesammelt. Der Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Dr. Best, teilte unterdessen den Umweltschützern mit, dass die Sindlinger Wiesen als Klimaschutzzone ausgewiesen seien und nicht bebaut werden sollten. Die Stadt sei aber nicht verpflichtet, dieser Empfehlung nachzukommen.

1.8.1973: Ab heute ist die Postnebenstelle in Münster geschlossen worden. Als Begründung führte die Oberpostdirektion wirtschaftliche Gründe an. Nach Ansicht der Post betragen die geringen Mehrentfernungen zu dem neuen Postamt in der Breslauer Straße für die Mehrzahl der Bürger weniger als 2 Kilometer und seien durchaus zumutbar.

Am **1.8. 1973** eröffnete die Nassauische Sparkasse in Hornau, Am Flachsland 29, eine neue hauptamtliche Niederlassung. Filialleiterin Annemarie Freund und ihre Mitarbeiter erwarten die Kunden in einem neuen imposanten Gebäude.

9.8.1973: Das Möbelhaus Pleines konnte sein 75-jähriges Geschäftsjubiläum feiern. Architekt Erwin Pleines, der jetzige Inhaber des Betriebes, führt die Firma in der dritten Generation und setzt das vom Großvater und Vater Begonnene fort.

11. - 19.8.1973: Staatssekretär Schnorr eröffnete die Kelkheimer Möbelausstellung. Wer durch die 7 Ausstellungshallen schlendert, dem bietet sich ein äußerst vielfältiges Bild. Man sollte sich getrost Zeit lassen beim Rundgang. Der allgemeine Trend: wertvoller und eleganter. Die große Chance des einheimischen Handwerks liegt vor allem darin, ein Kontrastprogramm zu den am Fließband hergestellten industriellen Möbeln zu bieten, sehr individuellen Einrichtungswünschen Rechnung zu tragen und mit neuen Ideen der Innenarchitekten neue Wünsche zu wecken. Diesen Erkenntnissen entsprechend, sind auch in der diesjährigen Möbelausstellung viele Einbaumöbel zu sehen, die sozusagen maßgeschneidert sind.

19.8.1973: Heute starb im Alter von 68 Jahren Herr H.-J. Bender. Herr Bender war von 1946 bis 1948 Stadtverordneter der Stadt Kelkheim. Außerdem war er lange Jahre stellv. Ortslandwirt und seit September 1948 bis zu seinem Tode Ortsgerichtsschöffe in Kelkheim. Seine ehrenamtlichen Tätigkeiten hat H.-J. Bender stets zum Wohle seiner Mitbürger ausgeübt. Die Stadt Kelkheim wird ihm immer ein ehrendes Andenken bewahren.

2.9.1973: Im Rahmen der 3. Stadtmeisterschaften wurde zum zweiten Mal ein Volksradfahren durchgeführt. Über 400 Teilnehmer begaben sich auf den 20 Kilometer Rundkurs, der von der Radfahrabteilung der TSG Münster sehr gut organisiert wurde. Das Motto für alle lautete "Dabeisein ist alles" und zur Belohnung gab es eine Trimm- Dich- Medaille.

15.9.1973: Im Zuge der Begradigung der Königsteiner Landstraße zur Anbindung der Nordtangente an die B 8 und B 519 müssen u.a. drei alte Eichen verschwinden. Gegen diese "Zerstörung wertvollen Baumbestandes" wendet sich jetzt die ökumenische Arbeitsgruppe für Umweltfragen in einem Brief an den Magistrat und die vier Fraktionen. In ihm bittet der Vorsitzende der Arbeitsgruppe, Schwarz, die Verantwortlichen, eine "menschengerechte, umweltfreundliche" Lösung herbeizuführen. Nach Ansicht der Umweltschützer besteht durchaus die Möglichkeit, durch eine etwas weiter östliche Trassenführung und einen fortführenden Kurvenverlauf, den Baumbestand zu erhalten. Stadtbaumeister Ball vertrat die Meinung, dass bei Straßenplanungen selbstverständlich auf Baumgruppen wie diese Rücksicht genommen werde, jedoch teilte vor rund drei Jahren, als das Planfeststellungsverfahren durchgeführt wurde, ein Forstfachmann mit, dass gerade die alten Eichen nicht mehr zu retten seien. Es wurde festgestellt, dass die alten Bäume schon jetzt langsam absterben. Der Vorschlag, die Straße östlich an der Baumgruppe vorbeizuführen, sei aus Planungsgründen nicht mehr realisierbar.

Die Innenausbauarbeiten für das Altenwohnheim, das die AG für kleine Wohnungen in Fertigbauweise erstellt hat, sind jetzt weitgehend abgeschlossen. Der Magistrat hat zuletzt noch die Einrichtung für die ambulante Krankenpflegestation (für knapp 8.000 DM), die Einrichtung eines Krankenzimmers für kurzzeitige Pflege von Bewohnern (rund 7.000 DM) und die Grundausstattung an Instrumenten (knapp 1.500 DM) vergeben.

23.9.1973: Nach einer Aufstellung vom **15.9.1973** betrug die Schülerzahl an allen Kelkheimer Schulen insgesamt 3.767. Interessant ist zum Vergleich die Schülerzahl aus dem Jahre 1938, als Kelkheim durch den Zusammenschluss der drei Stadtteile zur Stadt erhoben wurde. Damals besuchten noch keine 600 Schüler die drei Schulen in Kelkheim, Münster und Hornau. Neu in Kelkheim ist seit Januar die Kreissonderschule in der ehemaligen Eichendorffschule an der Lorsbacher Straße. Die Sonderschule war bis dahin in Bad Soden untergebracht. Die Schule hat 16 Klassen mit insgesamt 255 Schülern. Die Zahl der Klassen an den öffentlichen Schulen in Kelkheim hat sich insgesamt um 26 erhöht (davon entfallen 16 Klassen auf die Sonderschule). Die Schülerzahl ist seit dem Vorjahr um 511 angestiegen (davon 255 Sonderschüler).

Bei den Grundschulen ist die Zahl der Klassen insgesamt bei den drei Schulen mit 41 unverändert geblieben. Bei der Haupt-, Realschule, Förderstufe und dem Gymnasium sind insgesamt 10 Klassen neu hinzugekommen, so dass im so genannten Sekundarbereich jetzt 53 Klassen in Kelkheim eingerichtet sind. Die Klassenstärke hat sich bei den öffentlichen Schulen in Kelkheim von 31,57 (1972) auf 28,57 gesenkt. Dies ist jedoch überwiegend auf die Sonderschule zurückzuführen, wo zwangsläufig in wesentlich kleineren Unterrichtseinheiten gearbeitet werden muss.

Im Privatgymnasium Dr. Richter werden zur Zeit 539 Schüler in 22 Klassen bis zum Abitur geführt.

In einer gleichzeitig erstellten Statistik über die Belegung der Kelkheimer Kindergärten konnte festgestellt werden, dass die Zahl der Kinder rückläufig war. Man erklärte diese Tatsache als so genannten "Pillenknicke" in der Bevölkerungsstatistik. Eine andere Erklärung war, dass die durch den Krieg verminderten Geburtenjahrgänge damals entsprechend weniger Nachkommen hatten. Jedenfalls war auch in Kelkheim festzustellen, dass die Kinderzahlen nicht mehr anstiegen, sondern gering rückläufig waren. In den sechs konfessionellen Kindergärten stehen zur Zeit 525 Plätze zur Verfügung. Weitere 50 Plätze werden im November 1973 durch die Erweiterung des evang. Kindergartens in der Parkstraße hinzukommen. Allgemein konnte festgestellt werden, dass der größte Engpass zu jener Zeit überwunden war. Bei dem erkennbaren weiteren Rückgang der Kinderzahlen zeichnete sich ab, dass in den nächsten ein bis zwei Jahren alle angemeldeten Kinder zumindest zwischen vier und sechs Jahren aufgenommen werden konnten.

28.9.1973: In der Stadtverordnetensitzung am 28.9. konnte der Bürgermeister für den Magistrat u.a. mitteilen, dass das Freibad von Juni bis Mitte September an 102 Betriebstagen von 117.332 Besuchern frequentiert wurde.

Für den Ausbau der Nordtangente (Gagernring), Dieselstraße, Altbach (Straße Nach dem Busch) und Unterführung Gagernring wurden Bundes-, Landes- und Kreiszuwendungen für die nächsten Jahre von insgesamt 6,3 Mio. DM zugesagt.

Bei der Stadtbuslinie musste die Stadt für das laufende Jahr einen Zuschuss von 5.000 DM gewähren. Eine Tarifierhöhung für das kommende Jahr müsse beschlossen werden.

Die Arbeiten zur Verbreiterung der Straße Nach dem Busch (Frankenallee) sind im vollen Gang, deshalb ist eine Vollsperrung der Straße für die nächsten drei bis vier Wochen erforderlich. (Zu dieser Zeit wurden auch in verschiedenen Straßen Kabel durch die Post verlegt. Dies hatte zur Folge, dass auf Kelkheims Straßen fast überall Baustellen waren und ein großes Verkehrschaos herrschte).

Für mehr als 20-jährige Tätigkeit in der Kranken- bzw. Altenpflege wurden Frau Konstantine Roth (**Schwester Einhilde**) und Frau Franziska Wenger (**Schwester Tabita**) vom kath. Herz- Jesu- Orden mit der **Heinrich-Freiherr-von-Gagern-Plakette in Silber** ausgezeichnet. Schwester Einhilde ist seit 1952 in Kelkheim und war im Hilfskrankenhaus bis 1968 in der Krankenpflege tätig. Schwester Tabita ist seit 1949 in Kelkheim und hat das Hilfskrankenhaus von 1949 bis 1968 geleitet. Seit 1969 bis heute ist sie Leiterin des Altersheimes im kath. Schwesternhaus, das zurzeit von 17 Betten auf 33 Betten erweitert wird.

Anschließend wurde einstimmig einigen Zinsanpassungen, Umfinanzierungen und der Aufnahme eines Darlehens zugestimmt. Das Darlehen in Höhe von 570.682 DM gemäß der HH-Planung 1973 sollte für Straßenbau = 321.282 DM und Wasserversorgungsmaßnahmen = 249.400 DM verwendet werden.

Das Straßenbauamt in Wiesbaden hatte der Stadt angeboten, nach dem Ausbau und der Verkehrsfreigabe der neuen B 519 (L 3014 alt) ein Teilstück der alten Landstraße zwischen Kelkheim und Hofheim im Gemarkungsbereich von Kelkheim als Stadtstraße zu übernehmen. Die Stadtverordneten stimmten der Abstufung der alten Landstraße unter der Voraussetzung zu, dass die noch notwendigen Reparaturarbeiten an der Straßendecke und am Bahnübergang Hofheimer Straße durch das Land Hessen durchgeführt werden.

Mit dem Stadtverordnetenbeschluss vom 6.10.1972 wurde im Bebauungsplan "Adolfshöhe" eine Straße mit dem Namen "Finkenweg" benannt. Der ehemalige Besitzer des Hofgutes Adolfshöhe bat nun den Magistrat, den Finkenweg in "Adolfshöhe" umzubenennen, damit mit der Namengebung die Erinnerung an das alte Hofgut beibehalten wird. Die Stadtverordneten beschlossen einstimmig, den ehemaligen Finkenweg in Adolfshöhe umzubenennen.

Zu dem Bebauungsplan "Auf der Herrnmauer" gingen während der Auslegungsfrist mehrere Anregungen und Bedenken ein. Den Anregungen und Bedenken der Deutschen Eisenbahngesellschaft wurden wie folgt stattgegeben: Ein Fußgängerweg ist von der Mörikestraße zum Bahnhof Hornau in den Plan aufzunehmen. Die Bedenken wegen der Landabgabe für den Straßenbau wurden zurückgewiesen.

Seitens von Privatpersonen wurden sechs weitere Anregungen und Bedenken vorgebracht, die sich zum größten Teil auf die Erweiterung des Bebauungsplanes und die Zusammenlegung von Flächen bezogen. Die Bedenken mussten zurückgewiesen werden, weil die Erweiterung des Bebauungsplanes nur in einem weiteren Planungsverfahren vorgenommen werden konnte, und die Frage des Zusammenlegens von Flächen nur in einem Baulandumlegungsverfahren geregelt werden konnte. Nachdem über die Anregungen und Bedenken zu dem Bebauungsplan "Auf der Herrnmauer" entschieden wurde, wurde der Bebauungsplan einstimmig als Satzung und gleichzeitig die Einleitung eines Baulandumlegungsverfahrens beschlossen.

Während der Offenlegungsfrist des abgeänderten Bebauungsplanentwurfs "Breslauer Straße" sind lediglich seitens der Träger öffentlicher Belange Anregungen und Bedenken eingegangen. Einer Anregung des Bau- und Planungsamtes des MTK wurde entsprochen. Seitens der Ökumenischen Arbeitsgruppe für Umweltfragen des MTK wurden Anregungen und Bedenken im Hinblick auf die das Altenwohnheim umgebende massive Bebauung vorgebracht sowie auf die Verkehrssituation in diesem Gebiet (Münsterer

Knoten und Breslauer Straße als Durchgangsstraße) hingewiesen. Hierdurch würde sich nach Meinung der Umweltgruppe der Lebenswert der künftigen Bewohner des Altenwohnheimes maßgeblich reduzieren. Weiterhin forderte die Arbeitsgruppe u.a. die Ausweisung eines Kinderspielplatzes und größere Grünzonen im Bereich des Bebauungsplanes. Die Anregungen und Bedenken der Ökumenischen Arbeitsgruppe wurden zurückgewiesen, da u.a. in unmittelbarer Nähe des Altenwohnheimes eine öffentliche Grünfläche mit Kinderspielplatz ausgewiesen war. Nachdem über die Anregungen und Bedenken über den Bebauungsplan "Breslauer Straße" beraten wurde, wurde der Bebauungsplan anschließend einstimmig als Satzung beschlossen.

Nachdem sich bei dem Bebauungsplanentwurf für das Gebiet "Altbach" Änderungen wegen der geplanten Bebauung ergaben, beschlossen die Stadtverordneten jetzt einstimmig, den abgeänderten Bebauungsplanentwurf offen zu legen.

Der bauliche Zustand der drei Kelkheimer Feuerwehrgerätehäuser war im Jahre 1973 ausgesprochen schlecht und entsprach nicht mehr den maßgebenden Erfordernissen. Vertreter der städtischen Körperschaften, der Feuerwehren und überörtlicher Behörden plädierten nach einer Besichtigung der Gerätehäuser und möglicher Standorte für Neubauten dafür, dass die Stadt sich mit dem Neubau von Feuerwehrgerätehäusern befasst, um die Einsatzbereitschaft der Wehren zu erhöhen. Die Stadtverordneten beschlossen einstimmig, für jede Wehr ein eigenes Feuerwehrgerätehaus zu erbauen. 1974 sollte mit dem Bau der Gerätehäuser an folgenden Standorten begonnen werden: In Münster an der verlängerten Zeilsheimer Straße mit Kosten von ca. 350.000 DM ohne Grundstücks- und Erschließungskosten. In Hornau auf dem seitherigen Kirchweihplatz Ecke Feldbergstraße / Rotlintallee mit Kosten von 250.000 DM. Das Grundstück befand sich schon in städtischem Besitz. Für K.-Mitte war die Standortwahl schwieriger, weil in einem neuen Gerätehaus auch Räume für Hilfsdienste wie DRK und ärztliche Notdienste eingeplant werden sollten. Als mögliche Standorte kamen in Frage: 1. Freifläche Im Stücker, 2. Alter Friedhof K.-Mitte, gegenüber der Post, 3. Haingraben - Mittelweg und 4. alter Schulhof K.-Mitte. Der Magistrat wurde beauftragt, entsprechende Planungen auszuarbeiten und den Fachausschüssen vorzulegen.

Außerdem wurde einstimmig beschlossen, die Wehren in K.-Mitte und Münster mit neuen Fahrzeugen auszustatten. Für die Wehr K.-Mitte sollten im Jahre 1974 als Ersatz für das veraltete LF 15 (Baujahr 1941) der Ankauf eines LF 16 mit Kosten von ca. 140.000 DM eingeplant werden. Für die Münsterer Wehr wurde der Ankauf eines LF 16 oder TLF 16 für 1975 oder 1976 eingeplant.

Anschließend mussten die Stadtverordneten über drei Anträge der SPD- und CDU-Fraktion beraten. Die SPD wünschte die Errichtung einer Kindertagesstätte und eines Kinderhortes. Nach kurzer Debatte, in der die CDU und FDP eine Änderung des Antrages dahingehend forderten, dass der Magistrat zuerst einmal die Notwendigkeit dieser Einrichtungen überprüfen sollte, wurde einstimmig beschlossen, dass der Magistrat beauftragt wird, zu überprüfen, ob eine Kindertagesstätte und ein Kinderhort eingerichtet werden kann.

Dabei sollte insbesondere überprüft werden, ob bestehende Gebäude durch entsprechende Umbauten verwendet werden konnten. Sobald diese Unterlagen vorliegen, werden sich die Fraktionen und der Sozialausschuss wieder mit der Angelegenheit befassen.

Ein weiterer Antrag der SPD befasste sich mit der Ergänzung der Ortseingangstafeln mit einem Hinweis auf die Partnerstadt Saint-Fons, um die Verbundenheit mit der Partnerstadt zu bekunden. Einstimmig beschlossen die Stadtverordneten, dass an allen Ortstafeln der Stadt Kelkheim entsprechende Hinweisschilder auf die Partnerstadt Saint-Fons anzubringen sind.

Die CDU hatte den Antrag gestellt, dass der Magistrat überprüfen möge, ob die Möglichkeit besteht, in dem ehemaligen Kino in der Hauptstraße ein Jugendzentrum einzurichten. Die SPD begrüßte den Antrag, wünschte aber eine Ergänzung dahingehend, dass die Raumfrage für ein Jugendzentrum auch auf andere Gebäude ausgedehnt wird.

Nach längerer Debatte beschlossen die Stadtverordneten einstimmig, dass der Magistrat beauftragt wird, zu prüfen, ob das Ende 1973 der Stadt zur Verfügung stehende ehemalige Kinogebäude in der Hauptstraße nach entsprechenden Umbauarbeiten als räumliche Erstausrüstung für ein in Kelkheim zu schaffendes Jugendzentrum geeignet ist. Die Prüfung der Raumfrage für ein neu einzurichtendes Jugendzentrum soll auf weitere Gebäude ausgedehnt werden. Die Prüfung soll im Einvernehmen mit den Jugendlichen erfolgen.

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurde anschließend einstimmig einigen Grundstücksan- und -verkäufen zugestimmt.

29.9.-30.9.1973: Eine Delegation des SPD- Ortsverbandes besuchte die Partnerstadt Saint-Fons. Die Fahrt war ursprünglich für den Mai 73 geplant. Bgm. Franck Serusclat und der SPD- Ortsverband hatten vereinbart, die Fahrt solle vor allem dem politischen Meinungsaustausch und dem Kennen lernen der jeweiligen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse und Probleme des Landes dienen. Bgm. Serusclat, der im Frühjahr zu einem privaten Besuch in Kelkheim weilte, regte als Schwerpunkt Fragen der Gesellschafts- und Europapolitik an. Serusclat, ein Vertreter der französischen Sozialisten, der

Schwesterpartei der SPD, erklärte sich zudem bereit, den Besuch der SPD-Delegation zu einem kommunalpolitischen Erfahrungsaustausch werden zu lassen. Bgm. Serusclat appellierte in seiner Begrüßungsansprache an die deutschen Gäste, dafür einzutreten, dass die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen endlich aufhört. Nicht die Menge der Güter dürfe im Vordergrund stehen, sondern vielmehr deren Qualität - eben die Lebensqualität.

Was man in Saint-Fons bisher im kommunalpolitischen Bereich erreicht hat, setzte die SPD-Vertreter - auch im Vergleich zu Kelkheim - in Erstaunen. Delegationsmitglied Michael Simon berichtete über seine Eindrücke: "Für Mütter mit Säuglingen, die darauf angewiesen sind zu arbeiten, hat man eigens eine Kinderkrippe eingerichtet, die Säuglinge ab sechs Wochen tagsüber aufnimmt. Ganztagskindergärten und -schulen mit ärztlicher Betreuung sind selbstverständlich. Besonders imponierend ist das Jugendzentrum: Sportraum, Töpferei, Druckwerkstatt, Fotolabor sowie eine Diskothek stehen hier der Jugend von Saint-Fons zur Verfügung. Dies alles unterliegt der Selbstverwaltung der Jugend. Die Stadt bezahlt lediglich die hier tätigen drei Jugendpfleger - die von der Jugend selbst ausgewählt werden - und beteiligt sich mit 50 Prozent am Jahresbudget des Zentrums. Den Rest bringen die 700 Mitglieder des Zentrums auf verschiedenen Wegen auf.

Das neue im Bau befindliche Zentrum (Baukosten ca. 1,5 Mio. DM) eröffnet noch weitere Möglichkeiten, zumal es unter weitestgehender Mitbestimmung der Jugend entsteht. Zu erwähnen ist an dieser Stelle auch, dass der kath. Pfarrer von Saint-Fons, selbst aktives Mitglied der Parti Socialiste, hier ein beliebter Helfer ist.

Ein weiterer Glanzpunkt ist das 60 Kilometer von Saint-Fons entfernte 20 ha große Freizeitzentrum. Dort hat man in schöner Voralpenlandschaft ein altes Schloss gekauft und durch umfangreiche Renovierungen, Um- und Neubauten ein wahres Ferienparadies geschaffen. Hier verbringen alle Schüler Saint-Fons klassenweise einmal im Jahr Ferien. Das gleiche wird allen Bürgern Saint-Fons, die über 50 Jahre alt sind, und Familien mit Kindern angeboten, wenn sie nicht in der Lage sind, anders ihren Urlaub zu verbringen. Dass die Unkosten hier für den einzelnen denkbar niedrig sind, versteht sich von selbst."

3.10.1973: Im Rahmen einer internen Feierstunde im Bonner Bundeswirtschaftsministerium überreichte Wirtschaftsminister Dr. Friedrichs in Anwesenheit sämtlicher Ressortchefs dem Bundeskartellamtspräsidenten **Prof. Dr. Günther (Kelkheim)** das ihm vom Bundespräsidenten verliehene **Große Bundesverdienstkreuz**. Bgm. Dr. Stephan nahm an der Feierstunde teil.

8.10.1973: Die Aktion "Bürger helfen Bürgern" wurde vom Sozialausschuss der "Ökumenischen Vertretung der christlichen Gemeinden Kelkheim", in der die zwei evangelischen und drei katholischen Gemeinden vertreten sind, ins Leben gerufen. An dieser Aktion, die bereits bundesweiten Widerhall gefunden hat, beteiligten sich zudem das DRK und das Jugendrotkreuz sowie die Arbeiterwohlfahrt. Bei der Gründung der ÖVK wurde festgelegt, dass der Sozialbereich zu den vordringlichen gemeinsamen Aufgaben der Gesellschaft gehört.

Dazu wurde ein Sozialausschuss mit Edelgard Günther (Gattin des Bundeskartellamtspräsidenten Prof. Dr. Günther) an der Spitze gewählt. Zusammen mit den beiden stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses, Susi Czech und Ursula Götz, wurde aufgrund der kirchlichen, kommunalen und persönlichen Erfahrungen ein Fragebogen ausgearbeitet, der die Angebote für mögliche Hilfeleistungen klären sollte. Dieser Appell an die Nächstenliebe fand ein großes Echo bei der Bevölkerung und spontan meldeten sich rund 220 Bürger und erklärten ihre Hilfsbereitschaft.

Die Angebote reichen von Hilfeleistungen des SOS- Mütterdienstes bis hin zur Schulaufgabenbeaufsichtigung. Wenn Mütter krank sind, werden Kinder bis zu 10 Tagen aufgenommen oder stundenweise, wenn es erforderlich ist. Die Hilfeleistung erstreckt sich auch auf einen Babysitter Dienst. Für ausländische Mitbürger werden Übersetzungen gemacht bzw. Verhandlungen mit Behörden geführt. Für ältere Mitbürger werden Einkäufe besorgt, oder sie werden zum Arzt oder zu Behörden begleitet. Auch das Ausführen von Hunden, Grabbetreuung für ältere Menschen, Kleideranproben und vorübergehende Aufnahme von Haustieren gehören zum Hilfsangebot; aber auch in anderen Notfällen ist die Aktion bereit zu helfen.

Edelgard Günther ist der Motor der Aktion "Bürger helfen Bürgern" und meinte, dass sie davon überzeugt sei, dass es auch heute noch Männer und Frauen gibt, die sich ein Herz für die großen und kleinen Sorgen anderer bewahrt haben, dass es eben nur eines Anstoßes bedurfte, um diese Hilfsbereitschaft zu wecken.

9.10.1973: Im Alter von 62 Jahren verstarb Herr Peter Michels. Herr Michels war nahezu 20 Jahre als Ortsgerichtshilfsschöffe im Ortsgericht Kelkheim tätig. Seine ehrenamtliche Tätigkeit hat Herr Michels stets zur Zufriedenheit und zum Wohle der Allgemeinheit ausgeübt. Die Stadt Kelkheim wird Herrn Michels immer ein ehrendes Gedenken bewahren.

12.10.-15.10.1973: Eine Abordnung des Patenschiffs "Gefion" der Bundesmarine weilte auf Einladung des FZH an diesem Wochenende in der Stadt. Unter der Leitung des neuen Kommandanten Oberleutnant zur

See Kahl (Kapitänleutnant Göhr ist im Frühjahr versetzt worden) trafen die Marinesoldaten am Freitagabend in Kelkheim ein und wurden vom FZH und Mitgliedern des Magistrats im Nassauer Hof empfangen. Am Samstag fand morgens eine Stadtrundfahrt statt und abends wurde bis in den frühen Morgen im Pfarrzentrum Feldbergstraße getanzt. Nach dem Frühschoppen am Sonntagmorgen wurde nachmittags durch den Taunus gewandert und der Tag klang mit einer Grillfeste auf der Burgruine Königstein aus. Am Montag gegen 10.00 Uhr fuhren die Soldaten mit ihrem Marinebus zurück nach Neustadt / Ostsee, dem Standort der "Gefion".

15.10.1973: Die Deutsche Gesellschaft für Eisenbahngeschichte e.V. hatte alle Eisenbahnfreunde zu einer Ausflugsfahrt vom Taunus in die Wetterau eingeladen. Eine Fahrt, die gleichsam ein Abschied von der Privatbahn war; denn wenn am 1.1.1974 die Deutsche Bundesbahn die Betriebsführung der Kleinbahn AG Königstein- Höchst übernimmt, beginnt bei der Kleinbahn de facto ein neues Kapitel ihrer Geschichte. Unter einen Zeitraum von mehr als 70 Jahren privaten Eisenbahnbetriebs wird dann ein Schlussstrich gezogen.

18.10.1973: Die Bürgerinitiative Kelkheim (BIK) wollte der nach ihrer Meinung weiteren Vernichtung der Natur entgegentreten und wandte sich jetzt mit einem Flugblatt an die Öffentlichkeit. Der Anbindung Gagernring - B 8 und Gagernring - Königsteiner Landstr sind bereits große zusammenhängende Baumbestände zum Opfer gefallen. Um eine weitere Vernichtung von Naturgebieten zu verhindern, gehe man mit einem Flugblatt an die Öffentlichkeit. "Die geplante Westumgehung, für deren Vorplanung 11.500 DM bereitgestellt wurden, ist absurd", heißt es darin. Weiter heißt es: "Man stelle sich eine verkehrsreiche Straße von Fischbach kommend über Försters Grund, Gimbacher Hof, Gundelhardt in Richtung Industriegebiet vor! Was bliebe dann an unberührter Natur noch übrig? Wäre die nähere Umgebung Kelkheims noch menschengerecht? Warum passen sich die Gemeinden in ihrem Wachstum nicht den natürlichen Gegebenheiten an?"

Die BIK machte darauf aufmerksam, dass die bereits gebrachten Opfer an wertvoller Natur ausreichen müssten, den innerörtlichen Quellenverkehr und den Durchgangsverkehr aus dem südlichen Bereich Fischbachs aufzunehmen und auf die geplante L 3016 durch Siemens- (Gagernring) und Liederbachstraße zu verzichten. Auf die Gefahren und Nachteile der geplanten L 3016 habe sie wiederholt aufmerksam gemacht.

In einer Mitteilung des Magistrats heißt es dagegen: "Im Zuge einer neuen Verkehrsplanung in und um Kelkheim wird angestrebt, die jetzige L 3016 soweit wie möglich aus den bebauten Wohngebieten in Kelkheim herauszubringen. Im Entwurf des FNP, der im Juni und Juli offen gelegen hat, ist eine neue Trasse für die Landstraße vorgesehen." Weiter heißt es: "Bei den beiden vom Magistrat während der Offenlegungszeit des Flächennutzungsplanes veranstalteten Bürgerversammlungen haben sich einige Sprecher für die neue Trasse, andere für die bisherige Trasse, wieder andere für eine Westumgehung von Kelkheim ausgesprochen. Die Meinung der Sprecher war dabei verständlicherweise meist vom Standort ihrer Wohnung innerhalb Kelkheims und von dem Wunsch bestimmt, Lärmbeeinträchtigungen möglichst vom eigenen Wohngebiet fernzuhalten.

Die auf den Bürgerversammlungen zur Sprache gebrachte Idee einer westlichen Umgehung Kelkheims durch den Stadtwald wurde sofort wegen der damit verbundenen Zerschneidung von Naherholungsgebieten kritisiert. Der Magistrat möchte jedoch keine Möglichkeit einer optimalen Trasse für die neue L 3016 ungeprüft lassen und hat deshalb in Absprache mit dem Straßenbauamt den Auftrag für die Voruntersuchung einer möglichen Westumgehung vergeben. Wegen der recht unterschiedlichen Meinungen ist die Vorplanung für eine westlich Kelkheims verlaufende Trasse als Entscheidungshilfe gedacht."

20.10.1973: Zum Abschluss der DRK-Gesundheitswoche anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Kelkheimer Ortsvereinigung fand ein bunter Abend im großen Saal des Pfarrzentrums Feldbergstraße statt. Der Vorsitzende des DRK-Ortsverbandes, Stadtrat Schmidbauer, begrüßte neben einigen Ehrengästen auch den Präsidenten des DRK-Landesverbandes Herbert Dröse. Nach einer Festansprache nahm der DRK-Präsident auch die Ehrung der DRK-Jubilare vor. Seit **50 Jahren** arbeitet **Christian Sonnemann** aktiv im DRK mit. **45 Jahre** stehen **Johann Herrmann** und **Karl Kanne** in den Reihen des DRK. Für 25-jährige aktive Mitarbeit wurden Waltraud Scherer und Dr. Alfred Steudel ausgezeichnet. Charlotte Krzigitzki ist seit 15 Jahren aktiv, seit 10 Jahren helfen Hans- Joachim Kessler und Bernd Landmann ihren Mitmenschen. Weiterhin konnten Josef Berninger, Adolf Klarmann, Wilhelm Mühlbach, Magdalena Sass und Anton Walz für 40-jährige Mitgliedschaft geehrt werden.

Nach dem offiziellen Teil präsentierte der Conferencier Alfred Gräber ein bunt gemischtes Programm, das zu gleichen Teilen von Künstlerinnen und Künstlern und Kelkheimer Vereinen gestaltet wurde. Am Rande der Veranstaltung äußerte DRK-Vorsitzender Stadtrat Schmidbauer sein Bedauern darüber, dass während der gesamten DRK-Gesundheitswoche die Kelkheimer Mandatsträger nur geringes Interesse für die Veranstaltungsreihe gezeigt hätten.

20.10.1973: Fertigstellung des Wohngebietes Berliner Ring. Die Stadtverordnetenversammlung hatte Anfang 1967 einem Vertrag zwischen der Landes Zahnärztekammer Hessen und der Stadt Kelkheim zugestimmt, nach dem die Kammer das Gelände der ehemaligen Ziegelei (zuletzt Möbelwerkstätte Gebr. Graf) mit 223 Ein- bis Fünfstückwohnungen bebauen sollte. Die Zahnärztekammer hat diese Wohnungen aus ihren Pensionsmitteln für Zahnärzte errichtet und vermietet. Das Programm wurde später noch um 60 Wohnungen erweitert. Außerdem sind in dem Gebiet noch 32 Wohnungen von Privatleuten gebaut worden. Die Kammer hat das Gebiet zum Teil mit höhergeschossigen Wohnblocks, zum Teil dreigeschossig, bebaut. Eine Garagenanlage mit Parkdeck und eine Tiefgarage sind von der Kammer mit gebaut worden. Die Grünanlagen und der Kinderspielplatz sind großzügiger angelegt worden, als dies die Satzungen vorschrieben.

Am 20.10.1973 fand eine formelle Übergabe der öffentlichen Flächen statt, die vertragsgemäß von der Landes Zahnärztekammer als Erschließungsträgerin an die Stadt zu übereignen war. Gleichzeitig wurde die Bahnunterführung zum Gagernring ihrer Bestimmung übergeben. Anschließend fand aus gegebenem Anlass eine kleine Feier im katholischen Pfarrzentrum in der Feldbergstraße statt.

Die Außenfassade des neuen Rathauses ist fast fertig angebracht. Zur Zeit werden die Fenster eingesetzt, und der Innenausbau hat bereits begonnen. Der Magistrat hat in den letzten Monaten die verschiedenen Aufträge für den Innenausbau vergeben, angefangen von den Trennwänden über Böden und Decken bis hin zu Telefonanlagen und Büroeinrichtungen. Man hofft, dass das Rathaus im Frühjahr bezogen werden kann.

27.10.1973: Am Samstagnachmittag weihte die Schützengemeinschaft 1963 Münster e.V. ihre neue Schießsportanlage oberhalb des Schwimmbades, Richtung Gundelhardt, an der verlängerten Lorsbacher Straße ein. Damit erreichte die zehnjährige Vereinsgeschichte einen ersten großen Höhepunkt. Seit 1968 hatte der zur Zeit 130 Mitglieder zählende Verein mit viel Ausdauer auf dieses große Ziel hingearbeitet. Vor mehr als 10 Jahren, so berichtete der 1. Vorsitzende Matthias Schreiber, haben sich 16 Freunde des Schießsportes zu der Münsterer Schützengemeinschaft zusammengeschlossen. Seit Bestehen des Vereins fanden die Schützen im Wirtshaus des "Goldenen Löwen" (Lehnert) in der Königsteiner Straße eine kostenlose Unterkunft. Dafür dankte Schreiber dem Wirt im Namen des Vereins.

1968 wurden Pläne zur Errichtung einer eigenen Schießsportanlage spruchreif. Von der Stadt erhielt die Schützengemeinschaft ein über 4.000 qm großes Waldgelände in Erbbaupacht. Da die Mittel für das im Rahmen des "Rot- Weißen- Planes" errichtete Gebäude nicht gleich verfügbar waren, vertrieben sich die Mitglieder die Wartezeit mit der Rodung des Geländes, den notwendigen Entwässerungsarbeiten und der vom Forstamt geforderten Einfriedung. Da zu der Zeit die zugesagten Zuschüsse des Landes und des Landessportbundes noch ausstanden, nahmen die Vereinsmitglieder Privatdarlehen auf, um die Finanzierung sicherzustellen.

Erleichtert wurde das Vorhaben durch die tatkräftige Mithilfe der Mitglieder. So konnte alles, bis auf die Fenster und die Inneneinrichtung, in Eigenhilfe erstellt werden. Bereits bei der Bauplanung konnten erhebliche Mittel eingespart werden, dank der Hilfe von H.D. Claas, der als Fachmann im Stadtbauamt tätig ist. Abgeschlossen waren die Arbeiten auf dem Schießstandgelände noch lange nicht. Im Frühjahr 1974 sollte mit dem Bau des KK-Standes begonnen werden. Bereits in Betrieb war der Schießstand für Luftpistolen und –Gewehre. Er liegt unter dem rustikal eingerichteten Clubhaus, doch hört man oben keinen Laut, wenn unten geschossen wird. Auch im Schießstand selbst kann man noch sein eigenes Wort verstehen. Eine schallschluckende Holzdecke und Filzplatten hinter den Schießscheiben sorgen dafür, dass die Geräuschkulisse im Bereich des Erträglichen bleibt.

Bei der Einweihungsfeier erhielten Matthias Schreiber, Hermann Weber und H.D. Claas aus den Händen des Kreisschützenmeisters die Silberne Ehrennadel des Hess. Schützenbundes. Gründungsvorsitzender Paul Koch gab mit seiner Dia- Serie und mit seinem selbst gedrehten Film einen eindrucksvollen Überblick über die Entstehung der Schießsportanlage.

27.10.1973: Auch der Erweiterungsbau des evangelischen Kindergartens in der Parkstraße wurde heute im Beisein von Vertretern der städtischen Körperschaften seiner Bestimmung übergeben. Verbunden mit der Einweihungsfeier war ein Tag der offenen Tür für jedermann. Der Kindergarten hatte in der Vergangenheit drei Gruppenräume für je 25 Kinder. Er ist durch die jetzt abgeschlossene Baumaßnahme um zwei Gruppenräume und einem Mehrzweckraum auf insgesamt 125 Plätze erweitert worden. Durch eine optimale Ausnutzung der Plätze können jetzt bis zu 150 Kinder betreut werden.

2.11.-5.11.1973: Am letzten Wochenende waren 123 Bürger aus der Partnerstadt Saint-Fons zu Gast in Kelkheim. Die französischen Gäste waren überwiegend in zwei Bussen und Privatwagen angereist. Am Freitagmorgen gegen 7.20 Uhr trafen die Gäste in Kelkheim ein und wurden mit einem Frühstück im Pfarrzentrum Feldbergstraße bewirtet. Anschließend wurden die Gäste mit ihren Gastfamilien bekannt gemacht. Nach dem Mittagessen in den Familien ging es in drei Bussen zu einer Flughafenrundfahrt auf

Rhein-Main. Den Freitagabend verbrachten die Franzosen bei ihren deutschen Gastgebern oder in Kelkheimer Lokalen.

Am Samstag traf man sich erneut zu einer kleinen Taunusrundfahrt. Der Feldberg wurde angesteuert und präsentierte sich oberhalb eines Nebelmeeres im schönsten Sonnenschein. Zum Einkaufen steuerte man dann das MTZ an. Nach dem Mittagessen in den Familien und der Orchesterprobe des "L' Industrielle Harmonie" war Gelegenheit, eine Ausstellung Münchener und Düsseldorfer Maler im kleinen Saal der Stadthalle zu besuchen.

Um 19.00 Uhr fand man sich zum Gemeinschaftskonzert der "L' Industrielle Harmonie", des Kelkheimer Kammerorchesters, des "Liederkranz" Kelkheim und des Mandolinorchesters 1961 Kelkheim in der Stadthalle zusammen. Sehr großen Anklang fanden die Darbietungen aller mitwirkenden Vereine. Insbesondere das 70 Mann starke französische Orchester eroberte sich sein Publikum. Anschließend sorgte eine Tanzkapelle bis in die späten Nachtstunden für Tanz und Unterhaltung. Bgm. Franck Serusclat hatte ein Fass Beaujolais gestiftet, dessen Inhalt glasweise verkauft wurde. Der Erlös von 425 DM wurde wunschgemäß für soziale Zwecke der Stadt zur Verfügung gestellt.

Die offiziellen Veranstaltungen des Wochenendes klangen aus mit einem Festgottesdienst am Sonntagmorgen in der Pfarrkirche St. Dionysius in Münster. Kirchenchor, Kammerorchester, "Liederkranz" Münster und noch einmal "L' Industrielle Harmonie" leisteten Beiträge zur Umrahmung des Gottesdienstes. Nach Abschluss der Veranstaltungen traten die französischen Gäste um 14.00 Uhr die Rückfahrt nach Saint-Fons an.

Seit der Besiegelung der Partnerschaft im September 1971 haben sich die Beziehungen zwischen den Menschen und Vereinen beider Städte ständig verstärkt. Im Laufe der letzten Zeit ist eine große Anzahl von kleineren oder größeren Gruppen zu Besuchen und Gegenbesuchen aufgebrochen. Innerhalb des Jahres 1973 sind 220 Kelkheimer offiziell in Vereinsdelegationen und Jugendgruppen nach Saint-Fons gefahren. In dieser Zahl sind die nicht unerheblichen Privatbesuche nicht enthalten. Folgende Gruppen sind offiziell in die Partnerstadt gefahren: das Kammerorchester Kelkheim und der MGV "Liederkranz" Kelkheim zusammen mit Vertretern der Polizeistation zur 100-Jahrfeier der "L' Industrielle Harmonie", im Juni die Fußballjugend der SG Kelkheim und eine Schulklasse, im Juli eine Jugendgruppe der kath. Jugend Münster zur Stippvisite auf der Durchfahrt, zuletzt eine Delegation des SPD- Ortsverbandes mit Begleitung.

10.11.1973: Nach nur knapp zehnmonatiger Bauzeit konnte an diesem Wochenende das erste Altenwohnheim der Stadt Kelkheim an der Görlitzer Straße seiner Bestimmung übergeben werden. Das Haus umfasst 18 Zweizimmer- und 44 Eineinhalbzimmerwohnungen. An Gemeinschaftseinrichtungen bietet das Altenwohnheim neben einem größeren Gemeinschaftsraum für bis zu 100 Personen einen Leseraum, einen Fernsehraum, eine Krankenpflegestation, die zum Teil der ambulanten Pflegedienst, schließlich ein Krankenzimmer für kurzfristige Behandlungen und Pflege von Hausbewohnern. Alle Gemeinschaftseinrichtungen des Altenwohnheimes wurden von der Stadt von der Bauherrin (AG für kleine Wohnungen) angemietet, um sie den Bewohnern und anderen betagten Bürgern der Stadt als Begegnungs- und Kommunikationsstätte zur Verfügung zu stellen.

16.11.1973: In der Stadtverordnetensitzung am 16.11. teilte der Bürgermeister für den Magistrat u.a. mit, dass das alte Löschfahrzeug LF 15 (Baujahr 1941) der Wehr K.-Mitte wegen erheblicher technischer Mängel aus dem Verkehr gezogen wurde. Die Anschaffung eines neuen Löschfahrzeuges wurde eingeleitet.

Im Rahmen der Stadtsanierungsmaßnahmen wurden durch die städtische Baukolonne zwischenzeitlich die Wohngebäude Heinzmann / Mader sowie das Anwesen Mollath abgebrochen. Zur Zeit steht der Abbruch des Anwesens Herr (Hornauer Straße) an. Die Vorbereitungen für den Abbruch des Anwesens Wolf sind im Gange.

Kürzlich wurde der Bürgersteig im Bereich des Klosterberges mit einem Gussasphaltüberzug versehen. Die Maßnahme wurde jetzt durchgeführt, nachdem sich die Probestrecke seit zwei Jahren bewährt hatte. Das Hess. Straßenbauamt teilte mit, dass sie mit der Kelkheimer Straßenkonzeption für die nächsten Jahre einverstanden sind.

Der Wasserversorgungs- und die Kanalpläne für die Stadt Kelkheim sind zwischenzeitlich durch ein Planungsbüro fertig gestellt worden.

In der letzten Stadtverordnetensitzung bat der Stv. Blank zu überprüfen, ob die Möglichkeit besteht, ein oder mehrere Feldhüter für den Bereich der Stadt Kelkheim einzustellen. Der Magistrat hatte in der Zwischenzeit die Angelegenheit geprüft und stellte fest, dass die Stadt zur Zeit aus finanziellen Gründen nicht in der Lage ist, einen hauptamtlichen Feldhüter anzustellen, ist jedoch bereit, bei entsprechendem Personennachweis Ehrenfeldhüter für die Überwachung der Kelkheimer Feldgemarkung einzusetzen. Anschließend würdigte Stadtverordnetenvorsteher Claßen in einer kurzen Ansprache die Tätigkeit des Stv. Christian Kunz, der seit 1961 in der Stadtverordnetenversammlung und in mehreren Ausschüssen tätig ist.

Zurzeit ist der **Stv. Kunz** Vorsitzender des Gewerbe- und Verkehrsausschusses. Für seine mehr als 12-jährige Tätigkeit wurde ihm jetzt der **Ehrenring der Stadt Kelkheim** verliehen.

Wegen des plötzlichen Todes des seitherigen Ortsgerichtsschöffen Heinrich Johann Bender am 19.8.1973, war eine Nachwahl erforderlich geworden. Vorgeschlagen zum Nachfolger für H.J. Bender wurde der Verwaltungsangestellte Karlheinz Trunk, der als Sachbearbeiter beim Standesamt der Stadt Kelkheim beschäftigt ist. Herr Trunk wurde einstimmig zum Ortsgerichtsschöffen beim Ortsgericht der Stadt Kelkheim gewählt.

Anschließend wurde einstimmig dem Nachtragshaushalt für 1973, der sich gegenüber den Ansätzen im ordentlichen HH um 2.639.131 DM und im außerordentlichen HH um 1.539.200 DM erhöht hatte, zugestimmt.

Aufgrund des gestiegenen Zuschusses der Stadt für den Stadtbusverkehr schlug der Magistrat eine Gebührenerhöhung zum 1.1.1974 vor. Da die Fraktionen sich auf keine einheitliche Tarifierhebung einigen konnten, wurde der Antrag zurück in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Die Gemeinde Fischbach war an die Stadt Kelkheim zwecks Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft zur gemeinsamen Nutzung des durch die Stadt angekauften Klein- Computers herangetreten. Der Magistrat empfahl daher den Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung. Dieser Vereinbarung wurde durch die Stadtverordneten einstimmig zugestimmt. Bisher hat die Gemeinde Fischbach ihre Müllabfuhr durch ein Privatunternehmen entsorgen lassen. Nun wünschte die Gemeinde, dass ihr Müll durch die städtische Müllabfuhr abgefahren werden sollte. Einer entsprechenden öffentlichen - rechtlichen Vereinbarung wurde ebenfalls einstimmig zugestimmt.

Das Hess. Ministerium hatte neue Richtlinien über die Lage, Größe, Beschaffenheit, Ausstattung und Unterhaltung von Kleinkinderspielplätzen verfügt. Aufgrund der neuen Bestimmungen musste die Stadt Kelkheim eine neue Satzung über private Kinderspielplätze erlassen. Dem Entwurf dieser neuen Satzung wurde einstimmig zugestimmt.

Auch dem Entwurf einer Satzung über die entgeltlichen Leistungen der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Kelkheim wurde einstimmig zugestimmt.

Den Erschließungskostenbeiträgen für die Teileinrichtungen Fahrbahnausbau, Bürgersteigausbau, Straßenentwässerung und Straßenbeleuchtung im Baugebiet "Hain" wurde einstimmig zugestimmt.

Die SPD brachte einen Antrag ein, der den Magistrat beauftragen sollte, einen Beirat für Fragen ausländischer Mitbürger zu bilden. Dieser Antrag wurde dann in eine Empfehlung an den Magistrat mit Zustimmung der SPD umgewandelt. Da über Empfehlungen in der Stadtverordnetenversammlung nicht abgestimmt werden muss, wurde sie in den Sozialausschuss verwiesen. Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurde anschließend einigen Grundstücksverkäufen zugestimmt.

5.12.1973: Verdreckte Sandkästen, langsam verrottende Spielgeräte, Schilder "Für Kinder ab 12 Jahren verboten" und Rutschbahnen, "die so groß sind, dass ein größeres Kind sie eher als schräg stehende Liege benutzen kann" - so ungefähr sieht das traurige Ergebnis einer Untersuchung aus, die eine 6. Schulklasse in den vergangenen Wochen auf Spielplätzen in der Stadt durchführte. Von dieser Untersuchung, die teilweise im Foto und auf Tonband festgehalten wurde, machte sich jetzt auch Bgm. Dr. Stephan ein Bild. Zusammen mit den Schülern diskutierte er deren Wünsche und Vorstellungen.

30.11.1973: Plötzlich und unerwartet starb der ehemalige Stadtverordnete, Herr Edmund Will. Herr Will war in der Zeit von 1952 bis 1956 und von 1965 bis 1968 als Stadtverordneter in der Stadtverordnetenversammlung und verschiedenen Ausschüssen der Stadt Kelkheim ehrenamtlich tätig. Als aufrechter und toleranter Kommunalpolitiker hat er stets zum Wohle der Allgemeinheit seine Pflicht erfüllt. Die Stadt Kelkheim wird ihm immer ein ehrendes Gedenken bewahren.

1.12.1973: Die Stadt hat seit rund zwei Jahren einige Häuser mit Grundstücken angekauft, weil sie die Grundstücke zur Sanierung bestimmter Gefahrenpunkte im Stadtgebiet brauchte. Nachdem die Bewohner dieser Häuser teils in Neubauten, teils anderweitig untergekommen sind, hat die städtische Baukolonne vor einigen Wochen begonnen, die Sanierungsobjekte nach und nach abzubauen.

Abgebrochen ist bereits das Doppelhaus Ecke Frankfurter-/Dieselstraße. Das Grundstück wurde überwiegend für den Ausbau der Dieselstraße beansprucht. Mit dem Straßenbau ist bereits begonnen worden. Der Abbruch ist im Zusammenhang mit der neuen Straßenführung am Ortseingang von Münster zu sehen, wo die Hofheimer- und die Frankfurter Straße verlegt werden.

Als nächstes Gebäude ist das ehemalige Anwesen Mollath an der Königsteiner Straße abgebrochen worden. Es handelte sich um ein Wohnhaus und um eine alte Ziegelei. Es war die letzte von früher mehreren Ziegeleien in Münster. Alle sind nach und nach der Spitzhacke zum Opfer gefallen. Die letzte Ziegelei in K.-Mitte im Bereich des Baugebietes "Berliner Ring" ist bereits vor einigen Jahren (1969) abgebrochen worden, um Platz für Wohngebäude zu schaffen. Der Abbruch des Anwesens Mollath in Münster ergab sich durch die neue Straßenführung an der Königsteiner Straße. An dieser Stelle soll später einmal eine noch geplante Straße von der Königsteiner Straße aus zur Frankfurter Straße führen. Das

Grundstück wird außerdem bei der Liederbachregulierung angeschnitten. Der im unteren Teilabschnitt bereits gebaute Hauptkanal berührt ebenfalls das ehemalige Mollath'sche Anwesen. Zurzeit ist die städtische Baukolonne damit beschäftigt, das Haus Hornauer Straße 31 abzurechen und auf dem Nachbargrundstück Nr. 29 gewisse Sanierungsarbeiten auszuführen. Das Haus Nr. 31 hat die Stadt erworben, um eine rückwärtige Ausfahrt vom Rathausgelände zu gewinnen. Ein Teil des Geländes wird als Parkplatz für das neue Rathaus mit herangezogen.

Als nächstes Sanierungsobjekt steht auf der Abbruchliste das Anwesen Königsteiner Straße 7. Es handelt sich hier um ein Wohnhaus und eine größere Schreinerwerkstatt mit einem Fabrikschornstein. Der Abbruch ist für Anfang Januar 1974 vorgesehen, wenn die jetzt noch dort wohnende Familie ausgezogen ist. Dieses Anwesen ist von der Stadt ebenfalls im Zusammenhang mit der geplanten Verlängerung der Straße zwischen Königsteiner- und Frankfurter Straße sowie wegen Liederbachregulierung und Hauptkanalverlegung erworben worden. Der Abbruch ist Voraussetzung für eine vorgesehene Baulandumlegung im Gebiet "Brühl" hinter der Königsteiner Straße.

12.12.1973: Als jüngsten Kelkheimer Verein hatten 38 skisportbegeisterte Frauen und Männer den Ski-Club- Kelkheim aus der Taufe gehoben. Weitere Interessierte haben bereits telefonisch oder mündlich ihre Bereitschaft zum Beitritt erklärt. In seiner ersten konstituierenden Sitzung wählte der SCK seinen ersten Vorstand. 1. Vorsitzender wurde Heinz Maschke, 2. Vorsitzender: Reiner Kretschmar, ein aktiver nordisch Kombiniierer aus der DDR, Schriftführerin: Maria Cronebach, Kassierer: Gustav Adolf Reiser und zum Jugendleiter wurde Volker Rademacher gewählt. Mit der Aufnahme durch den Hess.-Ski-Verband steht den SCK- Mitgliedern auch die Möglichkeit offen, an allen offiziellen Sportwettbewerben teilzunehmen.

17.12.1973: Die letzte Stadtverordnetensitzung des Jahres 1973 fand am 17.12. statt. In Vertretung des dienstlich abwesenden Bürgermeisters gab 1. Stadtrat Karlheinz Klug u.a. bekannt, dass nach einer vorläufigen Kostenzusammenstellung für den Rathausneubau rund 7,5 Mio. DM veranschlagt wurden. Davon entfielen 6 Mio. DM auf das Gebäude, 500.000 DM auf Einrichtungen und 1 Mio. DM auf Außenanlagen einschließlich Parkplätze, Grünanlagen usw. Einschließlich des Rechnungsjahres waren hiervon ein Betrag von 5,5 Mio. DM finanziert, so dass sich eine Finanzierungslücke von 2 Mio. DM ergab. Dieser Betrag sollte im HH 1974 finanziert werden.

Der gewählte Stadtbrandinspektor, Herr Friebe, hatte Ende November 73 gebeten, ihn von seinem Amt zu entbinden, da er beruflich für die Wahrnehmung dieser Aufgabe nicht die notwendige Zeit aufwenden kann. Wie alljährlich hat der Magistrat auch in diesem Jahr wieder einen größeren Betrag für die Weihnachtsspendungen für minderbemittelte Bürger zur Auszahlung beschlossen sowie der Besatzung des Motorschiffes "Kelkheim" und der Besatzung des Minensuchbootes "Gefion" einen Betrag zur Gestaltung einer Weihnachtsfeier überwiesen.

Der Fahrzeugpark des städtischen Bauhofes wurde um ein weiteres Müllfahrzeug vergrößert, nachdem die Stadt Kelkheim ab 1.1.1974 die Müllabfuhr der Gemeinde Fischbach übernimmt. Das neue Fahrzeug fasst gleichfalls wie das zuletzt angekaufte Müllfahrzeug 15 cbm gepressten Müll.

Stadtverordnetenvorsteher Gerhard Claßen feierte am vergangenen Wochenende sein 25-jähriges Arbeitsjubiläum bei der Firma "Bayer Leverkusen". 1. Stadtrat Klug gratulierte im Namen des Magistrats und Stv. Dichmann im Namen des Hauses. Vorsteher Claßen bedankte sich für die Glückwünsche und versprach, auch in Zukunft an der kommunalpolitischen Arbeit wie bisher mitzuwirken.

Zum Stellenplan 1974 hatte die SPD einen Zusatzantrag auf Aufnahme einer Stelle eines hauptamtlichen Jugendpflegers gestellt. Nach einer Aussprache, an der sich alle Fraktionen beteiligten, einigte man sich dahingehend, dass der Stellenplan einstimmig angenommen wird und dass der Zusatzantrag der SPD an die zuständigen Ausschüsse zur weiteren Beratung überwiesen wird.

Die in der letzten Stadtverordnetenversammlung beantragte Erhöhung der Stadtbustarife wurde jetzt in der vom Haupt- und Finanzausschuss vorgelegten Form einstimmig beschlossen. Danach wurden die Tarife im Stadtbusverkehr ab 1.2.1974 wie folgt festgesetzt: Einzelfahrscheine: 0,80 / 0,40 DM Schülerwochenkarte: 2,00 DM 10er-Karten für Schüler: 2,50 DM 10er-Karte ohne Einschränkung: 5,50 DM allgemeine Wochenkarten: 5,00 DM.

Der RP hatte die Planunterlagen zur Verlegung der B 519 zwischen der Anschlussstelle Kelkheimer Kreuz und der Anschlussstelle B 8 (neu) einschließlich der Anschlussstelle "Nach dem Busch" übersandt und das Planfeststellungsverfahren angeordnet. Die Planunterlagen wurden vom 19.11. bis einschließlich 18.12.1973 öffentlich ausgelegt. Der Magistrat und der Planungs- und Bauausschuss hatten empfohlen, zu dem Planfeststellungsverfahren insoweit Bedenken zu erheben, als nach Umplanung der ursprünglich vorgesehenen Landesstraße in eine Bundesstraße die Unterführung verlängerte Sodener Straße nicht sichergestellt ist.

Beide Gremien schlugen vor, das Planfeststellungsverfahren nach Süden hin zu erweitern und empfahlen, die höhengleiche Kreuzung, wie sie im Plan vorgesehen ist, abzulehnen. Nach den Vorplänen zur Flurbereinigung war im Gegensatz zu dem neuen Planfeststellungsverfahren eine Unterführung der B 519 nach Bad Soden ausgewiesen. Einstimmig wurde beschlossen, zu dem Verfahren B 519 insoweit

Bedenken zu erheben, da nach Umplanung der ursprünglich vorgesehenen Landesstraße in eine Bundesstraße die Unterführung verlängerte Sodener Straße nicht sichergestellt ist. Weiterhin wurde beantragt, das Planfeststellungsverfahren nach Süden hin zu erweitern. Außerdem wurde die höhengleiche Kreuzung, wie sie im Plan dargestellt war, abgelehnt.

Nachdem zwischenzeitlich mit der Forstbehörde wegen des Abstandes vom Baugebiet "Adolfshöhe" zum Hochwald entsprechende Verhandlungen geführt wurden, hatten der Magistrat und der Planungs- und Bauausschuss einen Bebauungsplanentwurf für das Baugebiet "Adolfshöhe III" aufgestellt. Der vorgelegte Entwurf wurde einstimmig genehmigt.

Aufgrund einer notwendigen Bodenordnung für den Bereich des bisherigen Bebauungsplanes "Im Stückes" war die Aufstellung eines abgeänderten Bebauungsplanes notwendig. Die Abgeordneten stimmten einstimmig der Aufstellung eines Bebauungsplanes "Abänderung Stückes" zu.

Der Magistrat hatte empfohlen, für das Gebiet "Selnbach" einen neuen Bebauungsplan aufzustellen und diesen gleichzeitig offen zu legen. Dieser Plan wies die Abänderungen gegenüber den Vorplänen aus. Die Stadtverordneten stimmten der Empfehlung einstimmig zu.

Zur Abgrenzung des Baugebietes "Am Berg" war es notwendig, einen Bebauungsplan aufzustellen. Die Stadtverordneten stimmten einstimmig der Offenlegung dieses Entwurfes zu.

Mit Stadtverordnetenbeschluss vom 18.5.1973 wurde die Aufstellung und Offenlegung eines Flächennutzungsplanes für den Bereich der Stadt Kelkheim beschlossen. Der Planentwurf hatte in der Zeit vom 12.6. bis 13.7.1973 offen gelegen. Während der Offenlegungsfrist waren eine Vielzahl von Bedenken und Anregungen sowohl von den Trägern öffentlicher Belange als auch von der SPD-Fraktion, von Bürgern dieser Stadt und sonstigen Interessengruppen eingegangen. Die Bedenken und Anregungen wurden vom Magistrat und vom Planungs- und Bauausschuss in mehreren Sitzungen behandelt. Nur wenige Bedenken und Anregungen, die der Vorsitzende des Ausschusses, Stv. Herbert Uhrig, vortrug, wurden seitens des Ausschusses und Magistrats geteilt. So wurden die Anregungen und Bedenken der Träger öffentlicher Belange wie des Forstamtes, der RPU und der Gemeinde Liederbach ebenso nicht geteilt, wie die der SPD gegen die Neutrassierung der L 3016 und der BIK.

Für die SPD nahm ihr Fraktionsvorsitzender, Stv. Wellershaus, zu den eingegangenen Anregungen und Bedenken Stellung. Zunächst sprach er sich dafür aus, einer Anregung des Forstamtes zu folgen und die Fläche hinter dem Sportplatz Taunusblick statt als öffentliche Grünfläche als Parkwald auszuweisen. Nur so sei ein Erhalt des Waldes an dieser Stelle sichergestellt. Stv. Uhrig hatte ausgeführt, dass für einen Teil dieses Geländes vertragliche Regelungen mit der dort ansässigen Firma Varta der Anregung entgegen stehen. Im übrigen decke sich die vorgesehene Planausweisung mit derjenigen des alten Flächennutzungsplanes. Stv. Wellershaus widersprach auch der Äußerung des Stv. Uhrig, die Planentwürfe Kelkheims und Fischbachs seien inhaltlich aufeinander abgestimmt. Seiner Meinung nach seien drei Kriterien zu einem gemeinsamen Flächennutzungsplan nicht erfüllt. Erstens läge kein gemeinsamer Erläuterungsbericht vor. Ferner sei vor der Offenlegung keine Billigung des Planentwurfes seitens beider Gemeindevertretungen erfolgt und schließlich obliege die Entscheidung über Anregungen und Bedenken nicht allein der betreffenden Einzelgemeinde.

Mit der Neutrassierung der L 3016 sprach Stv. Wellershaus "ein abgedroschenes Thema" an. Wiederholt hatte sich die SPD in den vergangenen Monaten gegen den geplanten Einschnitt in den Klosterberg gewandt. Ein reibungsloser Durchgangsverkehr sei seiner Meinung nach über die Nordtangente gewährleistet. Nach den Worten des Stv. Uhrig muss jedoch für die Beurteilung des Verkehrsaufkommens auf dieser Straße das gesamte zukünftige Straßennetz der Stadt Kelkheim berücksichtigt werden. Zusätzlich müssten die Straßenplanungen in der näheren Umgebung beachtet werden.

Noch nicht aufgegeben hatte die SPD offensichtlich die Bemühungen, die Firma Dichmann AG langfristig anzusiedeln. Zwar betonte Stv. Uhrig, die vorgetragene städtebauliche Gesichtspunkte legten es nicht nahe, das Dichmann- Gelände langfristig einer Wohnbebauung zuzuführen, doch ist festzustellen, dass seitens der RPU die Beharrlichkeit der SPD in diesem Punkt voll und ganz unterstützt wird. Die RPU hält die Dichmann- Aussiedlung auf lange Sicht für erforderlich, um Grünflächen für Fußgängerverbindungen und Kleinklima freizuhalten und die einmalige Situation des Tallaufes für die Allgemeinheit attraktiver zu gestalten.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Stv. Roser stellte ebenso wie Stv. Uhrig fest, dass sich der neue Plan im Wesentlichen mit dem Plan aus dem Jahre 1958 decke. Der damalige Plan habe für die bauliche Erweiterung der Stadt Maßstäbe gesetzt, die auch heute noch gültig seien. Die CDU werde ihr Siedlungskonzept, "eine gewisse Verdichtung in der Tallage, eine aufgegliederte und gelockerte Bebauung an den Hängen", weiter verfolgen.

Im Zusammenhang mit der Ausweisung der gesamten Sindlinger Wiesen als Baufläche versicherte Roser, dass sich die CDU darüber im Klaren sei, dass dort je nach der gewählten Bauweise "größere oder kleinere Freiflächen geschaffen werden müssen".

Als ein vordringliches Städtebauproblem nannte Roser die Schaffung eines echten Stadtzentrums in dem Bereich Hauptstraße / Töpferstraße / Frankfurter Straße. Im Kern soll ein Geschäftszentrum entstehen, die verbleibenden Flächen seien sinnvoll aufzuteilen in Bau- und Freiflächen. Von besonderer Bedeutung sei

die erreichte "Klarheit auf dem Grundstücksmarkt" für die von der CDU angestrebte Eigentumsbildung, insbesondere durch den Bau von Eigenheimen in den vielfältigsten Formen.

Schließlich äußerte Roser in Bezug auf die Verkehrsplanung die Überzeugung, dass insbesondere die Verlegung der L 3016 und der L 3014 inzwischen von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert werde. Gegen die Stimmen der FWG entschied sich die Stadtverordnetenversammlung dafür, die Bedenken gegen die Verlängerung der Königsteiner Str. zum Knotenpunkt B 8 / B 519 / Nordtangente (Gagernring) abzuweisen. Wie Stv. Uhrig ausführte, ist eine direkte Anbindung der Hornauer Straße an die B 519 wegen zu geringer Knotenpunktfolge nicht möglich. Ohne die geplante Verlängerung der Königsteiner Straße müsste der Ziel- und Quellenverkehr aus diesem Bereich über den Amselweg bzw. die Fasanenstraße geleitet werden.

Ebenfalls gegen die beiden Stimmen der FWG folgte das Stadtparlament der Anregung nicht, das Gebiet westlich der Beethovenstraße als Wohngebiet auszuweisen. Dem neuen Flächennutzungsplan wurde teils mit, teils ohne die Stimmen der SPD zugestimmt.

28.12.1973: Die BIK (Bürgerinitiative Kelkheim) hat eine Schwester bekommen: die BIM (Bürgerinitiative Münster). Sie setzt sich aus Bewohnern der näheren Umgebung des zukünftigen Münsterer Knotens zusammen. Diese Münsterer Bürger sehen ihre Ruhe gefährdet und sagen ein Verkehrschaos für diesen Knoten voraus, an dem sich ihrer Meinung nach der Verkehr der verlegten L 3016 und der L 3014 zu einem unentwirrbaren Knäuel entwickeln wird. Einen Ausweg aus diesem Dilemma glaubt die BIM parat zu haben: Die Frankfurter Straße sollte weiter für den Durchgangsverkehr geöffnet bleiben; statt ihrer Stilllegung vom Knoten Kelkheim- Ost bis zum Grünen Weg wünschen sich die BIM- Anhänger die Beibehaltung des bisherigen Verlaufs der Frankfurter Straße und die "Nicht- Inbetriebnahme" des südlichen Teilstücks der verlegten L 3016. Aus Richtung Liederbach kommende Autofahrer müssten dann, um auf den Münsterer Knoten zu kommen, zunächst nach rechts in die Dieselstraße und dann nach links in die neue L 3016 einbiegen.

"Überhaupt", so fragte Hans Gassert von der BIM, "warum kann die Frankfurter Straße nicht den Durchgangsverkehr behalten?" und BIM- Kollege Wilhelm Neumann pflichtete bei: "Sollen die Münsterer Bürger die Leidtragenden der neuen Kelkheimer Verkehrskonzeption sein?" Zudem bereitet eine bereits fertig gestellte Verkehrsinsel auf der neuen L 3016, die das Linksabbiegen von der Königsteiner Straße - aus dem alten Münsterer Ortskern kommend - unmöglich macht, Schwierigkeiten. "Seit drei Jahren fahren wir Umwege", ereiferte sich Hans Gassert, "was soll uns da in Zukunft wieder einmal zugemutet werden?". Zu diesen Fragen und zum zukünftigen Kelkheimer Verkehrskonzept im südlichen Stadtgebiet nahm Bgm. Dr. Stephan Stellung: Eine wesentliche Funktion im Verkehrskonzept des südlichen Stadtgebietes nimmt die Dieselstraße ein; nach Abbruch des Eckhauses an der Frankfurter Straße konnte die Anbindung Dieselstraße / Frankfurter Straße ausgebaut werden, desgleichen ist die Anbindung an die verlegte L 3016 fertig gestellt. Die Abschlussdecke soll im April aufgebracht werden. Mit der in den vergangenen Wochen erfolgten Anbindung der Dieselstraße an die Hofheimer Straße oberhalb des Industriegebietes wurde eine neue Verkehrsregelung eingeführt, die in absehbarer Zukunft aber noch eine weitere Änderung erfahren wird. Die Ampelanlage an der Einmündung der Hofheimer Straße soll in eine Fußgängerschutzanlage umgewandelt werden.

Nach Inkrafttreten der neuen Verkehrsregelung, so glaubt Dr. Stephan, wird die Hofheimer Straße nur noch für den Anliegerverkehr von Bedeutung sein. Mit der Freigabe der verlegten L 3016 zum Münsterer Knoten rechnet der Bürgermeister im kommenden Frühjahr. Die L 3016 erhält an der Einmündung der Dieselstraße in beiden Richtungen Abbiegespuren. Verkehrsteilnehmer, die entweder beruflich ins Industriegebiet müssen oder aber in dem Münsterer Wohngebiet westlich der Bahnlinie wohnen, werden diesen Weg nehmen. Außerdem ist nach Ansicht Dr. Stephans damit zu rechnen, dass bis zur Fertigstellung der Querspange vom Münsterer Knoten bis zur Frankfurter Straße weiterhin ein Großteil des Verkehrs über die Dieselstraße und die Frankfurter Straße abfließen und somit den Münsterer Knoten nicht belasten wird. Allerdings, so räumte er ein, ist "mit gewissen Schwierigkeiten" beim Aufeinandertreffen des Verkehrs der L 3016 und der L 3014 (Limesspange) an diesem Knoten zu rechnen. "Die Autos werden wahrscheinlich aufgereiht wie eine Perlenschnur über die kurvenreiche Königsteiner Straße bis zur Straße Nach dem Busch (Frankenallee) abfließen". Abhilfe soll besagte Querspange zur Frankfurter Straße bringen. Diese Querspange wird in Höhe der Kapellenbergstraße auf die jetzige Kelkheimer Durchgangsstraße münden.

Im Zusammenhang mit dem Bau dieser Straße wird die alte "Pfeiffersche Mühle" am Liederbach noch in diesem Jahr aus dem Münsterer Ortsbild verschwinden. Denn spätestens im Frühjahr 1975 soll über die neue Querspange der Verkehr rollen. (Die alte Mühle wurde Ende letzten Jahres von der Stadt erworben.) Eine weitere Erleichterung dürfte die Fertigstellung der neuen B 519 mit sich bringen, mit der nach Aussagen von Dr. Stephan zwischen 1976 und 1977 gerechnet werden könne. Gegenwärtig läuft das Planfeststellungsverfahren für das noch fehlende Teilstück. Noch in diesem Jahr wird mit dem nötigen Brückenbau über die L 3014 begonnen. "Da sich der Pendler - und die Pendler bestimmen ja zu einem Großteil das Kelkheimer Verkehrsaufkommen - erfahrungsgemäß den schnellsten Weg sucht, dürfte

sicher sein, dass der Verkehr in Richtung K.-Mitte schon am Kelkheimer Kreuz abgewogen wird und dann über die Anbindung "Nach dem Busch" in die Stadt fließt", vermutete der Bürgermeister. Im übrigen könne er die Bedenken der BIM nicht teilen. Bereits während des Planfeststellungsverfahrens zur Verlegung der L 3016 habe Herr Gassert Einwände erhoben, die aber nicht anerkannt werden konnten.

Der neue **Flächennutzungsplan** der Stadt Kelkheim wurde von den Stadtverordneten in ihrer letzten Sitzung am 17.12.1973 beschlossen. Es waren eine große Zahl von Anregungen und Bedenken eingegangen, die überwiegend zu bestimmten Sachgruppen zusammengeschlossen werden konnten. Die Stadtverordneten haben sich nach eingehender Vorarbeit im Magistrat und im Planungs- und Bauausschuss sowie in den Fraktionen zu den einzelnen Bedenken und Anregungen abschließend geäußert. Zum Teil standen die Einsprüche konträr gegeneinander, so dass abgewogen werden musste, welche Entscheidung im Interesse der Allgemeinheit zu treffen war. Einem Teil der Bedenken und Anregungen sind die Stadtverordneten gefolgt, ein anderer Teil ist zurückgewiesen worden. Bei der Schlussabstimmung über den gesamten Flächennutzungsplan stimmten 21 Stadtverordnete für die vom Magistrat und den Ausschüssen vorbereitete Beschlussvorlage, 14 dagegen. Der Plan wird jetzt nach Zusammenstellung aller Unterlagen in kürze dem RP als Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgelegt. Die Bürger, die Bedenken und Anregungen vorgebracht haben, werden in den nächsten Wochen benachrichtigt werden.

Weil der Flächennutzungsplan seinerzeit sehr unterschiedliche Emotionen und kontroverse Diskussionen sowohl in der Öffentlichkeit wie auch in den städtischen Gremien auslöste, will der Autor hier die wesentlichen Bedenken und Anregungen von Kelkheimer Bürgern und von Trägern öffentlicher Belange, die sich zum FNP geäußert haben, aufzeigen. Zunächst sollen die Bedenken und Anregungen, die zur künftigen Verkehrsführung gemacht wurden, aufgezeigt werden. Die hier aufgeführte Stellungnahme war die damalige Meinung des Magistrats.

Eine Anzahl von Bürgern hatte seinerzeit die Flugblattaktion der SPD unterstützt, die sich einerseits mit der Fortsetzung der Landesstraße Fischbach/Kelkheim über die Liederbachstraße in Richtung Hauptfriedhof befasste und andererseits die Aussiedlung des größten Gewerbebetriebes an der Hauptstraße (Dichmann AG) forderte. Danach wurden die Bedenken zur Verlegung der Landesstraße 3016 (Frankfurter Straße) innerhalb des Stadtgebietes aus folgendem Grund nicht geteilt: Wenn man die Straßenplanungen um Fischbach und Eppstein und die Planungen zwischen Kelkheim und Höchst insgesamt betrachtet, erscheine es sichergestellt, dass der größte Teil des heute durch Kelkheim fließenden Verkehrs andere Wege nehmen werde.

Die am Rettershof vorbeiführende B 455 soll nämlich in Höhe der Retterser Äcker unmittelbar an die B 8 angebunden werden. Mit dem Ausbau der Landesstraße zwischen Eppstein und Hofheim wird der Verkehr von Kelkheim abgezogen, der wegen des außerordentlich schlechten Zustandes der Straße im Lorbachtal zur Zeit den Umweg über Fischbach und Kelkheim in Kauf nimmt. Der Durchgangsverkehr wird auf die Bundesstraßen 8 und 519 verlagert.

Der eigene Ziel- und Quellenverkehr Kelkheims soll auf möglichst kurzen Querspangen in Ost-West-Richtung aus der Stadt herausgeführt werden. Dadurch wird eine sinnvolle Auffächerung des Verkehrs erreicht. Dies gilt auch für die verlängerte Liederbachstraße. Da die von Fischbach kommende Straße im Gagernring als kreuzungsfreier Knotenpunkt ausgebaut wird, besteht die Möglichkeit, sowohl die Nordtangente (Gagernring) als auch die Liederbachstraße als Zubringer zur B 519 im Osten der Stadt zu benutzen.

Bedenken, durch Verkehrsumlagerungen würde der Fußgängerverkehr im Bereich des Gagernrings unzumutbar beeinträchtigt, werden nicht geteilt. Wie in allen anderen Straßen könnten entsprechend der Verkehrsdichte hier Fußgängerschutzanlagen oder auch gegebenenfalls Über- oder Unterführungen gebaut werden.

Der Anregung, das Dichmangelände an der Hauptstraße als Mischgebiet auszuweisen, kann nach Auffassung des Magistrats nicht gefolgt werden, weil die vorgetragenen städtebaulichen Gesichtspunkte eine Umwandlung in Wohngebiet nicht zwingend nahe legen, und weil andererseits einer Umsetzung des Betriebes in naher Zukunft nicht überwindbare finanzielle Gründe entgegen stehen. Die Stadtverordneten hatten mit 25 gegen 12 Stimmen die vorgetragenen Bedenken gegen die Neutrassierung der Landesstraße 3016 im Stadtgebiet zurückgewiesen.

Über die Bedenken der Bürgerinitiative Münster (BIM) zu der Verkehrsregelung im Stadtteil Münster wurde im vorstehenden Bericht über die BIM bereits berichtet. Kelkheim wird im Osten an der Gemarkungsgrenze von der B 8 umgangen. Die Umgehung durch überörtliche Straßen wird vervollständigt durch die B 519, die hinter dem neuen Hauptfriedhof verlaufen soll. Diese Bundesstraße ist im Neubau bereits bis zum Kelkheimer Kreuz zwischen Niederhofheim und Münster vorangekommen. Auch der nördlich der Kreuzung mit der B 8 nach Königstein führende Streckenabschnitt ist bereits ausgebaut. Das fehlende Zwischenstück soll in diesem und im kommenden Jahr fertig gestellt werden.

Die alte Königsteiner Landstraße stellt zurzeit die Verbindung zwischen den beiden ausgebauten Stützen der B 519 her. Nach dem neuen Flächennutzungsplan soll die Königsteiner Landstraße künftig zur

Kelkheimer Osttangente werden. Sie soll parallel zur B 519 verlaufen und den Kelkheimer Ziel- und Quellenverkehr auffächern. Dazu soll die Straße in den nächsten Jahren ausgebaut und an verschiedenen Stellen begradigt werden. Der Verkehr vom Münsterer Knoten nach K.-Mitte soll über die noch endgültig auszubauende Straße Nach dem Busch und über die verlängerte Liederbachstraße verlaufen. Ein weiterer Teil des Verkehrs kann von der zur Osttangente ausgebauten Königsteiner Landstraße über die Langestraße (Hornauer Straße) nach Hornau einfließen. Verschiedene Bürger hatten bei den Anregungen und Bedenken zum Flächennutzungsplan Vorschläge zur Verkehrsführung im nördlichen Teil der alten Königsteiner Landstraße gemacht. Ein Teil der Bürger wünschte die Verlängerung der Langestraße über die Königsteiner Landstraße hinaus zur B 519. Dafür wollten sie den nördlichen Teil der Königsteiner Landstraße stillgelegt haben. Diesem Antrag konnten die Stadtverordneten nicht entsprechen. Bund und Land waren nicht bereit, einen weiteren Anschlusspunkt zur B 519 in Höhe der Langestraße zuzulassen. Dem stehen die Richtlinien entgegen, die bestimmte Mindestabstände der Anschlussstellen verlangen. Der Kreuzungspunkt B 8 / B 519 liegt weiter hundert Meter nördlich unveränderbar fest. Ein weiterer Teil der Bürger wünschte auch bei Ausfall eines direkten Anschlusses der Langestraße, dass die alte Königsteiner Landstraße zwischen Langestraße und Nordtangente (Gagernring) stillgelegt werden soll. Das würde jedoch bedeuten, dass der Verkehr, soweit er nicht über die Nordtangente abfließt, künftig durch die Fasanenstraße und damit unmittelbar durch ein Wohngebiet fließen würde. Ein anderer Teil der Anlieger hatte sich für die vorgesehene Weiterführung der alten Königsteiner Landstraße nördlich der Langestraße bis zum Knotenpunkt B 8 / B 519 ausgesprochen. Die Königsteiner Landstraße soll zu diesem Zweck in gerader Richtung an dem Altenhainer Waldstück weitergeführt werden, von dem sie gegenwärtig nach Osten wegschwenkt.

Die im Flächennutzungsplan vorgeschlagene und von den Bürgern unterstützte Lösung bedeutet, dass der Verkehr weitgehend aus dem Wohngebiet Adolfshöhe herausgehalten wird, denn kaum ein Autofahrer wird den möglichen Weg durch das Wohngebiet nehmen, wenn ihm die gerade Osttangente bequeme Fahrt verspricht. Die Stadtverordneten hatten bei der Verabschiedung des FNZ festgelegt, dass der nördlich der Langestraße verlaufende Teil der Königsteiner Landstraße erhalten bleiben soll, wobei die Straße hinter dem Wohngebiet Adolfshöhe in gerader Richtung auf den Knotenpunkt B 8 / B 519 geführt wird.

Mit dieser Konzeption ist gewährleistet, dass der Verkehr nach den 3 Stadtteilen Kelkheims sowohl über die alte Königsteiner Landstraße als auch über die Ostumgehung durch die neue B 519 verlaufen kann. Dem Verkehr nach Hornau stehen wahlweise die Nordtangente oder der Weg über die Königsteiner Landstraße und die Langestraße zur Verfügung.

Die Stadtverordneten gingen davon aus, dass eine weitgehende Auffächerung des Verkehrs erstrebenswert sei, weil dadurch die Bürger am wenigsten belästigt würden. Gerade die einander widersprechenden Einwendungen jeweils an der eigenen Ruhe interessierter Anlieger zeigen, dass die verantwortlichen städtischen Gremien nicht jedem Wunsch nachkommen können, sondern zwischen den verschiedenen Interessen abwägen müssen.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte die Bedenken gegen die Verlängerung der Königsteiner Landstraße bis zur Nordtangente mit 33 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Eine Gruppe von Bürgern, insbesondere aus den Wohngebieten an der Fischbacher Straße, hatte zum Flächennutzungsplan angeregt, so bald wie möglich die projektierte Landstraße zwischen Fischbach und dem Gagernring zu planen und zu bauen. Diese Bürger hatten die städtischen Gremien gebeten, sich für die Verlegung der Landstraße einzusetzen. Eine Verbindung zwischen der heutigen Fischbacher Landstraße und dem Gagernring war bereits im Generalverkehrsplan aus dem Jahre 1967 ausgewiesen. Vorverhandlungen waren bereits vor Jahren mit den Straßenbaubehörden in Wiesbaden geführt worden. Die Bürger, die sich für die schnelle Verwirklichung dieser Pläne ausgesprochen hatten, wollten damit erreichen, dass der Verkehr von Fischbach aus nicht mehr über die Fischbacher Landstraße in das Kelkheimer Stadtgebiet einfließt, sondern möglichst schnell an überörtliche Straßen abgegeben wird. So wie die Planungen ausgewiesen sind, besteht auf die Dauer sowohl die Möglichkeit, dass die Querverbindung von Fischbach zum Gagernring den Anschluss an die neue Nordtangente vermittelt, als auch die andere Verbindung über die verlängerte Liederbachstraße zur Osttangente. Die Stadtverordneten hatten einstimmig die Anregung zum beschleunigten Ausbau des Teilstücks der L 3016 zwischen Fischbach und dem Gagernring unterstützt. Der Magistrat wird die Bürgeranregung erneut zum Anlass nehmen, mit dem Straßenbauamt über den baldigen Straßenausbau zu verhandeln.

Das Straßenbauamt beabsichtigt, das Planfeststellungsverfahren für diesen Straßenabschnitt einschließlich der Bahnunterführung möglichst noch 1974 offen zu legen, damit die Maßnahme 1976 begonnen werden kann. Falls diese Termine eingehalten werden können, würde bei Fertigstellung der Nordtangente, also frühestens 1976, der Verkehr über die Querspange von Fischbach zum Knotenpunkt der Bundesstraßen 8 und 519 geleitet werden können. Ein genauer Termin für die Fortführung der Straße über Gagernring und Liederbachstraße bis zur Königsteiner Landstraße ist noch nicht gegeben. Es ist jedoch bereits in Verhandlungen mit dem Land abgesprochen, dass möglichst auch der Bau dieser Straße 1976 begonnen werden soll. Hier sind jedoch die finanziellen Möglichkeiten nicht sicher abzuschätzen. Der

Weiterbau hängt hauptsächlich von den Zuschüssen des Landes und von den Möglichkeiten städtischer Mittel ab.

Ein Teil der Kelkheimer Bürger hat sich nochmals dafür eingesetzt, die städtischen Gremien sollten sich um den Ausbau der öffentlichen Nahverkehrsmittel bemühen. Die Stadtverordneten haben bereits vor Jahren immer wieder gefordert, die Kleinbahn Königstein- Höchst müsse in das S- Bahnnetz einbezogen werden. Inzwischen ist immerhin erreicht worden, dass die Kleinbahn bereits in der zweiten Ausbaustufe zur S- Bahnstrecke werden soll. Bis vor kurzem hieß es, dies könne erst in der dritten Stufe geschehen. Der Ausbau der zweiten Stufe ist allerdings zeitlich gestreckt worden. Als voraussichtlicher Abschluss gilt das Jahr 1980. Inzwischen ist die Kleinbahn in die Verwaltung und den Betrieb der Bundesbahn übergegangen. Dies ist schon äußerlich an besseren Wagen ersichtlich, die den veralteten Wagenpark der ehemaligen Kleinbahn ersetzt haben.

Anregungen und Bedenken zur Ausweisung von Wohn- und Gewerbegebieten. Die Mehrzahl der Grundstückseigentümer im Gebiet zwischen der Beethovenstraße und der Gemarkung Hofheim bis zum Wald des Hofes Hausen vor der Sonne und dem Kelkheimer Wald am verlängerten Hallwielweg haben im Rahmen der Offenlegung des FNP darum gebeten, dieses zur Zeit noch landwirtschaftlich genutzte oder brachliegende Land zu einem Wohngebiet umzuwandeln. Die Stadt Kelkheim hat ihre Wohnbaugebiete bereits im FNP von 1958 festgelegt. Diese Gebiete sind bis heute (1974) zu einem wesentlichen Teil noch nicht bebaut.

Die städtischen Gremien sind zudem an einer schnellen Vergrößerung Kelkheims nicht interessiert. Man wünscht vielmehr, dass die Entwicklung der Stadt über viele Jahre hinweg gleichmäßig und stetig vor sich gehen möge. Aus diesem Grund soll es Jahr für Jahr weitere Teilerschließungen geben. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sind im FNP 1973 genau die gleichen Baugebiete ausgewiesen, die schon 1958 für diesen Zweck bestimmt waren. Sie bieten Kelkheim die Möglichkeit, auf über 30.000 Einwohner zu wachsen. Es scheint daher nicht angebracht, jetzt noch weitere Gebiete zusätzlich als Wohngebiete auszuweisen. Damit ist nicht gesagt, dass das bisher nicht Ausgewiesene für eine Wohnbebauung ungeeignet sei. Später einmal könnte es durchaus dazu erklärt werden. Die Notwendigkeit dürfte sich erst dann ergeben, wenn ohnehin der neue Flächennutzungsplan wieder überarbeitet werden muss. Bis dahin wird vermutlich mehr als ein Jahrzehnt vergehen.

Im Entwurf des FNP war das östlich von Münster gelegene Ackergelände "Schlämmer" als Mischgebiet ausgewiesen. Diese Ausweisung war erfolgt, um überhaupt in Kelkheim noch Gewerbe ansiedeln zu können. Dabei war zu berücksichtigen, dass die Regionale Planungsgemeinschaft Untermain (RPU) die Erweiterung des bestehenden Gewerbegebietes Münster nach Süden zu abgelehnt hat. Maßgebend dafür waren die Pläne für einen Siedlungsschwerpunkt Liederbach. Der Grünzug im Westen von Kelkheim und Liederbach sollte erhalten bleiben. Solange man große Pläne mit dem Ausbau Liederbachs zu einer künftigen Stadt mit 40.000 Einwohnern verfolgte, wurde jede Absicht der baulichen Erweiterung im nahe gelegenen Industriegebiet Münster zurückgewiesen.

Da die städtischen Körperschaften in Kelkheim nicht nur die weitere Ausweisung von Wohngebieten vorsehen konnte, sondern auch an Arbeitsplätze und an die Gewerbesteuererinnahmen denken musste, war die Einplanung weiteren Gewerbegebietes nicht zu umgehen. Geeignetes Gelände dafür gab es nur in Münster. Deshalb war bei der Aufstellung des Flächennutzungsplanes gar keine andere Wahl geblieben, als im Osten von Münster Gewerbegebiet auszuweisen. Während der Beratungen zum Flächennutzungsplan hat dann die RPU erklärt, dass westlich des Gewerbegebietes Münster noch eine Erweiterung von etwa fünf Hektar bis zur Hofheimer Gemarkungsgrenze genehmigt werden könnte. Da jedoch dieses Gebiet wegen der Erschließungsmöglichkeiten nur sehr schlecht für Gewerbeansiedlung zu nutzen wäre, haben die städtischen Gremien bei der anschließenden Beratung des FNP ein Gelände südlich des Gewerbegebietes zusätzlich ausgewiesen. Die Stadt hofft, dass der RP als Genehmigungsbehörde für den Flächennutzungsplan dieser Ausweisung zustimmt, zumal die RPU ja zumindest angedeutet hat, dass Gewerbeflächen in diesem Bereich für die Infrastruktur Kelkheims unentbehrlich sind.

Das Gebiet "Schlämmer" war bis etwa 100 Meter vor der geplanten B 519 zur Bebauung als Mischgebiet vorgesehen. Gegen eine so weite Ausdehnung des Gebietes hat die RPU Bedenken erhoben, weil sie hier eine Bebauung nur bis etwa 100 Meter vor der Überlandleitung zulassen möchte, um den Grünzug zu erhalten. Die Stadtverordneten mussten daher der Verkleinerung dieses Gebietes zustimmen, zumal die RPU beim Gewerbegebiet eine kleine Mehrfläche eingeräumt hatte. Andererseits konnte damit die Ausweisung eines Teilgebietes im "Schlämmer" als Wohnbaufläche vorgenommen werden, um zumindest teilweise den Anregungen und Bedenken der Anlieger Rechnung zu tragen.

Bedenken der Bürgerinitiative Kelkheim (BIK). Die BIK hatte eine Reihe von Bedenken zum Flächennutzungsplan angemeldet, die sich in der Befürchtung zusammenfassen lassen, in Kelkheim würden zu umfangreiche Flächen zur Bebauung ausgewiesen. Magistrat, Ausschüsse und Stadtverordnetenversammlung teilen nicht die Auffassung, dass die Bauflächen im Stadtgebiet zu überdimensioniert seien. Die ausgewiesenen Siedlungsflächen entsprechen nach Auffassung der städtischen Gremien in ihren Abgrenzungen den Festsetzungen des derzeit gültigen Regionalen

Raumordnungsplanes. Die in diesem Plan angegebenen Siedlungsbereiche sind eingehalten. Die Grünzüge, die nicht bebaut werden dürfen, sind von der Stadt Kelkheim bei den Ausweisungen beachtet worden. Bis auf geringfügige Abrundungen decken sich die Bauflächen mit denen, die im derzeit noch gültigen FNP von 1958 ausgewiesen sind.

Bei einem Flächennutzungsplan müssen die Absichten der städtischen Planung langfristig festgelegt werden, wenn er ein sinnvolles Arbeiten und die Abstimmung z.B. mit der Ver- und Entsorgungsplanung oder mit der Verkehrsplanung ermöglichen soll. Die ausgewiesenen Wohnbauflächen im Flächennutzungsplan sind nicht mit der tatsächlichen Freigabe zur Bebauung zu verwechseln. Die tatsächliche Erschließung wird unabhängig von der Ausweisung immer nur in dem Umfang vorgenommen, wie es Nachfrage und Marktlage sinnvoll erscheinen lassen. Die Ausweisungen im FNP müssen jedoch für lange Zeiträume gültig sein.

Die Planung der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung, auch die Planung von Schulen und Kindergärten oder anderer Einrichtungen der Daseinsfürsorge muss mit dem Fortschreiten der Wohnbebauung abgestimmt werden. Solche hohen Investitionen müssen auf lange Sicht vertretbar sein. Die gesamte Konzeption des Straßennetzes ist mit den Fachbehörden inzwischen abgestimmt. Der generelle Entwurf über die Abwasserbeseitigung für die ausgewiesenen Siedlungsbereiche ist inzwischen von den Fachbehörden genehmigt worden. Der generelle Entwurf für die Wasserversorgung liegt zur Genehmigung vor.

Die Bedenken der BIK, dass die Stadt in absehbarer Zeit mit den angrenzenden Städten oder Gemeinden zu einem zäsurlosen Gebilde zusammenwachsen werde, sind nicht begründet. Im neuen FNP ist das bebaute und auch das im Höchstfall zu bebauende Stadtgebiet von Kelkheim durch Freiflächen gegenüber den Nachbargemeinden klar abgegrenzt. Dabei stimmt der Flächennutzungsplan mit dem Regionalen Raumordnungsplan überein. Die Baugebiete von Fischbach und Kelkheim sind ebenso voneinander durch Freiflächen getrennt, wie die Baugebiete von Kelkheim und Liederbach. Entgegen der Auffassung der BIK ist mit der Gemeinde Fischbach ein gemeinsamer Flächennutzungsplan aufgestellt worden. Die im neuen Flächennutzungsplan ausgewiesenen Bauflächen sind gegenüber dem alten Plan nur geringfügig erweitert. Das Verhältnis von bebauter Fläche, Wald und freier Feldflur in der Gemarkung Kelkheim halten die städtischen Gremien für angemessen. Bedenken, die letzten Freiflächen seien von späterer Bebauung nicht ausgeschlossen, weisen die städtischen Gremien als unbegründet zurück. Die Festlegung von Grünflächen und Freiflächen im Stadtkerngebiet soll bei der Aufstellung der einzelnen Bebauungspläne erfolgen. Hier hatte sich die BIK für Freiflächen im Gebiet Haingraben und in den Sindlinger Wiesen eingesetzt. Die vorbereitenden Untersuchungen zur Stadtkernsanierung sind jedoch noch nicht abgeschlossen. Bei diesen Untersuchungen wird den Forderungen nach Freiflächen und innerstädtischem Grün besondere Beachtung geschenkt werden.

Der Wunsch nach möglichst vielen Freiflächen innerhalb der bebauten Gebiete ist im Flächennutzungsplan ebenso berücksichtigt wie der Wunsch, bauliche Verdichtung zu vermeiden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es außer der Bewahrung von Grün und Freiraum auch andere Gesichtspunkte für die Planung gibt. Bei Zielkonflikten müssen die städtischen Gremien abwägen. So steht der Schaffung großräumigen Grüns im Stadtkern die Notwendigkeit entgegen, dieses Gebiet nach seiner Lage als geschäftlichen Mittelpunkt der Stadt Kelkheim auszustatten. Im Übrigen können auch finanzielle Gründe nicht völlig außer Betracht bleiben. Im Rahmen der noch aufzustellenden Bebauungspläne wird es deshalb notwendig sein, die einzelnen Interessen gegeneinander abzuwägen und entsprechend ihrer Bedeutung zu berücksichtigen.

Bedenken gegen die Ausweisung von Grundstücken als Sanierungsgebiet. Im FNP sind so genannte Sanierungsflächen ausgewiesen, insbesondere in den ehemaligen Ortsmittelpunkten der drei Stadtteile. Sanierungsgebiet ist auch die Frankfurter Straße zwischen Kirchplatz Münster und der Bahnstraße. Die Ausweisung als Sanierungsgebiet bedeutet, dass überalterte Bebauung von Neubauten abgelöst werden soll. Um Fehlinvestitionen zu vermeiden, sind in Sanierungsgebieten bauliche Veränderungen nur mit besonderer Zustimmung nach Aufstellung eines Bebauungsplanes möglich. Bebauungspläne für Sanierungsgebiete sind in der Stadt Kelkheim noch nicht verabschiedet worden. Lediglich für das Gebiet Frankfurter Straße, Hauptstraße, Nach dem Busch, Königsteiner Straße ist eine Veränderungssperre erlassen worden. Bei Verkauf oder baulichen Veränderungen in diesem Gebiet ist die Zustimmung der städtischen Gremien erforderlich.

Gegen die Ausweisung von Sanierungsgebieten im FNP haben sich einige Bürger ausgesprochen, insbesondere Bürger, die Grundbesitz in den betroffenen Gebieten haben. Die Widerspruchsführer wehren sich dagegen, in ihren Eigentumsrechten beschränkt zu werden und haben darum gebeten, von der Ausweisung Abstand zu nehmen. Dem konnten die Stadtverordneten bei der Verabschiedung des FNP nicht zustimmen. Sie haben vielmehr mit 33 gegen 2 Stimmen beschlossen, dass es im Sanierungsgebiet nötig erscheine, teils Flächensanierung, teils Objektsanierung vorzunehmen. Flächensanierung bedeutet, in größeren Bereichen den gesamten Baubestand nach und nach abzubauen und das Gesamtgebiet völlig neu zu bebauen. Von Objektsanierung spricht man dagegen, wenn nicht ganze Sanierungsbereiche, sondern einzelne Häuser durch Neubauten ersetzt werden. Die Frage, wie weit Flächensanierung erfolgen

soll und wie weit Objektsanierung genügt, muss für die Sanierungsgebiete in Kelkheim von Fall zu Fall über einen jeweils aufzustellenden Bebauungsplan festgelegt werden. Nicht für alle Gebiete bedeutet die Ausweisung als Sanierungsgebiet also den bevorstehenden totalen Abbruch. Einzelentscheidungen werden jeweils nach und nach über Bebauungspläne getroffen. Zunächst ist abzuwarten, wie die Stadtverordnetenversammlung im Einzelnen entscheidet, welche Gebäude zu ersetzen sind und welche stehen bleiben können.

Die Anregungen und Bedenken von Trägern öffentlicher Belange und der Regionalen Planungsgemeinschaft Untermain zu dem neuen FNP waren nur für die Fachleute wichtig und wurden deshalb vom Verfasser nicht mit in die Chronik aufgenommen. Die ausführliche Darstellung über die Behandlung des FNP in den städtischen Gremien sollte nur zur Versachlichung des Themas in den weiteren Diskussionen beitragen. Im Nachhinein kann der geneigte Leser für sich selber feststellen, wessen Argumente des Für oder Wider zum Flächennutzungsplan 1973 richtig waren.